

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Auffunkt“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Graupenstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 24 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Verfallungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normiertags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Scheitern die Regierungsverhandlungen?

Die Sozialdemokratie lehnt die Annahme der Volkspartei ab.

Berlin, 14. Juni. (Eigener Bericht.) Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Donnerstagabend einstimmig folgenden Beschlus: „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt es aus staatsrechtlichen Gründen ab, auf die preussische Regierung und die preussischen Regierungsparteien einen Druck zur Umbildung der preussischen Regierung auszuüben.“

Dazu schreibt der „Sozialdemokratische Presseklub“: Die Deutsche Volkspartei wird nicht müde, ihre Unfähigkeit zu versichern. Immer wieder haben ihre Vertreter bei interfraktionellen Besprechungen erklärt, daß es ihnen mit der Absicht zur Schaffung einer stabilen Regierung auf breiter Grundlage durchaus ernst sei.

Wir wollen diesen Ernst zunächst nicht bezweifeln, und wir wünschen es auch durchaus, wenn die Deutsche Volkspartei genau wie wir eine Reihe von Fragen zur Erörterung stellt und Klarheit über sie erhalten will, bevor sie ihre endgültige Bereitwilligkeit zum Eintritt in das neu zu bildende Kabinett ausspricht. In diesem Punkte aber hat sie die übrigen Fraktionen von vornherein vor eine vollendete Tatsache gestellt. Sie hat am Mittwochabend die sofortige Umbildung der Regierung in Preußen, das heißt, ihre eigene Aufnahme in das preussische Kabinett als unabwendbare Vorbedingung bezeichnet und diese Erklärung am Donnerstagabend wiederholt, nachdem es am Donnerstagvormittag so scheitern konnte, als ob es mindestens ihr Führer, Dr. Scholz, was den Zeitpunkt der Umgestaltung der Preussischen Regierung anbelangt, zu Zugeständnissen bereit sei. Sie hält dieses Verlangen aufrecht, obwohl von dem preussischen Ministerpräsidenten und den preussischen Koalitionsparteien im Landtag ausdrücklich festgestellt worden ist, daß man zu gegebener Zeit Verhandlungen über die Verbreiterung der Regierungsbasis zugutreten entschlossen ist, und obwohl in Preußen die Geneigtheit besteht, als die „gegebene Zeit“ den ordnungsmäßigen Wiedervereinigungstagen des Landtages am Herbst zu deklarieren. Der Anspruch der Deutschen Volkspartei wird mit sogenannten staatspolitischen Erwägungen begründet. Die Verfassungs- und Verwaltungsreform stehe im Mittelpunkt der Aufgaben des neuen Reichstages, und für diese Probleme lasse sich eine Lösung nur finden, wenn die Homogenität (Gleichartigkeit) der Regierungen im Reich und in Preußen gesichert sei.

Wir können ganz dahingestellt sein lassen, ob diese Auffassung unter allen Umständen als richtig anzuerkennen ist. Wir wollen sogar zugeben, daß sie sehr viel für sich hat. Aber was uns schließlich nicht zugehen kann, das ist das Recht oder die Möglichkeit, daß das Reich oder einige Parteien des Reichstages irgend eine Art von Zwang auf Preußen ausüben. Ebenso gut könnten sich die gleichen Forderungen mit anderer, aber nicht minder starker Begründung in der Umgestaltung der Regierungsverhältnisse in anderen Ländern beispielsweise in Bayern oder Württemberg, einbringen. Das würde eine vollständige Verdrängung der Zuständigkeiten bedeuten und auf eine Verminderung der Rechte der Länder und ihrer Parlamente hinauslaufen.

Tatsächlich denken die Parteien der preussischen Koalition daran, sich in eine solche Zwangslage versetzen zu lassen. Die Sozialdemokratie ist ebenso wie vor allem auch die Zentrumsfraktion des Reichstages weit von entfernt, sich zur Ausübung eines Drucks auf die ihnen nahe liegenden preussischen Fraktionen zu geben. Das hätte sich die Deutsche Volkspartei von Anfang an selber sagen müssen. Sie hat es sich auch nicht abgelehnt, denn sie war sich, wie ihr Vertreter versichert, bei ihrer Stellungnahme über die zu erwartende preussische Antwort im Klaren. Außerdem ist sie bei den Besprechungen der Fraktionsführer im Reichstag nicht im Zweifel über deren Stellungnahme geblieben. Wenn sie nun trotzdem am Donnerstagabend ihre Entscheidung vom Mittwoch wiederholt, so gibt sie damit zu verstehen, daß sie allen Widerständen zum Trotz an ihrer Forderung festhält, und daß die Umgestaltung der Regierung in Preußen in der Tat als Bedingung hinstellt, von deren Erfüllung ihre Zustimmung zur Mitwirkung bei der Regierungsbildung im Reich abhängt.

Die Verhandlungen über eine Regierungsbildung auf breiter Basis sind damit in ein äußerst kritisches Stadium eingetreten. Einmal vermag man nicht zu erkennen, wie sie ausgeführt werden sollen. Scheitern sie, so liegt die Schuld an der politisch und staatsrechtlich gleichmöglichen Forderung der Deutschen Volkspartei. Es wird dabei für die Öffentlichkeit wenig bedeuten, wenn sie sich darauf beruft, daß sie sich bei ihrem Verhalten von rein politischen Ansichten leiten ließ. Man kann auch rein sachliche Gründe in einer Weise vertreten und wahrnehmen, ohne den Eindruck eines von vornherein beabsichtigten Versuches der Sabotage zu erwecken.

Zentrum und Bayerische Volkspartei gegen jeden Druck auf Preußen.
Berlin, 14. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt Donnerstagmittag eine Sitzung.

ab, in der der Fraktionsvorsitzende über die Besprechungen mit den Parteiführern berichtete. Auch das Zentrum hält gleichartige Regierungen in Preußen und im Reich für wünschenswert. Es steht aber auf dem Standpunkt, daß es aus staatsrechtlichen Gründen nicht angängig sei, auf Preußen einen Druck auszuüben. Denselben Standpunkt hat in der heutigen Besprechung der Parteiführer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, eingenommen, indem er erklärte, daß seine Partei jede Einwirkung des Reiches oder der Reichsparteien auf die Bildung der Länderregierungen ablehne.

Auch Otto Braun lehnt ab.

Berlin, 14. Juni. In der Besprechung, die der Abgeordnete Müller-Franken heute Vormittag mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun hatte, ist, dem preussischen Ministerpräsidenten die Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung mitgeteilt worden. Der preussische Ministerpräsident hat erwidert, daß er es aus staatspolitischen Gründen für unmöglich halte, eine solche Erklärung abzugeben. Er würde eine Degradierung des preussischen Staates darin sehen, wenn die preussische Regierungsbildung von dem Einfluß der Parteien im Reichstag abhängig gemacht werden würde. Dagegen müsse er sich grundsätzlich wehren.

Berlin, 15. Juni. (Eigener Bericht.)

Die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“ gibt heute den gestrigen Verlauf der Verhandlungen über die Regierungsbildung unter dem Titel wieder: „Vorläufige Stodung in den Regierungsverhandlungen“. Das Blatt fügt hinzu: „Nach Lage der Dinge ist es aussichtslos, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn nicht von preussischer Seite etwas geschieht.“

Der „Vorwärts“ sagt zu der Situation: „Es vermehren sich die Anzeichen dafür, daß die Volkspartei der Bildung einer Regierung im Reich große Schwierigkeiten zu machen versucht. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die bisher größte Mäßigung und Geduld an den Tag gelegt hat, nimmt mit wachsendem Befremden von diesen Versuchen Kenntnis.“

An anderer Stelle weist der „Vorwärts“ auf den gestrigen Vorfall in der preussischen Landtagsfraktion der Volkspartei hin und sagt im Zusammenhang mit dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Dr. v. Campe: „Das Problem der Führung in der preussischen Fraktion der Volkspartei ist jedoch nicht erst durch diesen Zwischenfall akut geworden.“

Sie lösen wider den Stahl.

Die volksparteilichen Abgeordneten, die unter anderem Mitglieder des „Stahlhelms“ sind, sollen — wie in der heutigen Morgenpresse gemeldet wird — der Leitung des „Stahlhelms“ ein Schreiben gelangt haben, in dem sie sich jeder Bevormundung — wie sie in der letzten Erklärung des „Stahlhelms“ zum Ausdruck gekommen ist — unter Berufung auf ihre verfassungsmäßige Freiheit und Selbständigkeit des Urteils verbiten. Die Leitung des „Stahlhelms“ wird unter anderem noch in diesem Schreiben angefleht, dazu Stellung zu nehmen, ob es richtig sei, daß er lediglich als Prätorianergarde der Deutschnationalen Volkspartei zu betrachten ist.

Hermann Müller bei Stresemann.

Der mit der Regierungsbildung beauftragte Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Hermann Müller-Franken, hatte am Donnerstagabend eine Unterredung mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Krach bei der preussischen Volkspartei.

In der Preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei spielte sich am Donnerstag folgender Vorfall ab: Die Fraktion glaubte an einen Erfolg der volksparteilichen Bedingung im Reich. Also wählte man eine Kommission aus drei Personen, die mit den Koalitionsparteien über den Eintritt der Volkspartei in die preussische Regierung in Verhandlungen eintreten sollte. Der Vorsitzende der volksparteilichen Landtagsfraktion Dr. von Campe wurde nicht delegiert. Als Protest über dieses Mißtrauensvotum trat er von seinem Amt zurück. Jetzt hat die Volkspartei im Preussischen Landtag zwar eine Kommission aus drei Mann, die am Donnerstag vor den Worten der preussischen Regierung unpersönlicher Sache lehren mußte, aber keinen Vorsitzenden.

Kr. Obwohl nach den neuesten Nachrichten aus Berlin die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Bemühungen des Genossen Hermann Müller um Bildung einer sogenannten Regierung auf breiter Basis scheitern werden, sind die heutigen Meldungen doch sehr viel erfreulicher als die gestrigen. Sie zeigen nämlich, daß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wie auch der Genosse Otto Braun für die preussische Regierung das getan haben, was wir gestern leider in dem Verhalten von Hermann Müller vermischen mußten, nämlich, daß sie die an-

maßliche Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung abgelehnt haben. Die Genossen im Lande werden bei dieser Nachricht sichtlich aufatmen. Denn nach den gestrigen Nachrichten mußte man den Eindruck erhalten, als ob bei den Verhandlungsführern unserer Partei zur Bildung der neuen Reichsregierung eine untrennbare Nachgiebigkeit und Schwäche vorhanden sei. Auch heute müssen wir wieder fragen, warum hat Genosse Hermann Müller nicht selbst sofort der Deutschen Volkspartei die Antwort gegeben, die Otto Braun und die Reichstagsfraktion dann ohne weiteres gegeben haben? Müßte er wirklich erst so weit gehen, bei der preussischen Regierung anzufragen, ob sie sich dem Druck der Deutschen Volkspartei fügen wolle? Diese Anfrage war nach unserer Auffassung um so unangebracht, als gerade ein paar Tage vorher die preussische Regierung ausdrücklich erklärt hatte, es bestünde kein Anlaß, jetzt zur Umbildung der Regierung zu schreiten, sie würde aber später der Frage einer Umbildung der Regierung näher treten. Hermann Müller mußte mit seiner Anfrage also der preussischen Regierung zu, daß sie ihren zwei Tage alten Beschluß unter dem Druck der Volkspartei wieder aufkürzen sollte. Otto Braun hat sich davon zwar nicht imponieren lassen, aber es war durchaus unnötig, daß Hermann Müller diese unmaßliche Forderung der Volkspartei überhaupt weitergab. Es kann keinen guten Eindruck machen, wenn man erleben muß, daß zwar die Zentrumsfraktion des Reichstages ohne weiteres das Ansinnen der Volkspartei ablehnt, daß aber Hermann Müller es nicht sofort ablehnte, sondern sich zunächst an die preussische Regierung wandte. Diese bittere Tatsache kann auch durch den nachträglichen, sehr erfreulichen Beschluß unserer Reichstagsfraktion nicht aus der Welt geschafft werden.

Man muß sich darüber klar sein, daß man gerade, wenn man erreichen will, daß die etwa zustandekomende neue Reichsregierung der sogenannten großen Koalition wirklich Dauer haben und arbeitsfähig sein soll, es zunächst unbedingt notwendig ist, die Deutsche Volkspartei völlig von den Militärverbänden und den Deutschnationalen abzulösen und zu einer entschlosseneren Politik gegen die Reaktion zu erziehen. Dieser Zustand ist aber bei der Deutschen Volkspartei noch lange nicht erreicht. Der beste Beweis dafür ist, daß zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion der Volkspartei heute noch aktive Mitglieder des „Stahlhelms“ sind, obwohl der Stahlhelm dauernd einseitige Politik nur gegen die Linksparteien macht und obwohl er auch jetzt wieder die Parole aufgestellt hat, daß die Sozialdemokratie nicht in die Regierung hinein dürfe. Auch in einer Reihe von Ländern ist die Deutsche Volkspartei immer noch so eng verbunden mit den Deutschnationalen, daß von ihr auch für die Zukunft die Fortsetzung der zweideutigen Politik erwartet werden muß, die in den letzten Jahren jeden Fortschritt in Deutschland gelähmt hat. Wenn man daher nicht von Anfang an gegen diese Partei mit der nötigen Entschiedenheit auftritt und von ihr eine wirklich christliche und aufrichtige Schwenkung nach links verlangt, so wird eine Reichsregierung, in der sie etwa gemeinsam mit der Sozialdemokratie sitzen wird, kaum von Dauer und kaum arbeitsfähig sein.

Es ist aber auch nicht einmal nötig, auf jeden Fall auch die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineinzuziehen. Warum macht Hermann Müller nicht einfach ein Kabinett ohne die Deutsche Volkspartei, wenn diese Partei nicht will? Warum stellt er sich mit dieser Regierung nicht einfach dem Reichstag und überläßt es diesem, ihm das Vertrauen zu gewähren oder zu verweigern? Wir glauben nicht einmal, daß die Regierung gleich wieder gestürzt wird. Denn wie die Dinge liegen, scheint auch beim Zentrum und sogar bei der Bayerischen Volkspartei eine starke Mißstimmung gegen die Deutsche Volkspartei wegen ihrer Sabotageversuche zu herrschen. Außerdem sprechen schon heute gewisse Anzeichen dafür, daß in der Deutschen Volkspartei selbst sich gewisse Wandlungen vorbereiten. Der vorstehend gemeldete Rücktritt des Herrn v. Campe von der Leitung der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist nicht uninteressant und auch das Protestschreiben der Stahlhelmmitglieder unter den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten an die Leitung des Stahlhelms läßt allerlei Vermutungen zu.

Aber wenn diese Regierung sofort wieder gestürzt werden sollte, kann ja Herr Scholz von der Deutschen Volkspartei die Regierungsbildung übernehmen. Er wird sehr schnell erfahren, daß ihm die Regierungsbildung nicht möglich sein wird. Nach einigen Tagen wird die Situation wieder so sein, daß der Reichspräsident, wenn überhaupt eine Regierung zustande kommen soll, sich doch wieder an die Sozialdemokratie wenden muß. Dann hat aber unser beauftragter Unterhändler eine ganz andere Situation vor sich und wird es sehr viel leichter haben, eine Regierung zustandezubringen und Widerstände zu besiegen. Und endlich, sollte auch das nicht gelingen, nun dann muß eben doch der Reichstag wieder aufgelöst werden. Eine Reichstagsauflösung, weil eine Regierung durch die Sabotage der Volkspartei trotz all unserer Bemühungen nicht zustande kommt, brauchen wir durchaus nicht zu fürchten, wie

es bei einer Reichstagsauflösung wäre, die nötig würde, weil wir uns der Übernahme der Verantwortung versagen. Wir glauben, daß die Deutsche Volkspartei dabei sehr viel stärker unter die Räder kommen würde, als irgend eine andere Partei, und daß sie das selbst ganz gut weiß. Wir haben mit den Verhandlungen durchaus Zeit. Es kommt auf acht bis vierzehn Tage dabei nicht an, wenn das Ergebnis der Verhandlungen nur so ist, daß dabei etwas für das Proletariat herauskommt. Wenn man freilich, wie es bei Berliner Instanzen der Partei in der letzten Zeit offenbar der Fall war, von der Idee beherrschet ist, daß unbedingt in zwei bis drei Tagen eine neue Regierung auf die Beine gestellt werden müßte, so wird man allerdings kaum weit kommen. Vor allen Dingen ist es eine grobe Unvorsichtigkeit dieser Parteiinstanzen gewesen, so etwas auch noch laut zu verkünden. Denn eine solche Ankündigung muß geradezu wie eine Aufforderung an diejenigen, die der Sozialdemokratie übel wollen, wirken, ihr bei den Verhandlungen nach Möglichkeit Knüppel zwischen die Beine zu werfen und die Verhandlungen zu erschweren. Mein, man kann in einer so schwierigen Situation, wie die es ist, in der wir uns heute befinden, nur durch langes, zähes Kämpfen und Ringen, nicht aber durch politische Plaudereien von einigen Tagen Dauer politische Erfolge erzielen. Man sollte sich in den zühändigen Parteiinstanzen darüber klar sein, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung eine große politische Schlacht, einen wichtigen Kampf darstellen, in dem es gilt, mit aller Zähigkeit und Energie auf das Ziel loszugehen und den Gegner zurückzudrängen. Ein solcher Kampf muß aber mit anderer Festigkeit geführt werden, als wie bisher die Verhandlungen in Berlin geführt worden sind.

Denkt an die Elternbeiratswahlen!

Sonntag sind Elternbeiratswahlen. Durch die Zeitungen der bürgerlichen Parteien gehen noch einmal Artikel gegen die Gründe der freien Schule. Die freien Erziehungsorganisationen, die die allgemeine, von allen kirchlichen Gesehlschaften befreite Volksschule wollen, die die deutschen Kinder zu starken Menschen und selbstbewußten Bürgern der Republik erzieht, werden noch einmal recht gründlich verdächtigt, daß sie zum Kulturkampf größten Stills rufen. Die freien Erziehungsorganisationen, ganz gleich wie sie heißen mögen, denken nicht an Kulturkampf. Sie wirken lediglich für die möglichst beste Form der Volksschule, die das Kind aufs Leben vorbereiten und nicht einen unermesslich großen Teil der Unterrichtsstunden für kirchliche Zwecke reservieren soll. Das ist das ganze Problem. Darum geht der Kampf. Die freien Erziehungsorganisationen, die für die zeitgemäße Schule kämpfen, haben weder mit „Antikirchlichkeit“ (wie es in vielen bürgerlichen Zeitungen heißt) noch mit Kulturkampf etwas zu tun. Sie sind Arbeitsgemeinschaften im Dienste einer zweckmäßigen Erziehung der Kinder des Volkes, und wer behauptet, daß sie religionsfeindliche Ziele verfolgen, der führt Kulturkampf.

Deutsche Parteijustiz!

Schäbliche Strafen für Wermollhandliten.

Das erweiterte Schöffengericht in Fürstenwalde hat sich am Donnerstag mit einer Anklage gegen zwei jugendliche Wermollknecht aus Ahrensdorf wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu beschäftigen. Die beiden Wermollknechte bildeten seinerzeit den Anlaß zu dem Zwischenfall in Ahrensdorf, in dessen Verlauf die beiden Reichsbannerleute aus Berlin tödlich verletzt wurden. Der Staatsanwalt beantragte gegen einen der Angeklagten 1 Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 30 Mark gegen einen der Missetäter. Der andere wurde freigesprochen.

Die neue Anhalter Regierung.

Der Landtag des Freistaates Anhalt wählte am Donnerstag den Sozialdemokraten Deist mit 17 Stimmen wiederum zum Ministerpräsidenten. Die Kommunisten beteiligten sich an der Wahl nicht. Außerdem wurde der Demokrat Weber zum Minister gewählt. Die Wahl eines dritten Ministers erfolgte nicht, weil man hofft, demnächst mit der Volkspartei eine Verständigung herbeizuführen. Das Kabinett Deist-Weber ist ein Minderheits-Regierung.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Knack-Verlag A-G, Berlin W. 50. (Schluß)

Ein Sänger aus einem berühmten homöopathischen Lokal in Berlin wird den neuesten Jazzreißer vortragen, und der Petroleummagnat wird mit seiner Geliebten in den Chor einstimmen.

Was ich tu,
Ich dudelndudelndu.
Ich dudelndudelndu!

XII

Paul bewegte seine Hand, und Ruth schrie auf: „Er kommt zu sich!“ Aber die Pflegerin erklärte, dies bedeutete nichts, der Arzt habe gesagt, daß er sich vielleicht bewegen werde. Er dürfe nur nicht den Kopf bewegen. Sie wusch Pauls Temperatur, legte aber nichts.

Pauls Hände wanderten über die Decke, ziellos, hin und her, als suchte er auf dem Bett Insekten. Seine Stimme tönte lauter und lauter, er sprach immer noch russisch. Gregor erklärte ihnen die Karte. Paul sehe im Frieden den roten Blau ... Heere ... Sibirien ... höre Arbeiter singen ... lalle Lösungsworte: „Hoch die Revolution!“ „Die Macht den Arbeitern!“

Und dann wurden die Menschen an Pauls Bett durch das Radio wieder in den Ballaal des Empire-Hotels in Angel City zurückgerufen. Oder war es vielleicht das Herz des Königs, es nach die Wölfe zum Klang des Tambours tanzen, die schwarzen Leiber mit Palmöl gesalbt, leuchtend im Schein leuchtender Feuer?

Eine harte, schrille, höhnliche Stimme brüllte: „Wozu braucht das Mensch mein Geld?“

XIII

Paul begann wild mit den Armen zu juchzen, als sie ihm zu helfen versuchten, wehrte er sich. Glanzte er, daß ihn die Straßenscheiter in Paradies gepackt hatten oder die Gefängniswärter von San Cito? Oder die Bundesgeldmagnaten, oder die französischen Geburten? Oder die Spanos mit dem Knütteln und den Eisenhaken? Er kämpfte wie wahnsinnig; Bunnag hielt seinen einen Arm, Gregor den anderen. Ruth und Rachel harrten sich an seine Füße, die Pflegerin kam mit einer Zwangsjacke gelangt. Mit welcher Wucht schloß sie ihn. Er wehrte sich verzweifelt, sein Gesicht wurde bleich, die Adern an seinem Hals sprangen hervor.

Hoover republikanischer Präsidentschaftskandidat.

Newport, 15. Juni. Der republikanische Konvent in Kansas City beschloß, Hoover als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Seebold schon verhaftet?

Die Moskauer „Jawestija“ führt am Donnerstag aus, daß man außer Badstieber demnächst auch den deutschen Ingenieur Seebold auf der Anklagebank des Denezprozesses sehen wird. Man muß danach annehmen, daß Seebold auf Grund der Denunziation des Badstieber bereits verhaftet ist.

Inzwischen hat der Betriebsrat der Firma Knapp eine Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Aussagen Badstiebers im Denez-Prozess völlig unbegründet und frei erfunden sind.

Beratung über den Fall Boncour

Paris, 15. Juni. (Eigener Funkbericht.)

In der gestrigen Vorstandssitzung der Sozialistischen Partei Frankreichs kam es zu einer Diskussion über den „Fall Paul Boncour“. Die Führer des linken Parteiflügels, Braud und Zyromski, verlangten, daß jedem Sozialisten die Vertretung einer bürgerlichen Regierung im

Sieg der Regierung Braun.

Die Mißtrauensanträge mit starker Mehrheit abgelehnt. — Der Landtag bis zum 10. Juli vertagt.

Berlin, 14. Juni. (Eigener Bericht.)

Im Preussischen Landtag wurde am Donnerstag zunächst zur Geschäftsordnung beantragt, eine ganze Reihe von Anträgen ohne Besprechung der zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Als Abg. Kube (Komm.) beantragte, einen Antrag auf Aufhebung des Rednerbets für Adolf Hitler dem Hauptauschuß zu überweisen, wird von den Sozialdemokraten Widerspruch erhoben. Abg. Saate (Komm.): Wir werden nunmehr zur Obstruktion übergehen und grundsätzlich gegen jede Weiterleitung eines Antrages an den zuständigen Ausschuß stimmen, so lange nicht unter Antrag auf Aufhebung des Rednerbets für Adolf Hitler vom Hause dem Ausschuß überwiesen ist.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und überweist ohne Besprechung die Anträge über die Volksschulunterhaltung zur Einleitung der Leistungsmaßnahmen Schulerträge und über die Kostlage der Hühnerzucht dem Hauptauschuß. Dann wird die Beratung der über die Zeichenkollagen im Ruhrgebiet eingebrachten Anträge fortgesetzt.

Abg. Langer-Oberhausen (D. V.): Die hier gemachten Angaben über große Gewinne der Bergunternehmer sind unrichtig. — Abg. Hartmann (Dem.): Wenn die Arbeiter-Einstellungen so fortgehen, wird die Industrie größere Verluste für soziale Verbesserungen übernehmen müssen. Nach unserer Auffassung geht man mit Stillelegungen viel zu radikal vor. — Die Abg. Grüter (Wirtsch.) und Hehl (Wirtsch.) sprechen sich gegen die Zeichenkollagen aus. — Nach einer kurzen Bemerkung eines Regierungsvertreters erhält das Schlusswort Abg. Schottka (Komm.) Mit dem Hinweis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau nur durch eine internationale Regelung erfolgen könne, verliert man, sie hier in Deutschland zu hinterziehen.

Dann wird die Debatte unterbrochen und die Abmahnung über die Mißtrauensanträge vorgenommen. Zuerst gelangt der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Kabinett zur Abstimmung. Vorher erklären die

Abg. Steinhoff (Nat.) und Radendorf (Wirtsch.), daß ihre Fraktionen für den kommunistischen Antrag stimmen werden, ohne sich die Begründung zu eigen zu machen. In der namentlichen Abstimmung stimmen außer den Kommunisten dafür die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Fraktion und die Nationalsozialisten. Die Deutsche Volkspartei enthält sich der Stimme. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 222 gegen 168 Stimmen, bei 33 Enthaltungen. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Mit der Ablehnung dieses Antrages gilt der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen die Staatsregierung als erledigt.

Nunmehr folgt die namentliche Abstimmung über den ersten Teil des deutschnationalen Antrages, das Verhalten des Justizministers zu mißbilligen. — Abg. Pief (Komm.) erklärt dazu, daß seine Fraktion sich an der

Völkerverbund in Genf verbietet werde. Außerdem forderten daß über ihre Entschickung nach vor dem Internationalen Sozialistenkongress in Brüssel eine Entscheidung gefaßt werde. Die Abstimmung über den Antrag wurde jedoch nach einer tügen Diskussion vertagt.

Preussische Gemeindevahlen im Herbst

Die preussischen Gemeindevahlen werden ausschließlich mit den Kreis- und Provinziallandtagswahlen Ende November oder Anfang Dezember stattfinden. Eine entsprechende Vereinbarung der preussischen Regierung ist bei dem Weibertzusammentritt des Landtages im Juni zu erwarten.

Frankenstabilisierung am 23. Juni

Paris, 15. Juni. Wie die „Liberte“ mitteilt, wird französische Franken am 23. Juni stabilisiert werden.

Vertrauensvotum für Poincare

Paris, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Verlauf der Abstimmung über die Anträge der radikalen Abgeordneten zur Freilassung von Kallin und Kallin sprach sich die Kammer mit 342 gegen 168 Stimmen für die der Regierung gewünschte Vertagung aus.

Abstimmung nicht beteiligten werde, weil die Begründung deutschnationalen eine nicht zu überbietende Senke sei (Ordnungsruf). Der Antrag wird mit 228 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Für diesen Passus stimmte außer den genannten Reichsparteien auch die Deutsche Volkspartei.

Bevor es zur Abstimmung über den zweiten Teil des de nationalen Antrages kommt, beantragt Abg. Pief (Komm.) Geschäftsordnung die sofortige Herbeiführung des Ministerkabinetts. In der Presse sei bekannt geworden, daß der Ministerpräsident sich in Unterhandlungen bereit erklärt habe, die preussische Regierung spätestens im Herbst dieses Jahres Einbeziehung der Deutschen Volkspartei zuzubilligen. — Antrag auf sofortige Besprechung wird genügend unter Abg. Kasper (Komm.) ist der Auffassung, daß durch eine Umbildung der Regierung die Wähler im Lande schwerer zu sein würden. — Für den Antrag stimmen außer den Kommunisten noch die Deutschnationalen. Ihr Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann wird über den zweiten Teil des de nationalen Antrages namentlich abgestimmt, der die preussischen Kultusminister das Mißtrauen aussprechen will, hier enthalten sich die Kommunisten der Stimme. Der Antrag wird mit 216 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmte außer den Deutschnationalen auch die Deutsche Volkspartei. — Damit sind die Abstimmungen über die eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Staatsregierung glücklich des Kabinetts erledigt.

Es folgt die Besprechung eines kommunistischen Antrages, der die Zurückziehung der Polizei aus dem Streikgebiet der Rheinschiffer und -arbeiter fordert und Einwirkung auf das Reich, verlangt der gefällte Schiedspruch nicht verbindlich erklärt wird vom Abg. Schuber (Komm.) begründet wird.

Abg. Müller-Quisburg (Soz.):

Es handelt sich um keinen Streik, sondern um eine Sperierung, weil die Unternehmer in der Rheinschiffahrt Deck- und Maschinenpersonal einen Lohn abzug von 13 Prozent und 5,50 Mark pro Woche vornehmen wollten. Die Hafenarbeiter haben sich dann der Bewegung angeschlossen, weil sie keine Arbeit verrichten wollten. Die Unternehmer wollten den Hafen sie nach ihren Erklärungen 6-8 Wochen durchhalten. Auf diesen Standpunkt konnten sie sich stellen, weil sie durch das Zeichenkapital haben. Der Wirtschaftsschaden ist allerdings groß. Früher wurden 80 000 Tonnen Kohlen auf Häfen gefordert, heute nicht einmal 3000 Tonnen. Die Schiffahrt führen den Kampf; sie identifizieren sich aber nicht dem kommunistischen Antrag.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Die Anträge auf Einziehung eines Oit- und Weisausschusses werden ohne Aussprache an den Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 16. Juli.

Und wieder tönte durch das offene Fenster Welle RRR, brach das Lärmen Hundertes singender, brüllender, hochrufender Menschen, bisweilen das Klirren brechender Teller und Gläser. Jemand hielt eine Rede, doch war er dermaßen betrunken, daß er kaum sprechen konnte. Die anderen hätten ihn ohnehin nicht verstanden, weil auch sie völlig besoffen waren. Hochrufe, Gebrüll, Lachen, und dazwischen ein Lieb.

Der Sprecher war betrunken, das Radio selbst war betrunken, der Heiser konnte die Welle nicht gerade tragen, sie schwankten und taumelten. Die Gelege der physikalischen Welt wankte. Gott auf keinem Throne war betrunken, aus Freude über die Wahl des größten Mannes, den das Weiße Haus je beherbergte. Bunnag, halb betäubt vor Erregung, sah die ganze Szene durch einen Rebel von Klang und Bewegung: die glänzenden Mäuler der Trompeten, das Schwerten der Fahnen, das Aufflammen elektrischer Signale, das Lärmen der Finanziers und ihrer Geliebten, die hüpfen die Wölfe beim Paarungstanz.

„Mein Gott, mein Gott!“ rief Ruth, „er will mit mir sprechen.“

Einen Augenblick erwiderte es lässlich den Eindruck: Pauls gefundes Auge hatte sich geöffnet, sah mild und jachenerlich drein. Er hob den Kopf, gab einen schließenden Laut von sich ...

„Wen sie liebt, ist sie ein Ofen.“ brüllte das Radio.

„Paul, was ist dir?“ schrie Ruth.

„Der Ofen löst sich nur mit Scheds und roten heizen.“

„Paul laut zurück, befreit. Ruth, beide Hände gefaltet, als beie sie zu ihm, schien ihm mit ihrer Seele nach dem jenen Ort zu folgen, wohin er ging.“

„Ein Feuerzeug verfluchte Rody mit neun Jahren, hab leibem ist die Hölle in das Weib gefahren!“

„Er ist tot! Er ist tot!“ Ruth legte die Hand auf Pauls Herz, sah dann mit einem Säure auf.

„Rody-Rody,“ sang es im Oher. „Glühendes Rody...“

Ruth rannte ans Fenster, aber Bunnag hielt sie noch rechtzeitig zurück. Die anderen hielten ihm. Die Pflegerin gab ihr rasch eine Injektion, und wenige Minuten später lag Ruth auf einem Bett, dem Ansehen nach ebenso tot wie der Bruder.

Der Nachbar gegenüber kahlte die Welle RRR des Angel City Paristien“ ein. Regies Balletin aus New York! Calvin Coolidge hat die größte Stimmenerhebung erhalten, die je ein amerikanischer Präsident erzielte. Fast achtzehn Millionen Stimmen. Gute Nacht, Freunde des Radiolandes!

XIV

Die Kommunisten wollten ein „rotes Begräbnis“ veranstalten. Es jedoch hinderte sie mit majestätischer Autorität daran: Paul habe keine Sünden bereut und sei zu Jesus zurückgekehrt, deshalb solle er den Riten der Dritten Offenbarung gemäß befristet werden.

Drei Tage später schritt ein kleiner Zug einen der von Paradies hinan. Eine große Menge hatte sich eingefunden und auch der notwendige Radiosender schickte nicht. Es war Worte durften nicht verloren gehen. Die zweihundert Radiopausfrauen von Kalifornien waren durch die Zeit benachrichtigt worden, hundertneunzigtausend gingen um acht Uhr auf den Markt, um die romantische Losenfeier anhören zu können. Bunnag, Rachel und eine kleine Schar standen abseits. Sie wußten, daß sie hier nicht willkommen in Ruth stand mit der weinenden Familie am Grab, neben sich beiden Schwäger, zwei kräftige Arbeiter, Andy Bugner und Blad, denn sie konnte tobstüchtig werden, man wußte nicht, sie tun würde. Sie war bleich und sah erschreckend aus, doch sie nicht die Bedeutung des in die Erde gegrabenen großen und der langen, schwarzen, mit Blumen bedeckten Kiste zu erf. Während Eli berebt über den verlorenen Sohn, der gefehrt, über das verirrte und wiedergefundene Lamme paristrie Ruth nach den weißen Wolken, die sich langsam über fernern Sägeln bewegten.

Ruth war ganz still geworden. Sie wanderte nur noch den Hügel umher, rief die Schafe, die nicht mehr dort weil. Bisweilen rief sie Paul, manchmal auch Bunnag. Man lie gewöhnen, bis sie eines Tages nach Joe Gundha rief. Petroleumarbeiter, die neue Bohrürme errichteten und die bekannten Quellen reinitigten, waren auf dem Hof-Junior fremd (übrigens hieß es kurz darauf Roscoe-Junior-Feld, von Vernon Roscoes vier Söhnen übernahm es). Die Arbeiter hatten nie von Joe Gundha gehört, der in die Quelle geführt war, deshalb beachteten sie auch nicht das unliche Mädchen, das umherirrte und seinen Namen rief.

Erit spät nachts bemerkte die Familie, daß Ruth nicht war. Und als sie sich auf die Suche nach ihr machten, ergr einer der Arbeiter, Ruth habe dauernd nach einem Joe Gundgerufen. Meekie ahnte sofort, was das bedeutete, und sie in die erste Quelle eines dreizehntägigen Fangschere hinab, die tag in ein Stück von Ruths Kleid herauszog. Übermals wurde die schiere hinabgelassen und Ruths Körper heraufgeholt. Eli kam Paradies, und Ruth wurde neben Paul begraben, in der von Joe Gundhas Grab.

Ihr könnt heute die mit einem Drahtjaun umgeben Gräber sehen. Der nächste Bohrtrium ragt in einer Entfernung von etwa hundert Fuß auf. Eines Tages werden die hah Bohrürme, der Drahtjaun und auch die Gräber verschwinden sein. Wieder werden Mädchen mit nackten, braunen Beinen die Hügel laufen und vielleicht glücklichere Frauen sein, wenn den Arbeitern gelingt, den schwarzen, grausamen Riesen in zu schlagen, der nicht nur Ruth Watkins und ihren geidiet hat.

Noch einmal: Die Wandlung der Demokraten.

Kr. Unsere Ausführungen über die innere Wandlung in der demokratischen Partei in unserer letzten Montagsausgabe haben den demokratischen Kreisen einiges Unbehagen hervorgerufen. Besonders den entschiedenen Demokraten, die gegen eine Verschmelzung der Partei mit der Deutschen Volkspartei sind, ist es natürlich unangenehm, daß man auf diesen Stimmungswandel in der demokratischen Partei aufmerksam geworden ist, zumal die linken Demokraten selbst in eine ziemlich schwierige Lage geraten können, wenn es mit der Verschmelzung der beiden genannten Parteien wirklich Ernst werden sollte. Man versucht deshalb, die Bedeutung der Symptome, die wir neulich beschrieben haben, abzuklären. Leider können uns aber diese Klärungsversuche nicht überzeugen, denn auch in den letzten Tagen ist wieder eine ganze Reihe von Symptomen hervorgetreten, die auf eine immer weiter gehende Annäherung der Demokraten an die Deutsche Volkspartei hinweisen.

Zunächst sei auf einen Artikel hingewiesen, der am Mittwoch in einem großen Teil der demokratischen Presse erschien. Verfasser ist der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Herr Koch-Weiser. Der Aufsatz behandelt die Forderungen, die die Demokraten aus dem Wahlkampf zu ziehen haben. Dieser Artikel versucht zwar ebenfalls in gewisser Weise den Eindruck von der Größe der in der demokratischen Partei zu beobachtenden Tendenzen zur Vereinigung mit der Deutschen Volkspartei abzuklären, man merkt dem Artikel aber doch deutlich an, daß er in Grunde auch Herr Koch-Weiser einer solchen Verschmelzung, zum mindesten aber einer Annäherung der beiden Parteien aneinander nicht abgeneigt ist. Koch schreibt zwar im Vorwort seiner Ausführungen einmal, er läßt zu einer Preisgabe der Deutschen Demokratischen Partei keinen Anlaß und keine Möglichkeit zur Bildung einer gemeinsamen großen republikanischen Partei, die Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten umfassen würde, weil weder die Führer der fraglichen Parteien dazu bereit seien, noch auch die Wählermassen dem Ruf zur Gründung einer solchen Partei folgen würden. Die republikanische Propaganda allein reiche nicht aus, um eine Partei zu halten. Ganz darauf aber bezeichnet Koch den Gedanken einer Verschmelzung nur der Liberalen Parteien, und darunter können auch nur die Demokratische und die Deutsche Volkspartei verstanden werden, als ganz gewiß beachtenswert. Nur eine solche Partei könne auf die Dauer die Aufgabe erfüllen, „den Liberalismus und der staatsbürgerlichen Gesinnung weiter Schichten der deutschen Bürgertums die ihm gebührende Verehrung im Reichstag zu sichern. Nur eine solche Partei kann sich gegenüber nationalistischen Phantasien und marginalen Utopien behaupten.“ Auch die übrigen Aufgaben der Partei, z. B. die Wiedererlangung des deutschen Bauernstandes, könne nur von einer solchen Partei gelöst werden. Dieser letzte Hinweis ist um so beachtenswerter, als gerade die Gewinnung des Bauernstandes eins der Ziele ist, dem die Deutsche Demokratische Partei in den letzten Jahren mit besonderer Energie nachstrebt. Koch kommt denn auch zu dem Ergebnis, daß er sich prinzipiell einem solchen Gedanken der Einigung niemals widersetzen würde, sondern bereit sei, ihm zu folgen, wenn die neue Partei verbürgen würde, daß in ihrer Politik in nationalem, republikanischen, sozialen und liberalen Sinne gemacht würde. Und er schließt mit der Feststellung: „Diese Auffassung habe ich durch Annahme des Ehrenvorsitzes in der liberalen Vereinigung bekundet.“

Aber die Demokraten wären nicht diejenigen, die sie sind, wenn Herr Koch eine feste Linie einhielte. Bürgerlicher Demokrat sein heißt offenbar ein Stehaufmännchen sein. Infolgedessen beginnt er den nächsten Absatz mit dem Satz: „Trotzdem stehe ich der Durchsetzung dieses Gedankens skeptisch gegenüber“ und dann folgt wieder eine große Reihe von Bedenken, ohne daß diese Darstellung der Bedenken mit dem Ausdruck des festen Willens endet, an die Überwindung dieser Schwierigkeiten zu gehen und die Erreichung des vorher als notwendig hingestellten Zieles anzustreben.

Gleichzeitig mit dem Artikel des Herrn Koch-Weiser erschien im „Berliner Tageblatt“ ein Artikel eines ebenso prominenten Demokraten, nämlich des Geschäftsführers der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Friedrich Kemmer. Dieser Demokrat spricht in dem Artikel über die „Grenze der Lohnpolitik“, und zwar in einer Weise, in der sonst die deutschnationalen oder deutschvolksparteilichen Großkapitalisten über dieses Problem sprechen. Er behauptet nämlich einfach wieder, daß durch die von der Arbeiterschaft verlangten Lohnerhöhungen die Kapitalbildung unterbunden und infolgedessen durch sie eine Vergrößerung und Verbesserung des deutschen Produktionsapparates verhindert würde. Das schreibt dieser Demokrat am Tage, nachdem der Vertreter des amerikanischen Großkapitals, Herr Parker Gilbert, in seinem neuesten Bericht diese Auffassung als unheimlich bezeichnet hat. Es zeigt sich also, daß dieser führende Demokrat vollkommen in den Gedankengängen der deutschen großindustriellen Arbeitgeber befangen ist. Wie sehr das der Fall ist, zeigt auch seine Begründung. Erhöhung der Löhne ist für ihn nämlich ohne weiteres identisch mit Erhöhung der Produktionskosten, und Erhöhung der Produktionskosten wieder mit einer Verminderung des Gewinns. Selbst, wenn man annimmt, daß die Erhöhung der Löhne die Kosten steigert und dadurch die Gewinnspanne pro Produkt verringert wird, so ist damit doch immer noch nicht gesagt, daß der Gewinn des Unternehmers als solcher dadurch vermindert wird. Wenn nämlich auf Grund der Lohnerhöhung die Leistungsfähigkeit des Betriebes einerseits, die Kaufkraft der großen Massen andererseits steigt, so daß eine größere Menge Waren produziert und abgesetzt werden kann, ist das keineswegs der Fall. Diese Feststellungen sind nationalökonomische Binsenwahrheiten. Wenn der Demokrat Kemmer sie nicht kennt, so beweist das, wie rein kapitalistisch und unternehmerfreundlich dieser Mann denkt. Dieser Mann spielt aber in der demokratischen Partei eine große Rolle. Ein weiterer Beweis dafür, wie stark sich die demokratische Partei innerlich immer mehr nach rechts entwickelt.

In diesem Zusammenhang muß auch an die jüngste Rede des demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer erinnert werden, die er dieser Tage in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundes auf einer Tagung dieses Bundes gehalten hat. Sie war so einseitig privatkapitalistisch eingestellt, daß sich die „Frankfurter Zeitung“ sogar genötigt sah, ihren Parteifreund Fischer einmal wieder an den Abfall: Wirtschaft des Parteiprogramms zu erinnern. Das spricht Bände. Auch dieser Herr gehört offenbar in Wirklichkeit in die Deutsche Volkspartei.

Es wäre aber nicht gehörig, wenn wir verschweigen wollten, daß in der demokratischen Partei auch noch Kreise vorhanden sind, die der Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei widerstreben. So hat z. B. der Parteiauschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Hamburg in seiner Sitzung am Dienstag gegen die von Berlin aus angeregte Annäherung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei mit allen gegen eine Stimme Stellung genommen. Es ist aber interessant, daß in dieser Entschließung genau die entgegengesetzte Befürchtung ausgesprochen wird, die Herr Koch in seinem Artikel ausspricht. Die Hamburger Demokraten meinen nämlich, daß durch die Verschmelzung der beiden Parteien nur das Entstehen neuer Spalterparteien gefördert würde, während Koch der Meinung ist, daß die Spalterparteien nur durch die Verschmelzung der beiden Parteien zu einer großen liberalen Partei überwunden werden können. Auch insofern ist der Beschluß interessant, als er doch beweist, daß auch in der demokratischen Partei selbst die Anregung auf eine solche Verschmelzung der Partei außerordentlich ernst genommen wird, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit also nicht nur um eine bloße Unterhaltung einiger für Artikel stoffsuchender Journalisten handelt.

Es wäre ja auch Vogelstraußpolitik, wenn die linken Demokraten die Tatsache leugnen wollten, daß in ihrer Partei eine starke Strömung, die nach Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei strebt, vorhanden ist. Das wird u. a. auch durch eine Meldung aus Stuttgart bestätigt, nach der der Landesvorstand der demokratischen Partei Württembergs, Abg. Brudmann-Heilbronn in einer demokratischen Parteiverammlung über die Regierungsbildung in Württemberg als ein erfreuliches Ergebnis der Verhandlungen die zutagegetretene politische Annäherung zwischen der demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei auf der Basis gemeinsamer wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben, aus denen sich eine Fraktionsgemeinschaft ergeben könnte, bezeichnete. In der demokratischen Partei Württembergs denkt man also sogar schon an die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei, und man ist sogar der Auffassung, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiete Demokraten und Deutsche Volkspartei ein gemeinsames Programm hätten. Das besagt nichts anderes, als daß auch die Demokratische Partei in wirtschaftlicher Beziehung eine Partei des Großkapitals sein will.

Damit genug für heute. Die Entwicklung der demokratischen Partei nach rechts macht, wie man sieht, ziemlich starke Fortschritte. Soll der Fortgang dieser Entwicklung verhindert werden, so wird es Zeit, daß der linke Flügel der demokratischen Partei sich rührt und energische Schritte dagegen tut. Wir anderen aber glauben, daß auch das wohl kaum viel helfen und daß es schließlich doch zu dieser Verschmelzung kommen wird, einfach deshalb, weil die politische Gruppierung nach Klassen eine soziologische und politisch-wirtschaftliche Notwendigkeit unserer Zeit ist.

Löbe wieder Reichstagspräsident.

Eine empfindliche Lehre für die Deutschnationalen.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht als erster Punkt die Wahl des Reichspräsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Abg. Dittmann (Soz.) schlägt für das Amt des Reichstagspräsidenten den bisherigen Reichspräsidenten Löbe vor (Beifall). Abg. v. Guérard (Ztr.): Ich beantrage, die Wiederwahl unseres hochverehrten bisherigen Reichspräsidenten Löbe durch Zuzug vorzunehmen. (Beifall). — Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, die kommunistische Fraktion erhebe entsprechend ihrer Fraktionsstärke Anspruch auf den Posten des dritten Vizepräsidenten. Da die Sozialdemokraten die Zustimmung zu diesem Vorschlag an bestimmte Bedingungen geknüpft hätten, würden die Kommunisten aus Protest für jeden Wahlgang eigene Kandidaten aufstellen.

Die Wahl des Reichspräsidenten wird hierauf durch Stimmkarten vorgenommen. Als ihr Ergebnis verkündet Reichspräsident Bock: Es sind 486 Stimmen abgegeben worden, davon 318 für den Abg. Löbe (Beifall), 46 Stimmen für den Abg. Thälmann (Komm.), 12 für den Abg. Dr. Frick (Nat-Soz.) und 70 unbeschriebene Zettel. Der Abg. Löbe ist damit zum Reichstagspräsidenten gewählt. (Beifall).

Präsident Löbe

erklärt sich unter dem lebhaftesten Beifall der Mehrheit zur Annahme der Wahl bereit und führt aus: Zum dritten Mal führt mich Ihr Wille in dieses hohe, verantwortungsvolle Amt. Ich kann den herzlichsten Dank für dieses große Maß von Vertrauen nur verbinden mit der Versicherung, daß die Erfahrungen einer fast achtjährigen Amtsführung mich befähigen sollen, die mir übertragene Aufgabe vollkommen zu lösen. Als solche sehe ich an die Wahrung der Würde des Parlaments (Lebhafter Beifall, Zuzug bei den Komm.), — Herr Koenen, ich habe angenommen, daß Sie von nun an dabei helfen wollen (Heiterkeit). — weiter die Förderung seiner Arbeiten und Unparteilichkeit nach allen Seiten des Hauses. (Beifall). Ich bitte zur Erfüllung dieser Aufgaben um Mithilfe bei allen Parteien.

Der neue Reichstag steht vor allen Problemen, die noch nicht gelöst werden konnten: Die Prüfung des Wahlgesetzes, die Revision der Geschäftsordnung, um zu einer rationelleren, den modernen Bedürfnissen angepaßten Lösung zu kommen und zur Wahrung derjenigen Verhandlungsformen, die das Volk von seiner höchsten Vertretung erwarten kann. (Lebh. Beifall, Unruhe h. d. Komm. und Nat-Soz.) Seit dem Jahre 1920, wo ich zum ersten Mal dieses hohe Amt bekleiden durfte, sind wir politisch ein gutes Stück vorwärts gekommen, aber noch immer lastet auf uns ein schwerer Druck, die außenpolitischen Verpflichtungen, die Reparationsabgaben, die in diesem Jahre die Höchstsumme erreichen, die Befreiung deutschen Gebiets. Diese harte Kriegslast hat die Erfüllung vieler berechtigter Wünsche verhindert. Die Ausländer bekommen ein fälschliches Bild von den deutschen Verhältnissen, wenn sie es zu gewinnen suchen auf den üblichen großen Straßen des Weltverkehrs. Die Last dieser Kriegskriegskriegskrieg wird an anderen Stellen erarbeitet und durch Entbehrungen getragen: beim deutschen Mittelstand, der noch immer nicht eine gesunde Grundlage für seine Existenz hat finden können, bei den Angestellten und Arbeitern, die vergeblich ständige Beschäftigung suchen, bei den Bauern, deren Notlage von allen Parteien anerkannt worden ist. (Beifall). Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in der vorliegenden Tagungsperiode es uns möglich sein wird, mit der Begrenzung der Reparationssumme, mit der Forderung der Räumungsrufen die gesunde Grundlage zu erreichen für die Erfüllung der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Wünsche. Dann wird es uns mit größerem Nachdruck möglich sein, jene Politik der Weltveröhnung und Verständigung fortzusetzen, für die der Ausfall der Wahlen eine so überwältigende Befähigung gegeben hat. (Beifall).

Der Präsident widmet dann, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, den verstorbenen Abg. Gilden-

meister, Seeger, Geil und Dr. Heinze Worte ehrender Gedächtnis. Er dankt dann unter lebhafter Zustimmung des Hauses dem Alterspräsidenten Bock für seine Tätigkeit.

Bei der dann folgenden Wahl des ersten Vizepräsidenten schlägt Abg. Schults-Bromberg (Dnt.) im Namen der Deutschnationalen Fraktion den bisherigen Vizepräsidenten Graef-Thüringen vor. Abg. Stöcker (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag. — Abg. Koenen (Komm.) ruft: „Graef, der Hausnecht!“ Prä. Löbe ruft den Abg. Koenen zur Ordnung. (Rufe h. d. Komm.: „Sie sind ja schnell dabei!“) Prä. Löbe: Ihr Präsident Schwent war noch schneller mit dem Ordnungsruf da. (Heiterkeit).

Abg. Dittmann (Soz.): Bei der Wahl des Präsidenten haben die Deutschnationalen weisse Stimmzettel abgegeben. Sie haben damit bekundet, daß sie nicht willens sind, den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten anzuerkennen. Aus diesem Grunde wird bei der heutigen Wahl die Sozialdemokratische Fraktion für den Zentrumsabgeordneten Esser stimmen.

Die Zettelwahl hat folgendes Ergebnis: Es sind 448 Stimmen abgegeben worden, davon 191 für den Abg. Graef (Dnt.), 187 für den Abg. Esser (Ztr.), 48 für den Abg. Thälmann (Komm.), 11 für den Abg. Dr. Frick (Nat-Soz.), 2 für den Abg. Leow (Komm.). 9 Stimmzettel sind ungültig. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, wird nun eine Stichwahl zwischen den Abg. Graef und Esser vorgenommen, aus der Abg. Esser (Ztr.) mit 278 Stimmen als gewählter erster Vizepräsident hervorgeht. Auf den Abg. Graef (Dnt.) sind 148 Stimmen gefallen. Das Wahlergebnis wird von der Mehrheit mit großem Beifall begrüßt. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlägt Abg. Schults-Bromberg (Dnt.) wiederum den Abg. Graef-Thüringen (Dnt.) vor.

Abg. Dittmann (Soz.): Die Sozialdemokratische Fraktion schlägt jetzt als 2. Vizepräsidenten den Abg. Frhr. v. Kardorff (D. Vp.) vor.

Die Wahl ergibt 142 Stimmen für den Abg. Graef (Dnt.) 203 für den Abg. v. Kardorff (D. Vp.), 47 für den Abg. Thälmann (Komm.), 11 für den Abg. Dr. Frick (Nat-Soz.), 2 für den Abg. Geßke (Komm.). Da 403 gültige Stimmen abgegeben sind, hat Abg. v. Kardorff mit 203 Stimmen genau die zu seiner Wahl erforderliche absolute Mehrheit erreicht.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) dankt für die Wahl seines Fraktionskollegen v. Kardorff und schlägt für den Posten des 3. Vizepräsidenten nunmehr den Abg. Graef-Thüringen (Dnt.) vor. — Abg. Koch-Weiser (Dem.) schlägt Frau Dr. Bäumer (Dem.) vor, Abg. Stöcker (Komm.) den Abg. Geßke (Komm.)

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, seine Freunde hätten für den kommunistischen Kandidaten gestimmt, wenn die Kommunisten nicht gegen den Präsidenten Löbe gestimmt hätten. Nunmehr würden die Sozialdemokraten für Frau Dr. Bäumer stimmen. (Heiterkeit).

Bei der Wahl wurden 439 Zettel abgegeben, davon 199 für den Abg. Graef (Dnt.), 159 für die Frau Dr. Bäumer (Dem.), 54 für den Abg. Geßke (Komm.), 12 für den Abg. Dr. Frick (Nat-Soz.), 22 Stimmen sind ungültig, 2 zerplittert. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl zwischen den Abg. Graef und Frau Dr. Bäumer.

Bei der Stichwahl wird Abg. Graef (Dnt.) mit 205 Stimmen zum 3. Vizepräsidenten gewählt (167 Stimmen, die auf die Frau Dr. Bäumer (Dem.) fielen, bei 30 ungültigen Stimmen). — Abg. Graef ist nicht anwesend, die Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Wahl kann erst später erfolgen.

Gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Christlich-Nationalen wird dann der kommunistische Antrag angenommen, daß der kommunistische Abg. Rippenberger während der Tagungsdauer des Reichstages aus der Halle zu entlassen ist.

Die Kommunisten als Fälscher entlarvt.

Mannheim, 14. Juni. (Eigener Bericht.) Der frühere Redakteur der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Mannheim, Kenzler, stand dieser Tage wegen Vergehen gegen das Republikanengesetz und Beleidigung durch die Presse vor dem Mannheimer Schwurgericht. Die „Arbeiterzeitung“ hatte anfänglich der Reichspräsidentenwahl eine sogenannte „Bombe“ veröffentlicht. Sie bestand in zwei angeblichen Briefen des bayerischen Staatspräsidenten Kemmerle. Aus ihnen war zu entnehmen, daß sich Kemmerle in den Dienst privater Organisationen gestellt und außerdem die Spitzeltätigkeit unter den extremen politischen Parteien erstrebt habe. Vor dem Schwurgericht mußte Kenzler nunmehr zugeben, daß die Briefe Fälschungen waren. Ein Angehöriger der Zentralkommission in Berlin habe ihm jenerzeit ein ganzes Bündel solcher Briefe gebracht und sich dafür verbürgt, daß die Briefe echt seien. Als Kenzler dann in Berlin um Material für den Wahrheitsbeweis ersuchte, habe ihn sein Gewährsmann und das Zentralkomitee im Stich gelassen.

Das Urteil gegen den Verleumder lautete auf zwei Monate Gefängnis.

Die Lage in China.

Tientsin geplündert.

Aus Peking wird gemeldet, daß die Chinesenstadt Tientsin am Donnerstag vollkommen geplündert worden ist. Angeblieh gehen die Plünderungen durch Eingeborene weiter, obwohl inzwischen bereits 16 Plünderer enthauptet worden sind.

Einigung der Peking-Generale.

Peking, 14. Juni. Am Mittwoch fand die erste Zusammenkunft zwischen General Feng und General Jen statt. In einer amtlichen Erklärung heißt es, daß der Friede zwischen beiden Generalen hergestellt sei, und daß Feng von Jen als Oberbefehlshaber der Truppen des Peking-Tientsin-Bereichs anerkannt worden sei.

Tokio, 14. Juni. General Jen versicherte am Mittwoch dem diplomatischen Korps in Peking, daß seine Truppen den vollen Schutz der Fremden übernehmen würden.

Wer wird Präsident von China?

Peking, 15. Juni. Aus Peking wird berichtet, daß der Vorsitzende der Nanjing-Regierung, Tschang-tschang-tschang, der Presse erklärte, die Nanjing-Regierung werde dem Naktitsch Tschiang-tschang-tschang's Staats-gewalt übertragen. Tschiang-tschang-tschang werde zum 1. Juli von allen seinen Posten zurücktreten, um das Amt des Präsidenten der chinesischen Republik zu übernehmen. Die Chilis- und Kwangsi-Truppe ist befreit, General Feng zum Präsidenten der Republik auszurufen. Feng hat die Zustimmung zu seiner Wahl gegeben. Die Situation wird dadurch kompliziert, daß Feng den Oberbefehl Tschiang-tschang-tschang's nicht anerkennt.

Letzte Nachrichten.

Ein Erfolg der Rettungsarbeiten?

Die Malmgreen-Gruppe der Nordpol-Expedition gefunden?

Kopenhagen, 16. Juni. Nach einer bisher noch unbefriedigenden Meldung des Berichterstatters der Zeitung „Politiken“ hat die von der „Hobbs“ ausgesandte Handgeleitete Rettungs-Expedition die aus drei Mann bestehende Malmgreen-Gruppe, die sich nach dem Schiffbruch der „Svalbard“ in südlicher Richtung in Marich gelehrt hatte, gefunden haben.

Breslauer Johannistfest

das Fest der schlesischen Heimat vom 17. Juni bis 1. Juli 1928 gegenüber der Jahrhunderthalle
mit Paul Simmels lustiger Stadt

Niegelebene Schaustellungen
Täglich große Sportkämpfe
Trachten und Tänze

Dauerkarten für alle Tage gültig, Erwachsene 2,50 Mk., Kinder 1,00 Mk.
Borvertauf für Konzert und Festplatz bei Barack und an den Kassen.

Die „Johannistfestzeitung“ mit dem gesamten Sport- und Festprogramm ist bei jedem Zeitungshändler zu haben.

Samstag, vormittags 11 Uhr:
Beginn des Johannistfestes durch das Konzert des Gau 15 des Schlesiſchen Sängerbundes

Gefungen werden die Lieder des 10. Deutschen Sängerbundesfestes in Wien.
 Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Kinder 20 Pf.

Sonntag, nachmittags 2 Uhr:
Eröffnung des Festplatzes
 Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Kinder 20 Pf.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Handball-Repräsentativkampf.

Voranzeige!
Montag, nachmittags 4 Uhr:
Trachten und Tänze
 (Oberſchleſiſche Hochzeit aus Beuthen OS.)

Abend, 5.30 Uhr: Erster Aufstieg der Luftkugeln Elvira Wilson mit ihren 3 Freiballons.



Arbeiter, Angestellte, Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftstage, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstr. 17, 1. Etg., Neubau, die Rechnungsstelle Neustadt O-S., Zülzerstr., Siedlung 11 od. der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58-59.

Uhren u. Goldwaren
 Spezialität: 6001
Fugelose Trauringe
Paul Aiter Kupferschmiede
 Straße 17
 Neben Hulschlofeld.

Billiger Fleischverkauf!
 Schweinefleisch Pfd. 0,70-0,80
 Schweinefleisch Pfd. 1,20
 Rindfleisch ohne Knochen Pfd. 0,70-1,00
 Suppenfleisch Pfd. 0,70-1,00
 Kalbfleisch Pfd. 1,10-1,30 ohne Knochen Pfd. 1,30-1,60
 Rindfleisch 1,00-1,20
 Pökelfleisch 0,90-1,10
 Frische Schweineköpfe 0,35
 Frischer Speck Pfd. 0,90
 Lungenfett Pfd. 0,85
 Schweinefett (deutsches) Pfd. 0,90
 Gulaschfleisch Pfd. 0,80-1,00
 Gehacktes Pfd. v. 0,80 an
 Räucherfleisch (deutsches) Pfd. 1.-
 Gepökelte Eisbeine Pfd. 0,75
 Gekochter Schinken Pfd. 1.-
 Pfd. 0,45
 Lachs- u. roter Schinken Pfd. 0,05
 Preßkopf und Mortadella Pfd. 0,25
 Mettwurst und Braunschweiger Pfd. 0,25
 Leberwurst, Preßwurst u. Knoblauchwurst Pfd. v. 0,60 an
 Polnische Pfd. 0,80-1,00
 ff. Aufschnitt Pfd. 0,40
 sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiss Moltkestr. 13
 Fernruf 25669

Prima Fleisch- und Wurstwaren
 läuft man gut und preiswert bei
Ernst Grenlich, Fleischermeister,
 Graben 11 u. Zweigeleisch Käthelehle 10.

Eleg. gebr. Anzüge und Mäntel
 preiswert zu verkaufen
Leihhaus Kupferschmiedestraße 32,

Parteienossen
 besucht unsere Reichsdrauckausstellung in unserer Buchhandlung Neue Taschenstraße 11
Eintritt frei!
 Augenblicklich ausgestellt:
Dürer - Rembrandt

Garberobenschrant
 dunkel pol. m. Tischl. 150 bit.
 140M. v. Tischl. Gellhornstr. 26

Motorrad-Anzüge
 wasserdicht, 13.- 16.- 19.-
Lederjacken
 für Damen und Herren
 38.- 43.- 59.-
Windjacken 6194
Lüsterjacken
 7.- 9.- 11.-
 Anzügestoffe zu Spottpreisen
 Lombard- und Warenhaus
Louis Hamburger
 26 Gartenstraße 26
 gegenüber der Markthalle

Arbeiter
 kauft Gure Wäsche und Arbeitsachen bei
Wäsche-Manneberg
 Inhaber:
Lutz Manneberg
 Kouschiesstraße 41/43
 im Hofe. 6112

Teilzahlung!
Schuhe
 in allen und elegantesten Ausführungen
 Nur im Schuhwaren-Spezialgeschäft
Kurt Altmann
 Ohlauer Straße 43 6225

Junger Mann
 sucht Damenbekanntschaft zu späterer Heirat. Offerten u. B. 228 Geschäfts d. Zeitung

Auktionen
 verlängert bis 16. Juni
O. Hickmann
 Mathiasstraße 113

Pfänder-Auktion
 am 18. Juni
Schneider
 Leihweise elegante
Frad-Anzüge
Herm. Mohaupt
 Karlsruherstr. 1, Tel. 2. 128
 früher Albrechtstraße

2 Halbrenner
4 Dam. Räder
3 geb. Räder
4 Kinder
 Gesch. I. Stad. Poststr. 7. 6112

Oberbett, 2 Kissen
 mit rotem Zelt, 24 Mk.
 zu verkaufen 228
 Freiburger Str. 5. hpt., links

Buchdruckerei Volkswacht
 Fürstraße 4 6

Zwangsangelegenheiten
Biete
 großes 2 feiner. Zimmer und 1 feiner. Küche. Mariannenstraße 4 Efg.
 Suche 1 Zimmer und Entree Küche. Nähe Waldteich hpt. oder 1. Efg. Angebote unter B. 229 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Kleine Anzeigen
 sind komplex geordnete einwöchige Anzeigen von Verkauf, Kaufgeboten u. a. nur von Privatpersonen. Wort 3 Pfennige, Letzt 4 Pfennige

Kinderbettstelle u. Kinderwagen billig zu verkaufen b. Menzel, Wiener Str. 51.
Gut erhalt. Kinderwagen (Bromenadenweg) billig zu verkaufen b. Nathan, Teichstr. 2. Seidenhaus, 2. Efg.
Kanarienvogel entflohen Geb. Belohn. bitte abzugeben. Götterstr. 59.
Geb. Grubeosen weg Umgeh. sehr billig zu verkaufen. Götterstr. 129.

Noch nie so billig!
Frisches Rehfleisch (Brust u. Hals) Pfd. nur **30**
frische Rehblätter Pfd. nur **1.10**
 Wild- und Geflügelgroßhandlung
E. Kretschmer
 Karistraße 44 und Kaiser-Wilhelm-Straße 3 11994

Geeignete Arbeitskräfte
 zu finden, ist keine leichte Arbeit; es ist ohne Anzeigen in einer Tageszeitung fast unmöglich. Wenn man sich aber einer solchen bedient, dann kann nur die
Volkswacht
 in Frage kommen; denn sie ist die in den Kreisen der qualifizierten Arbeiter meistgelesene Zeitung. Zudem verbürgen die große Auflage und insbesondere der bedeutende Straßenverkauf den schnellsten und besten Erfolg für Arbeitsmarkts-Inzerate. Die Preise sind 7 Pf. für Stellengesuche und 10 Pf. für Stellenangebote die mm-Zeile

Otto Stiebler
 Zwingerplatz 5 und 31 Filialen

Tilsiterkäse
 ohne Rinde Schachtel **0.30**
 Brickkäse, 10 teilig Schachtel **2.00**
 Portionsstück **0.20**
 Emmentaler o. Rinde, 6 teilig, Schachtel **0.85**
 Paprikakäse 1 kg **1.20**
 Schweizerkäse, großgelocht 1 kg **1.55**
 Tilsiterkäse 1 kg **0.75**

Wild und Geflügel
 Rehrücken 1 kg **1.55**
 Rehkeulen 1 kg **2.00**
 Rehblätter 1 kg **1.20**
 Prager Mastgänse 1 kg **1.55**
 Schlesiſche Mastenten 1 kg **2.00**
 Junge Backhühnchen 1 kg **1.60**
 Poulets, Poularden 1 kg **2.00**

Holst. Plockwurst 1/2 kg **1.20**
 Holsteiner Salami 1/2 kg **1.60**
 Hannov. Zervelatwurst 1/2 kg **2.00**
 Zervelatwurst im Fettdarm 1/2 kg **2.40**
 Deutsches Rauchfleisch 1/2 kg **1.10**
 Rindfleisch im eig. Saft, Dose 1 kg **1.75**
 Schweinefleisch Dose 1 kg **2.75**
 Fleischsülze Dose 1/2 kg **0.65**

Täglich frischer Spargel
 1/2 kg **0.40, 0.70, 0.90**

Grüne Stachelbeeren 1/2 kg **0.35**
Frische Kirschen 1/2 kg **0.20, 0.25**
Grüne Gurken, Radieschen, Blattsalat
Italiener Kartoffeln 1/2 kg **0.15**

Neue große Matjesheringe
 Stück **0.20, 0.30**
Brabanter Sardellen 1/2 kg **2.00**
Oelsardinen Klubbode **0.45, 0.50, 0.60**

Vorzugs-Angebot!
Amour's Veribest evaporierte ungesüßte Dosen-Vollmilch
 bei 1 5 10 Dosen
 Die hohe Dose **0.50 0.49 0.48**
 Kiste (48 Dosen) **22.00**
 Wir sind mit diesem Angebot konkurrenzlos billig. Der Verkauf erfolgt, soweit Vorrat reicht. Sichern Sie sich rechtzeitig den Bedarf für die Sommer-Monate.

Molkerei-Butter billiger
 aus pasteurisiertem Rahm 1/2 Pfd.-Stück **0.90**
 Tafelbutter 1/2 Pfd.-Stück **0.80**

Die schönsten Hosen
 Eigene Anfertigung
 in allen Weiten und Größen
 Windjacken, Wettermäntel, etc.
Oskar Dehmel
 Neumarkt 45.

GARTEN MOBEL
HERZ & EHRlich
 BRESLAU BLÜCHERPLATZ

Seid stolz, Volkswacht-Leser zu sein!
 Sagt es allen, daß Ihr es seid, und sagt es vor allem bei Einkäufen!

Benutze die Buchkarte
 für 50 Pf. wöchentlich kann Du Dir geliebte Bücher von unermesslichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Juni 1928.

Breslaus Auswanderer.

Schlesien hat die schärfste Bevölkerung.

Die Zahl der deutschen Auswanderer nach den überseeischen Ländern zeigt in den letzten Jahrzehnten ein von Jahr zu Jahr wachsendes Bild. Sie folgt durchweg den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung; in Krisenzeiten ist ein starkes Ansteigen, in ruhigeren Zeiten ein Absinken der Auswanderungszahlen wahrzunehmen. So betrug die höchste Ziffer der Auswanderer im Jahre 1923 (Inflation!) 115 416, während 1925 nur noch ungefähr die Hälfte, 62 828 Deutsche nach überseeischen Ländern auswanderten.

Von allen preussischen Provinzen und deutschen Ländern hat Schlesien, insbesondere Oberschlesien die niedrigste Quote der Auswanderer zu verzeichnen. Auf 100 000 Einwohner kamen im Jahre 1925 (in früheren Jahren ist es ähnlich) hier nur 38 Auswanderer, in anderen Gegenden ist diese Zahl oft doppelt und vielfach, ja sogar acht und zehnmal so hoch. Das ist einerseits die Folge der Schollengewandtheit des Schlesiens, andererseits durch die wirtschaftliche Lage der Provinz, die in der Lage der Provinz liegt, in ruhigeren Zeiten ein Absinken der Auswanderungszahlen wahrzunehmen. So betrug die höchste Ziffer der Auswanderer im Jahre 1923 (Inflation!) 115 416, während 1925 nur noch ungefähr die Hälfte, 62 828 Deutsche nach überseeischen Ländern auswanderten.

Selbst Breslau hat im Gegensatz zu anderen Städten eine geringere Auswanderung zu verzeichnen. Nach dem letzten Jahresbericht des Statistischen Amtes Breslau wanderten im Jahre 1925 insgesamt nur 272 Personen aus, eine Zahl, die der Zahl der im Jahre 1923 mit 283 Auswanderern gleichkommt, während es 1926 nur noch 465 Personen waren. Von den Zielländern steht Amerika mit 233 an der Spitze; nach den europäischen Ländern wanderten 23, nach Afrika 13, nach Asien nur 2 und nach Australien nur einer aus. Ueberraschend hoch sind mit 113 Personen die weiblichen Auswanderer gegenüber 159 männlichen Auswanderern. Zur Auswanderung bevorzugt werden die Sommer- und Wintermonate des Jahres; nur wenige verlassen im Frühjahr und Herbst ihre Heimat.

Nach Berufen betrachtet, steht die Industrie einschließlich Bergbau mit 79 an der Spitze, in fast gleicher Höhe mit dem Handels- und Versicherungsgewerbe. Erstaunlich hoch sind die Zahlen der häuslichen (nicht gewerblichen) Dienstboten. Aus den verschiedenen freien Berufsarten und den öffentlichen Diensten zählten nur 23 Personen Breslau den Rücken. Relativ hoch ist die Zahl der Land- und Forstwirtschaft vertretenden, berücksichtigt man gerade die Schollengewandtheit dieser Kreise, und daß es sich hier um Stadtbewohner handelt. Ohne Berufsangabe zogen 28 Personen in ferne Weiten.

Erstaunliche Zahlen, die der St. St. des Statistikers registrierte, daß sich 272 Menschen in die Heimat verabschiedeten, die von ihnen geworden sein, die sie Heimatboden verlassen, in welcher starken Hoffnungen und Glauben zogen sie über Meere. Die meisten der Ausgewanderten werden enttäuscht zurückkehren, die lieblich traumatische Erfahrungen gewonnen und — eine schwere Statistik aufgerundet.

Der Wahl- und Verfassungsausschuß der Stadtverordneten-Verammlung

Am Donnerstag nachmittag seine erste Sitzung nach der Neuwahl ab. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Castein (SPD.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Direktor Thum (Dnat.), zum Schriftführer Studientrat Dr. Wolf (Ztr.), zum stellvertretenden Schriftführer Stadtverordneter Ammon (Komm.) gewählt. Die Sitzung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen führte zu dem Anerkennen. Als Wahltag für die Wahl der unbesetzten Mandate wurde der 28. Juni festgesetzt. In den Haushaltsausschuß wurden entsandt als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Stadtverordneten Fritsch, Dars, Jäger, Frey, Müller, Otto, Krenser, Wöhler, Kausch und Seewald; als Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei die Stadtverordneten Kischorn, Sahlowski, Thum und Wolf; als Vertreter der Kommunistischen Partei die Stadtverordneten Strauß, Dr. Wolf und Berger; als Vertreter der Deutschen Volkspartei der Stadtverordnete Krebs; als Vertreter der Kommunistischen Partei der Stadtverordnete Ammon; als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei der Stadtverordnete Kogam.

Der Prozeß gegen die Gründer des Reichsbaubundes.

Am Mittwoch erfolgte die Verlesung der Aussagen der in Berlin vernommenen Zeugen. Reichstagspräsident Genosse ist nicht vernommen worden, da er nie mit dem Reichsbaubund in nähere Fühlung gekommen ist. Dagegen wurde Reichsbaubund a. D. Giesberts als Zeuge vernommen. Er war von Kaufmann Seemann am Rat gefragt worden, ob er sich in einem Bauunternehmen in Breslau beteiligen sollte. Minister Giesberts hat ihm davon abgeraten und ihm empfohlen vor seiner persönlichen Beteiligung ein Gutachten über den Reichsbaubund von den Bodenreformern einzufordern. Minister Giesberts erklärte als Zeuge, daß er dem „Reichsbaubund“ keine Zusage auf eine finanzielle Unterstützung gemacht habe, er habe auch Appell nicht gesprochen, ihn seinen Fraktionsmitgliedern vorzustellen; möglich sei nur, daß er ihm anheim gestellt habe, persönlich mit diesen zu sprechen.

Kaufmann Seemann kam mit dem „Reichsbaubund“ dadurch in Fühlung, daß er sich auf ein Inserat gemeldet hatte, wonach ein gewisses Unternehmen einen Generalvertreter suchte. Der Appell, den er von Kappel und Kinnemann bekam, war der Appell, Appell hatte dem Zeugen von der Uebertragung der Leitung des „Reichsbaubundes“ gesprochen, die nach Berlin zu werden sollte. Seemann hatte den Eindruck, daß Appell sozialer Erwägungen heraus handelte und er die christliche Pflicht hatte, die Wohnungsnot mildern zu wollen. Da auch über die Finanzierung gesprochen wurde, stellte er eine eventuelle Beteiligung mit 50 bis 60 000 Mark in Aussicht. Nach einer Rückfrage mit dem Reichspostminister Giesberts zerschlugen sich dann die Verhandlungen. Zu einem Zusammenstoß kam es nach der Einleitung des Gutachtens des Bücherfachverständigen Siebold, das das gesamte Geschäftsgeheimnis des „Reichsbaubundes“ rechtlich festgestellt begutachtete. So erklärte er u. a. daß auch die Verberichtigung bei den Baulustigen systematisch falsche Hoffnungen erweckt haben. Mangelhafte Buchführung lasse keine Kontrolle über Ueberträge zu. Auch die Finanzierungspläne halten einer Prüfung nicht stand. Rechtsfähigkeit habe der Verein nicht erreicht. Dieses Gutachten wurde von den Angeklagten bezogen, deren Verteidigern in heftigster Weise angegriffen. Es wurde verlangt, es für nichtig zu erklären, was aber vom Gericht abgelehnt wurde.

Zukunftsaufgabe der Stadt Breslau

Vom Stadtverordneten Voigt.

Nachdem die stagnierenden Wirkungen der Kriegs- und Inflationsjahre zum Teil überwunden sind, muß Breslau nach beendeter Eingemeindung die gestellten Aufgaben zu erfüllen suchen. Der Krieg und die Inflationsjahre haben allen Bevölkerungsschichten schwere Wunden geschlagen. Es ist Aufgabe der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung, die Zukunftsentwicklung Breslaus so vorzubereiten und zu fördern, daß die größte Stadt im Osten auch weiterhin als die Kultur-Metropole des Deutschen Ostens bezeichnet werden kann.

Die Voraussetzung für eine großzügige Zukunftsentwicklung ist gegeben durch die am 1. April 1928 Gesetz gewordene Eingemeindung.

Breslau, als die engbesiedelteste Großstadt Deutschlands, hatte auf einer Fläche von 4920 Hektar mehr als 560 000 Menschen zusammengedrängt. Die Bevölkerungsdichte auf den Hektar betrug in Breslau 114, im Durchschnitt der 46 deutschen Großstädte nur 41,3. In dieser furchterlichen Enge konnte keine großzügige Wohnungspolitik betrieben werden, und da das Dreiklassenparlament der Vorkriegszeit an einer gesunden Wohnungspolitik kein Interesse hatte, sondern vornehmlich die Interessen der Haus- und Grundbesitzer wahrte, entstand die im ganzen Reich verkehrte Breslauer ungeliebte Baumeise. So erklärt sich, daß in Breslau 17 Prozent aller Wohnungen aus nur einem Raume bestehen, 34 Prozent der Wohnungen aus Stube und Küche, jedoch 51 Prozent, mehr als die Hälfte aller Wohnungen, den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Auf Grund der Wohnungszählung am 16. Mai 1927 wurde festgestellt, daß 11833 Haushaltungen mit einer zweiten Haushaltung zusammen in einer Wohnung haften. Man kann sich vorstellen, wie derartige Wohnungsverhältnisse auf die physische, moralische und sittliche Entwicklung der heranwachsenden Jugend wirken.

Der Reichsbund der Kinderreichen, Ortsgruppe Breslau, hat durch eine Kundfrage festgestellt, daß bei 536 befragten Familien mit einer Familiendurchschnittsstärke von 7,7 Köpfen weniger als 5,1 Quadratmeter Wohnfläche auf den Kopf der Familie entfallen. Mehr als 500 Personen müssen sich mit einer Wohnung begnügen, bei der auf den Kopf der Familie nur 2,3 Quadratmeter Wohnfläche entfällt.

Wegen dieser bekümmerten häufligen Wohnungsverhältnisse hat die Sozialdemokratie auf dem Rathaus mit aller Energie und mit Erfolg dafür gearbeitet, Lust und Raum für ein großzügiges Wohnungs- und Siedlungsbauprogramm zu schaffen. Daraus erklärt sich ihre Aktivität in den Verhandlungen zur Eingemeindung für Groß-Breslau.

In der Vorkriegszeit hinderte eine reaktionäre Regierung und die Dreiklassenparlamente jede großzügige Eingemeindung. Aber auch die in der Nachkriegszeit eingeleiteten Bemühungen des Magistrats waren nicht von Erfolg, weil unsere Parteifreunde im Landreise aus den trüben Erfahrungen früherer Eingemeindungen nicht das Vertrauen zu der bürgerlichen Mehrheit der Breslauer Stadtverwaltung hatten, daß ihre Belange in einem Groß-Breslau genügend berücksichtigt würden. In einer umfangreichen Denkschrift hat der Landreis seine Gründe gegen die Eingemeindung dargelegt. Der Magistrat hat mit Gegenentscheidungen geantwortet. Nachdem die Sozialdemokratische Partei nach vorangegangenen Verhandlungen mit Parteifreunden aus den Landreisen in einer Parteiverammlung am 5. Oktober 1926 in einer Resolution forderte, die Eingemeindung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschleunigt durchzuführen, ist nach weiteren Verhandlungen der Genossen Magde und Voigt mit dem Oberbürgermeister in Gegenwart mehrerer Herren des Magistrats die Grundlage geschaffen, auf der Verhandlungen mit dem Landreise erfolgversprechend wurden. Diese unter Einfluß der Sozialdemokratie getroffene Vereinbarung ist sowohl von der Stadt Breslau als auch von den Landreisen innewahrgenommen, und auf dieser Basis ist die Eingemeindung am 1. April 1928 Gesetz geworden. Damit sind 27 Gemeinden und 27 Gutsbezirke in das Stadtgebiet Breslaus aufgenommen. Breslau hat nun 666 560 Einwohner, für deren Unterbringung und Ansiedlung auf fast 4920 nunmehr 17 820 Hektar zur Verfügung stehen.

Sind durch die Eingemeindungen die Voraussetzungen für eine großzügige und moderne, nach städtebaulichen und sozialen Gesichtspunkten getragene Entwicklung gegeben, so hat die jetzt neu gewählte Stadtverordnetenversammlung die aus dieser Eingemeindung erwachsenden Aufgaben energisch zu betreiben. Es kommt nicht nur darauf an, die in den Eingemeindungsverträgen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden zu erfüllen, sondern es muß Aufgabe der künftigen Stadtverwaltung sein, die Gesamtentwicklung Breslaus so zu fördern, daß sich alle ihre Bürger innerhalb ihrer Grenzen wohl fühlen und freudige Mitarbeiter an der Kommune und an der deutschen Republik werden.

Die dringende Aufgabe ist, 130 000 Menschen, die in Breslau in furchterlicher Enge und zum Teil unter entsetzlichen Wohnungsverhältnissen zu leiden haben, in den eingemeindeten Gebieten anzusiedeln. Die Voraussetzung dafür ist eine großzügige und gesunde

Bodenvorratswirtschaft,

die jeden spekultativen Gewinn an Grund und Boden ausschaltet. Bei dieser Aufgabe wird die Sozialdemokratie die Bodenreform in den bürgerlichen Parteien prüfen, um zu sehen, wer von den bürgerlichen Interessenten-Politikern weiter den Boden als Ware und Handelsobjekt verhandeln hilft, anstatt ihn einer sozialen und gerechten Gemeinwirtschaft zu überführen. In dem aufgestellten Bebauungsplan, der den Erfordernissen und der Entwicklung laufend angepaßt werden muß, sind ausreichende Grünflächen vorzusehen und Sorge dafür zu tragen, daß die Wohnsiedlungen nicht mit den Industrieanlagen in zu enge Verbindung

Zum Gauzeß des Reichsbanners

werden noch 500 Freiquartiere benötigt. Die Leitung des Reichsbanners bittet jeden, der einen Kameraden für die Nacht von Sonnabend zu Sonntag beherbergen will, um Angabe der Adresse nach dem Büro Gartenstraße 9.

kommen. Es wird Aufgabe unseres Stadterweiterungs-Amtes sein, Pläne für landschaftlich günstig gelegene Siedlungsgebiete zu schaffen. Dabei verdient der Westen und das Weistrittal ganz besondere Beachtung deshalb, um nicht den Vorwurf zu bekommen, die Begründung, mit der die Eingemeindung von Deutsch-Lissa und Stabelwitz gefordert wurde, sei falsch gewesen. Mit der Aufsichtsetzung neuen Siedlungsgebietes ist eng verbunden die Schaffung entsprechender

Berkehrsantagen.

Die Verkehrsdeputation hat hier ein dankbares Tätigkeitsfeld. Man wird dem Personentransportverkehr gegenüber der Straßenbahn auf absehbare Zeit erhöhte Bedeutung beimessen, aber dort, wo die Voraussetzung für einen regulären Straßenbahnbetrieb gegeben ist, müssen auch in die Vororte und Siedlungsgebiete neue Straßenbahnwege geschaffen werden.

Wichtig erscheint, daß die Reichsbahn-Verwaltung einen vernünftigen Stadtverkehr einführt und darüber hinaus für den Vorortverkehr insbesondere nach den Erholungsgebieten, wie Zobten, Trebnitz, Obornitz usw. Tarife schafft, die es dem Arbeiter gestatten, mit seiner Familie am Sonntag sich in der Natur zu erholen. Besonderes Gewicht muß die Sozialdemokratie darauf legen, daß der so viel erörterten, praktisch aber bisher noch in keiner Weise ernsthaft behandelten Frage der

Schaffung von Dauergärten

Nachdruck verdient wird. Ueber die Bedeutung und Wichtigkeit der Kleingartenfrage soll hier nicht gesprochen werden. Hinweisen will ich aber auf den unerträglichen Zustand, daß Schrebergärtner, die mit vieler Mühe, Arbeit und Geld sich ihren Garten wunschgemäß bearbeitet haben, um ihrer lieb gewordenen Scholle vertrieben werden, um dem Baugewerbe Platz zu machen. Es besteht die Möglichkeit, Dauergärten zu schaffen, und die Sozialdemokratie wird diese Forderung auch durchzusetzen wissen.

Daß mit der Erschließung neuen Siedlungsgebietes außer Schaffung von Verkehrsverbindungen auch die Versorgung mit Gas, elektrischem Strom und Wasser der Stadt sehr viel Geld kosten wird, ist verständlich, aber die hierfür aufgewendeten Mittel werden sich als wirtschaftliche Anlagen bezahlt machen. Die Sozialdemokratie wird bemüht sein, durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik den Blick so zu steuern, daß der Preis für Strom und Gas so festgesetzt werden kann, daß durch Umfinanzierung die Rentabilität der Eigenbetriebe gesteigert wird. Die Sozialdemokratie muß ausschlaggebendes Gewicht darauf legen, die städtischen Betriebe modern und technisch so auszugestalten, daß sie der Privatwirtschaft nicht nur gleich, sondern wirtschaftlich überlegen sind. Zur Hebung des Stromabzuges muß die Betriebsdeputation, durch unsere Parteifreunde gedrängt, eine Vorlage bringen, daß der Haushaltsstrom zu wesentlich niedrigeren Tarifen abgegeben wird. Nur dann wird die Elektrizität im Haushalt große Verbreitung finden und damit für die einschlägige Industrie Abfall geschaffen. Erhebliche Aufwendungen werden dadurch entstehen, daß im

neue Straßen angelegt

und vorhandene ausgebaut werden müssen. Hierbei ist verständliches Zusammenarbeiten der einzelnen Bauverwaltungen mehr noch als bisher erforderlich, damit vor endgültiger Fertigstellung der Straßen die sämtliche Versorgungsleitungen und Kanalisationsrohre eingebaut sind. Man kann immer wieder beobachten, daß Straßen drei- und mehrmals aufgerissen werden, um immer wieder neue Leitungen unterzubringen. Grünanlagen und, in diese eingebaut, Sport- und Spielplätze für die heranwachsende Jugend, müssen in ausreichender Weise vorgesehen werden. Diese Erschließungskosten werden recht große Summen erfordern. Die erforderlichen Beträge hierfür werden aus laufenden Mitteln nicht aufgebracht werden können. Es sind große Anleiheemissionen erforderlich, deren Verzinsung und Amortisation den Etat der Stadt dauernd belasten. Gemacht werden müssen aber diese Arbeiten, und zwar nach gut durchdachten Bebauungsplänen in rationeller und wirtschaftlicher Weise.

Wenn in den eingemeindeten und neu aufgeschlossenen Gebieten, eingebettet in Grünanlagen mit günstigen Verkehrsverbindungen, neue Wohnsiedlungen geschaffen werden, dann müssen auch für die erzielten Wohnungen Mietspreise errechnet werden, die von der arbeitenden Bevölkerung zu tragen sind. Ein Arbeiter mit einem Durchschnittseinkommen von 40 Mark und weniger pro Woche kann nicht einen Wochenlohn für Miete aufwenden. Die Mietsbildung ist aber in erster Linie abhängig von der Finanzierung des Wohnungsbaues, es müssen deshalb erste Hypotheken zu erträglichen Zinssätzen beschafft werden, und hier ist es

Aufgabe der Städtischen Sparkasse, ihre Mittel in höherem Maße zu erträglichen Zinssätzen (wie denken dabei an 6 Prozent) dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Was die Sparkassen des Westens seit Jahren für den Wohnungsbau leisten, muß auch der Städtischen Sparkasse in Breslau möglich sein.

Es wird Aufgabe der neu gewählten Parlamente sein, durchzusetzen, daß das gesamte Hauszinssteuer-Aufkommen dem Wohnungsbau restlos zugeführt wird. Wenn diese von der Sozialdemokratie immer wieder aufgestellte Forderung verwirklicht wird, werden Mittel zur Verfügung stehen für die hier geforderten wohnungspolitischen Aufgaben.

Für die 600 000 Menschen in Breslau müssen aber nicht nur gesunde Wohnungen, sondern auch Brot und Arbeit beschafft werden. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß

Industrie und Handel

in Breslau gefördert wird, wo irgend dies nur möglich ist. Es ist nicht so wichtig, daß in Breslau Warenhäuser nach Berliner Muster errichtet werden, sondern daß die Industrie voll beschäftigt wird, neue Industrien sich ansiedeln und der Handel in Breslau, als der Metropole des Ostens, wieder die Bedeutung erlangt, die Breslau Jahrhunderte hindurch gehabt hat. Der Krieg und seine Folgen haben nicht nur Breslau seines besten Hinterlandes, der Provinzen Polen und Oberschlesien, beraubt, sondern durch die Balkanisierung des Ostens und durch die unglückliche Außenhandelspolitik des Bürgerblocks ist Schlesien, und ganz besonders Breslau, schwer geschädigt. Aufgabe unserer Parteifreunde im Reichstag ist es, dahin zu wirken, daß mit unseren Nachbarn im Osten Handelsverträge zum Abschluß kommen, die eine gesunde stabile Entwicklung und einen vernünftigen Güteraustausch ermöglichen.

(Schluß folgt.)



Die „Schlesische Tagespost“ vor dem Arbeitsgericht.

Wer bezahlt die deutschnationalen Wochenschriften? — Mein Name ist — Gottsch, ich weiß von nichts!

Die „Freie Meinung“ ist abgetreten; nun steht die „Schlesische Tagespost“, das deutschnationale Schwesterblatt der „Schlesischen Zeitung“, als Beklagte vor dem hiesigen Arbeitsgericht.

Das deutschnationale Amtsblatt litt in letzter Zeit an erheblichem Abonnementrückgang. Da offenbar weder Inhalt noch Richtung des Blattes werbend wirkten, wurden zwecks Abonnementwerbung vor der Wahl eine Anzahl Oberreisender angestellt und auf die Provinz verteilt. Durch die Geschäftstätigkeit dieser Reisenden und ihrer Untervertreter wurden zwar einige Hundert Leser gewonnen. Im ganzen aber hatte es nicht viel genützt, daß seit der 20. Mai, das zeigten die „Springer“, die nach vier Wochen wieder abgesprungenen Abonnenten. Der Katastrophenfall der „Tagespost“ war so groß, daß man die Verzahnung der Oberreisenden vergaß und sie „fristlos“ entließ. Von mehreren dieser Angestellten wurde nun Klage an dem hiesigen Arbeitsgericht eingereicht. Es sind zum Teil Gehalts- und Provisionsansprüche bis zur Höhe von 800 Mark (!!), die gegen den Verlag geltend gemacht werden. Die Provision wurde in den meisten Fällen nicht ausgezahlt, weil die Abonnenten die Zeitung nach vier Wochen wieder abbestellten. Da aber in dem Anstellungsverträge nichts über die Dauer des Bezuges ausgemacht war, überdies die von den Abonnenten auszufüllenden Quittungen nur auf vier Wochen lauteten, sind die Kläger, abgesehen von ihren Gehalts- und Kündigungsansprüchen, ganz offenbar im Recht.

Daß es trotzdem nicht einfach ist, sich mit einem deutschnationalen Zeitungsbetrieb herumzuschlagen, sollten die Kläger gleich bei dem ersten Termin erfahren. Der beklagte Herr Gottsch erklärte kurzerhand, daß er von alledem nichts wisse und daß ihn die ganze Sache überhaupt nichts angehe. Er habe für seinen Betrieb einen Verwalter — Herrn Leopold — der in selbständiger Unternehmung und schmeiße die ganze Sache für eigene Rechnung. Von dem Vertreter des Klägers wird jedoch behauptet, daß L. nur ein Angestellter des Verlages ist, daß außerdem Provision und Gehalt im Verlage ausgezahlt wurden und die Reisenden von der „Tagespost“ einen Ausweis erhielten zur Werbung von Abonnenten. Als man sogar ein Schriftstück von Herrn L. an einen der Reisenden mit dem Stempel der „Tagespost“ vorlegte, erklärte Herr Gottsch lakonisch: „Das muß eine mißbräuchliche Verwendung des Stempels sein“.

Da Herr L. zurzeit von Breslau abwesend ist, mußte diese journalistisch, politisch und arbeitsrechtlich sehr interessante Sache vertagt werden. Auch die „Arbeiter-Zeitung“ zeigt sich an diesem Prozeß interessiert. Ist doch einer der für die deutschnationalen „Tagespost“ tätig gemachten Oberreisenden jetzt in ihren Diensten. Und wirkt nunmehr mit dem gleichen Eifer für den Kommunismus, wie er es noch vor Wochen für die schwarz-weiß-rote Reaktion getan hat.

Wiederhöhung wegen der Müllabfuhr.

Der Magistrat teilt mit:

Nach der Ausführungsverordnung des Magistrats vom 25. Mai 1928 (Gemeindeblatt für 1928, Seite 217), ist die gesetzliche Miete vom 1. Juni 1928 ab um 1,50 vom Hundert der reinen Mietsumme insofern erhöht worden, als vom Vermieter nach dem 1. Juli 1928 eine öffentliche Müllabfuhrgebühr erhoben wird. Da die Polizeiverordnung vom 2. Januar 1923 über die Sammlung und Abfuhr des Hausmülls in den eingemeindeten Bezirken noch keine Anwendung findet, und deshalb die Eigentümer der in ihnen belegenen Grundstücke zu einer Müllabfuhrgebühr nach nicht herangezogen werden, auch bis zur Eingemeindung eine öffentliche Müllabfuhrgebühr in ihnen nicht erhoben wurde, sind die Mieter in den eingemeindeten Bezirken von der Erhöhung der gesetzlichen Miete um die 1,50 vom Hundert solange befreit, bis auch dort eine Müllabfuhrgebühr von den Grundstückseigentümern erhoben wird.

Hausammlung der Arbeiter-Samariter.

Die dem Arbeiter-Samariter-Bund in der Provinz Niederschlesien genehmigte Hausammlung wird von den Kolonnen Breslau, Neutritz, Stabelwitz, Deutsch-Dissa und Hundsfeld im Bezirk des Stadtdistriktes Groß-Breslau mit Genehmigung des Polizeipräsidenten am Freitag, den 15., und Dienstag, den 16. Juni durchgeführt. Es erbitet sich, auf die unermüdete und gegenwärtige Tätigkeit der Arbeiter-Samariter besonders hinzuwirken. Sei es in den Betrieben, bei Sport, Spiel oder den großen Feiern der Arbeiter-Samariter, immer sind sie zur Stelle und bringen sich auf dem Gebiete praktischer Nächstenliebe. Jeder, der schon einmal die Hilfe der Arbeiter-Samariter in Anspruch genommen, wird es sich nicht nehmen lassen, die Kolonne in ihren Bestrebungen durch eine Spende zu unterstützen, aber auch der, der vor Gefahren seines liebsten Gutes, der Gesundheit, glücklicherweise bisher verschont geblieben ist, wird die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen, ein Werk aufzubauen zu helfen, das vorhanden sein muß, weil man nie weiß, wie schnell man es benötigt. Jeder gebe sein Scherlein für die Arbeiter-Samariter!

Die Durchführung der Sammlung geschieht mittels Sammelbüchsen, die von den Mitgliedern in den Häusern verteilt werden. In jedem Freund und Gönner der Arbeiter-Samariter ergeht die Bitte, die Sammelbüchse, die ihm überbracht wird, im Hause in Umlauf zu setzen, so daß sie am zweiten Tage von den Mitgliedern wieder abgeholt werden kann.

Fünfzehn Jahre Naturfreunde-Bewegung in Breslau.

Die internationale Wanderbewegung der arbeitenden Klassen, der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, kann nun auch in Breslau auf ein fünfzehnjähriges Wirken zurückblicken. Wien ist der Geburtsort dieser im Jahre 1895 gegründeten Kulturorganisation, deren Bestrebungen bald über Österreichs Grenzen hinaus Gemeingut der wandernden Arbeiter aller Länder wurden. In drei Etappen ist das Abzeichen der verschlungenen Hände und der Gruß „Berg frei“ verbreitet. Von dreihundert Naturfreundebehörden und Ferienheimen grüßt das Vereinigelehen.

Auch in Breslau ist die Bewegung zwar klein, aber tätig. Vor zwei Jahren verließ die Ortsgruppe über ein kleines, einfaches Eigenheim in Sandberg, das den Rummelplatzgelüsten eines Gastwirts weichen mußte. Nun stehen die Naturfreunde für ein neues Heim im Heisterwisch-Klein-Breslauer Gelände im Rohbau. Es soll ein Stützpunkt für Bade- und Sonntagstouren am Umlauf der Oder für alle Proletarier werden. Jeder soll was dort herzlich willkommen sein. Da in diese Arbeiten hinein die Jahresfeier fällt, ist von größeren Veranstaltungen abgesehen. Eine solche Feier soll am Sonntagabend im Erholungsheim der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Zimpel alle Freunde unserer Idee mit den Mitgliedern vereinen. Einige kleine, bunte Darbietungen sollen zur Bereicherung beitragen. Jeder ist uns an diesem Abend herzlich willkommen. „Berg frei!“

Breslauer Johannistfest 1928.

Der Vorverkauf der Dauerkarten für das vom 17. Juni bis 1. Juli auf dem Messengelände stattfindende Breslauer Johannistfest 1928 hat bereits begonnen. Der Preis der Dauerkarte beträgt für Erwachsene 2,50 Mark und für Kinder 1 Mark. Der Vorverkauf findet im Bezirksbüro der Firma Seb. Baraj, Ring, statt. Da die Verteilung Dauerkarten nur in beschränkter Anzahl ausfällt und die Nachfrage bereits sehr groß ist, empfiehlt es sich, von dem Vorverkauf regen Gebrauch zu machen. Es ist der Johannistfest-Verteilung in letzter Stunde noch gelangen, eine Karte zu verpfänden, die die Stille und Gedränge eines städtischen Volksfestes zeigt. Sie stellt eine weitere Verzierung der festlichen Seite des Johannistfestes dar.



Zum 3. Goutreffen des Reichsbanners.

Seute Freitag: Radelfüge aus allen Stadtteilen. Auftreten 20.15 Uhr: Mathiasplatz, Kriegerstraße, Moritzstraße, Reichspräsidentenplatz. Anschließend großer Zapfenstreich auf dem Schloßplatz.

Morgen Sonnabend: Großer Festkommers in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses.

Sonntag, den 17. Juni: Annarsch der Abteilungen um 12 Uhr von Hohenzollernplatz, Westpark, Teichhäuser und Am Wäldchen nach dem Schloßplatz. Hier Konzert, Chorgesang des Arbeiter-Sängerbundes, Ansprachen. Die Darbietungen werden durch Riesen-Lautsprecher übertragen. Anschließend Festzug nach dem Lunapark und Herkner. Dortselbst Volksfest, Konzert und Tanz. Republikaner, Taktien heraus!

Die Liebigshöhe in Flammen.

Wie die Leitung des Breslauer Arbeiter-Sportartells loben mitteilt, werden am Sonntagabend, ab 7 Uhr, am Milchhäuschen, an der Teichstraße, eine größere Anzahl von Lampen für die Kinder der Zulbauer gegen Entlohnung der Anwohner bereitgehalten werden. Das Entzünden der Lichter geschieht gleichzeitig mit der gesamten Beleuchtung, die durch einen Kanonenschlag angekündigt werden wird. — Die Arbeiter-Sportler werden marschieren mit den einzelnen Jüngen auf die innere Promenade, Eingang Teichstraße.

Abperrung an der Liebigshöhe.

Der Magistrat macht bekannt:

Am Sonntagabend, den 16. Juni werden von 20 bis 22 Uhr die Promenadenwege an der Liebigshöhe aus Anlaß einer Abendveranstaltung der Breslauer Arbeiter-Sportvereine so abgeperrt, daß der Schanzenbetrieb in dem Restaurant auf der Liebigshöhe und in den anliegenden Promenadengärten, nicht behindert wird. Lediglich die Zugänge von dem Restaurant auf der Liebigshöhe zu der Promenadenstraße am Wassergraben werden abgeperrt. Die Abperrung erstreckt sich von dem Häuschen des Gondelverleihers bis zum Vereinshaus des Breslauer Eislaufvereins. Nach der Veranstaltung wird die gesamte Liebigshöhe wieder dem Verkehr freigegeben werden.

Vorsicht beim Öffnen der Wohnungstür!

Obwohl sehr oft in der Presse zur Vorsicht gemahnt wird, gegenüber fremden Personen, die sich unter den verschiedensten Vorwänden Einlaß in die Wohnungen zu verschaffen suchen, besonders in den Tageszeiten, wenn Frauen allein in der Wohnung sind, kommt es doch vor, daß Wohnungsinhaber oft zu ihrem eigenen Schaden solche Eindringlinge abfertigen. Erst in der vergangenen Woche mußte eine bei einem Anrufer in der Viktoriastraße beschäftigte Wirtschafterin ihre Erfahrungen machen, obwohl sie immethin noch Vorsicht walten ließ. In der Mittagsstunde erschien ein Mann, der vorgeblich einen Brief für den Wohnungsinhaber abgeben zu wollen. Als sie trotzdem die Sicherheitsfeste nicht zurückgab, sondern den angeblichen Brief durch die verriegelte Tür entgegennehmen wollte und die Hand durch die Öffnung streckte, bekam sie von dem Manne zur Antwort: „Verschaltete Karawalle willst Du nicht ganz aufmachen?“ Gleichzeitig brachte ihr der Mann mit einem scharfen Gegenstand einen Schnitt am Unterarm bei und flüchtete, als sie um Hilfe rief. Ein paar Tage vorher hatte ein anderer Mann vorgeprochen, der Angestellte der Elektrizitätswerke sein wollte und die Lampen zählen zu müssen vorgeblich. Als die Wirtschafterin durch die verriegelte Tür hindurch verhandelte, klingelte das Telefon. Als sie an den Apparat ging, meldete sich jemand, der falsch verbunden sein wollte. Zweifellos hatten sich die beiden Männer verabredet und der „Elektriker“ wäre in die Wohnung eingedrungen, wenn die Wirtschafterin die Tür unverriegelt gelassen hätte, als sie ans Telefon ging. Man hebt aus solchen Vorfällen, wie raffiniert auf diesem Gebiete gearbeitet wird, weshalb Vorsicht nie oft genug anempfohlen werden kann.

Nichterfüllung der Wartezeit

In einer der häufigsten Gründe für Nichtgewährung der Invalidenrente. Und gerade dieser Ablehnungsgrund birgt viel Ungerechtigkeit in sich, und es wäre Sache der Gesetzgebung, hier eine Änderung zum Besten der Versicherten einzutreten zu lassen. 20 und 30 Jahre und noch länger wurden Invalidenmarken erteilt, und wenn dann die Kräfte versagen und man nun die kleine Rente zu erhalten hofft, die wenigstens vor der bittersten Not schützen soll, dann muß man hören, daß man keinen Anspruch darauf hat, denn die Wartezeit wurde nicht erfüllt, es sind wohl manchmal Hunderte von Invalidenmarken erteilt worden, aber es fehlen eben noch vier oder fünf oder aus einem anderen Grunde ist die Wartezeit nicht erfüllt, folglich kann keine Rente gewährt werden. Die Un-

Elternbeiratswahlen.

Bitte Schlußfrist!

Bertrauensleute, Dirigenten, reich! Jetzt ist die Schlußfrist der Kandidatenliste im Parteisekretariat ein. Sprechtunbe Freitag von 6 bis 7 Uhr. Zentral-Elternbeirat.

Flugblätter und Stimmzettel zur Elternbeiratswahl.

Sind jetzt im Parteisekretariat anzufordern.

zufriedenheit der Angehörigen, die dann an das Postamt verwiesen werden, ist wohl verständlich. Recht eigenartig lag der Fall der jetzt 65 Jahre alten Dominalarbeiterin J. Ueber 30 Jahre war sie auf dem Lande tätig, hatte 981 Invalidenmarken erteilt, und im Jahre 1917 mußte sie wegen Krankheit die Arbeit aufgeben. Sie verlor dann nur kleine Arbeiten auf dem Domium gegen ein Gehalt von 4 Mark wöchentlich. Invalidenmarken wurden jetzt nicht erteilt. Nun stellte Frau J. den Antrag auf Gewährung einer Invalidenrente, wurde aber abgewiesen, weil sie die Wartezeit nicht erfüllt habe. Sie habe seit 1917 keine Marken mehr für ihre Behauptung, daß sie schon 1917 invalide gewesen sei, kein Anhalt gegeben. Sie habe ja auch später leichte Arbeiten verrichtet und sei dadurch ihres Anrechts verlustig gegangen. Diese Behauptung legte Frau J. Berufung beim Oberlandesversicherungsamt ein. Dieses beschloß Vertagung. Die beiden auf deren Aussage sich Frau J. stützt, sollen darüber klären, ob sie schon 1917 invalide gewesen sei, wie sie selbst behauptet, dann dürfte einer Gewährung der Rente im Wege stehen.

Benutzt die Wochenendkarten!

Die Wochenendkarten, die der Schlesische Verkehrsverband ausgibt, werden leider nicht so stark benutzt, wie es der Richtung entspricht. Auf Grund dieser Wochenendkarten kann man am Sonntagabend, Ueberrnachtung, Sonntag, Montag, Mittageisen und Abendessen zum Gesamtpreise von 5 an aufwärts, je nach dem Ort und je nach der Art der Unterkunft und Verpflegung und zwar in den verschiedensten Orten im Gebirge, in Bädern, Städten usw. Im Interesse des Publikums liegt es, diese Einrichtung möglichst regen zu benutzen. Die Wochenendkarten sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins in Breslauer Hauptbahnhof werktäglich von 8 bis 15 Uhr zu haben.

Kraftomnibusfahrt nach den Grenzbauden im Riesengebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Für die Kraftomnibusfahrt nach dem Riesengebirge Grenzbauden, die am nächsten Sonntagabend und Sonntag findet, herrscht bereits rege Nachfrage. Die Fahrt geht durch schönsten Täler unseres Gebirges und zwar durchs Schloß Reimsbachtal, durch den Langwallersdorf, Friedländer Gebirge nach Schönbach und von dort auf den Gipfel des Riesengebirges. Wenn Zeit vorhanden, wird Kloster Wittenberg besucht. Ueberrnachtung in den Grenzbauden pro Bett 2,00. Der Sonntag ist frei für Wanderungen (bequemer Aufstieg Schneeflocke, Wanderungen ins Böhmisches usw.). Zur Abreise der Grenze ist Pass oder Grenzpaß erforderlich. Auch die Rückfahrt wird sehr genutzbar sein. Sie geht durch Landeshut, Giechmannsdorf, Freiburg. Abfahrt am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 14 Uhr, vom Lauensteinplatz — westwärts. Rückfahrt von den Grenzbauden am Sonntag, den 17. Juni abends 19 1/2 Uhr. Ankunft in Breslau etwa 23 Uhr. Nummerierte Karten für Frau- und Rückfahrt zum Preis von 12 Mark sind im Verkehrsverein Breslau, Hauptbahnhof, Verkehrsabteilung — werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben. Nachquartiere zum Preise von 2,25 Mark pro Bett. Die Karten umgehend bestellt werden.

* Anlässlich des Reichsbannertages am 17. Juni auf dem hiesigen Schloßplatz der Siemens-Großlautsprecher dem Riesengebirge zur Verfügung. Mit diesem Großsprecher kann die zugeführte Schallenergie bis über das Riesengebirge verstärkt werden. Es ist mit ihm möglich, Entfernungen von mehreren Kilometern zu überbrücken. Mag die verstärkte Menge noch so groß sein, überall ist der Redner deutlich zu hören; und man kann die Anwesenden auch durch Schallkondensatoren unterhalten oder Werbeaufkündigungen verbreiten.

* Sonntagsrückfahrkarten. Mit Rücksicht darauf, daß am Freitag fällt, gelten die vom 28. Juni, 12 Uhr ab gefahrenen Sonntagsrückfahrkarten ausnahmsweise bis Montag, den 29. Juni, und zwar zur Hin- und Rückfahrt am 29. Juni, 12 Uhr, bis 1. Juli und am 2. Juli bis 9 Uhr.

* 2. Ziehungsliste der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriekasse in Berlin, Breslau 5, Eckhaus Lauensteinplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 100 000 auf Nr. 106 486; 3000 Mark auf Nr. 83 109; 2000 Mark auf Nr. 128 986, 128 722, 195 120, 317 960; 1000 Mark auf Nr. 195 438, 279 675, 337 346, 344 207; 800 Mark auf Nr. 51 051, 64 590, 162 181, 188 208, 295 306, 313 777, 325 798.

* Arbeiter-Schülerbund. Am Sonntag, den 17. Juni, von der Ortsgruppe Breslau im Bergkeller ein Gartenfest, an dem neben Preisfischen und anderen Vergnügungen auch für Unterhaltung der Kinder Sorge getroffen. Ferner wird eine Gruppe der 2. Frauenabteilung der Turnerschaft auftreten. (Siehe Inserat.)

* Kutscher, säufelt auf die Pferde. Ein städtischer Gewärtler konnte dieser Tage feststellen, daß am Eingang des Dorotheenfriedhofes ein am Bordstein stehender Wharff-Pferde stark angefahren war. Es hat sich herausgestellt, daß Baum öfters von Kutschern zum Abbinden ihrer Gespanne genutzt worden ist. Da hierdurch ein Schaden an Bäumen entsteht und da es außerdem unzulässig ist, Pferde unter solcher Aufsicht auf der Straße stehen zu lassen, wird auf diesen Fall der Bemerkung hingewiesen, daß die Gartenverwaltung bei der Aufsicht der Besitzer solcher Gespanne festzustellen und Bestrafung zuzuführen.

* Verbilligte Karten für die Sonntag-Nachmittagsvorstellung im Schauspielhaus sind im Parteisekretariat, Zimmer 20 des Gewerkschaftshauses, zu haben.

* Zurückgekehrter Vermittler. Der seit dem 11. Juni vermisste gemeldete Richard Ruben ist am 14. dieses Monats wieder zu seinen Eltern zurückgekehrt.

* Als Leiche gelandet. Gegenüber der Pumpstation am Donnerstagabend eine männliche Leiche aus der gelandet. Aus den bei ihr vorgefundenen Papieren ging hervor, daß es sich um einen Kaufmann aus der Gabisstraße handelte, der vor etwa 4-5 Tagen im Wasser den Tod gefunden haben dürfte.

* St. Josefstranthenhaus erhängt. Am Donnerstag um 1/5 Uhr beendete in einem Krankenzimmer des St. Josefstranthenhauses eine 62jährige Witwe aus der Kronprinzstraße freiwillig ihr Leben, indem sie sich am Fenster erhängte, ob an ihrem Vorhaben gehindert werden konnte. Der Grund Lebensentscheidung soll eine unheilbare Krankheit sein, wofür sich die Frau in der Behandlung des Krankenhauses befand.

* Zwei Motorräder beschlagnahmt. Bei einem am Donnerstag vormittag an der Ecke Gräbichener und Hochstraße erfolgten Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer aus Altschönau und einem Lastfuhrwerk, bei dem der Motorradfahrer verletzt wurde, wurde das Motorrad beschlagnahmt, weil der Fahrer Zulassungsgenehmigung hatte. — Ähnlich erging es einem Motorradfahrer, der am Donnerstagabend in Deutsch-Dissa einem radfahrenden Schüler zusammenstieß. So daß dieser verletzt wurde. Da auch er die notwendigen Papiere nicht vorlegen konnte, wurde das Fahrzeug ebenfalls beschlagnahmt.

* Die Arbeit der Feuerwehr im Mai. Im Monat Mai die Feuerwehr 67mal ausgerückt, und zwar zu 1 Groß- und 3 Mittelwehren, 21 Kleinwehren, 4 Schornsteinröcken, 1 Feuer, 11mal zu kindem Alarm, 2mal zu böswilligem Mord, 4 Wasserzähnen und 20 anderweitigen Hilfeleistungen. Krankenwagen sind in der Stadt zu Unfällen 123mal, Krankenbeförderung 694mal und nach außerhalb 7mal ausgeg. In diesen 824 Fällen sind insgesamt 8609 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwachen sind 230mal in Anspruch genommen worden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Am 17. Juni, Sonntag, den 17. Juni, findet unser Kinderfest in Klein-Weißhof bei Pieschke statt. Abmorgens nachmittags 2 Uhr vom Diktatorlokal, Großhäger Straße 123, mit Musik. Wir erwarten recht zahlreiche Beteiligung.

Jugendsportliche Arbeitsgemeinschaften. Heute 20 Uhr:

- Gruppe **Oskar** Tor, Brodauer Straße (Schule). Genosse **Roske** spricht über die proletarische Jugendbewegung.
- Gruppe **Wolfgang** Pieschke, Pieschkestraße (Schule). Genosse **W. D. Otto** über die Gegenwartsfragen.
- Gruppe **Schützler** Sandtor-Obertor, Lehndamm (Wandererschule). Genosse **W. D. Otto** über die Arbeitsgemeinschaft über „Europaschichten“.
- Gruppe **Ernst** Tor-Gebäude. Wir treffen uns Sonntag 7 Uhr Ende der Gruppe im Zempel zur Wanderung. Ziel: Wildschütz.
- In allen Gruppen sind Gäste willkommen. Am 1. Juli Gautreffen. Besondere Fahrt mit Autos.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Jugendgruppen und -Kassen: Am 15. Juli findet in Oels ein Jugendtreffen statt, an dem wir uns alle beteiligen. Galtet bei diesen Tag frei. Weiteres erfolgt nach.

Heute die heutigen Belmabende:

- Heim 1 (Kleinweißhof Schule). Disziplinsabende: „Wir und der Wahlfest“.
- Heim 2 (Oskar Schule). Heute abend 20 Uhr bei Rademacher. Dann um 10 Uhr auf der Weite. Sonntag nachmittags 14 Uhr bei Rademacher. Abends von 18 Uhr ab Rollspiele im Heim.
- Heim 3. Heute abend 20 Uhr in der Wandererschule. Genosse **Ohlig** ist anwesend. Sonntag Fahrt nach der Schwärzer Lodge. Abmorgens Punkt 6 Uhr am Diktatorlokal. Abends 10 Uhr im Heim Brodauerstraße, Musikinstrumente mitbringen. Jeder hat 10 Minuten abzugeben.
- Heim 4. Heute abend 8 Uhr bei Rademacher. Sonnabend Nachtfahrt (Sonnenabend). Treffen 1. Gruppe 4 Uhr am Diktator. 2. Gruppe 10 Uhr am Diktator. Bringt gutes, mulliges Quartier mit.
- Heim 5 (Kleinweißhof). „Landschaftliche Rundschau“. Leiter: Genosse **W. D. Otto**.
- Heim 7 (Walden an der Tischgärten). „Wanderabend“. Leiterin: **Roske**. Führerrolle werden erzählt und „jungfräuliche“ Wanderlieder gesungen. Bringt Instrumente mit.
- Heim 8 (Kleinweißhof). „Kamuffiertabend“.
- Heim 10 (Kleinweißhof). Sonnabend.
- Sprechstunde am Dienstag.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Leitung: Heute Freitag Pflichtkonzerte aller Kameraden zum Gedenkgang. Abteilung Nord: 20,15 Uhr Matthiasplatz; Ost: 20,15 Uhr Weststraße; Süd: 20,15 Uhr Hauptbahnhof. Die Abteilungen rücken pünktlich ab.

- Gruppe 3 (Schönicht). Heute Freitag, den 15. Juni, 19,30 Uhr, Antreten im Gedenkgang. Sonntag, den 17. Juni, Antreten 11,45 Uhr bei Gedenkgang.
- Gruppe 4 (Kleinweißhof). Sonntag, den 17. Juni, treten sämtliche Kameraden des Kreisverbandes um 12 Uhr bei der Abteilung Nord am Walden (Kleinweißhof) an.

Freiwerkerschaftliches Jugendkartell.

Kartellabende. Heute abend 20 Uhr haben wir im Gewerkschaftshaus eine wichtige Sitzung. Jeder muss erscheinen.

Jugendabende. Heute abend 20 Uhr die Vierteljahresprogramme abgeben. Wenn sie in das Vierteljahr abgeben kommen sollen.

Die Arbeiterjugend. Sonntag gehen wir auf Fahrt. Treffen um 6 Uhr am „Reichen Keller“.

Belmabende. Heute 8 Uhr die Vierteljahresberichte über die Jugendorganisation im Licht. Auffstellung des Vierteljahresprogramms für Juli bis September.

Wir treffen uns um 6 Uhr am „Reichen Keller“ zur Fahrt nach Walden.

Wir treffen uns, wie ausgemacht, an der Weistritzstraße mit der G.S.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 2. Morgen Sonnabend treffen wir uns um 5 Uhr am Heim. Wir gehen mit dem Auto auf Nachtfahrt; bringt alle eine Decke oder Schlafjack mit. Bringt nicht Eingehülte.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.

SPARKASSE

FILIALE Breslau.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Freitag, 20 Uhr, gelangt als 21. Abonnements-Vorstellung der Serie H. Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg“ zur Aufführung. Anschließend „Das Fest des Königs“. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, wird Krenschs aktuelle Jazzoper „Johnny spielt auf“ zum letzten Male gegeben. Sonntag, 20 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“.

Vortheater. Täglich 20 Uhr wird die atemberaubend mit köstlicher Seltener und wiederholter Verfallsverbindungen auf offener Szene aufgenommene große Revue „Sallyausverkauf 1928“ wiederholt.

Chambertheater. Der durchschlagende Sensationserfolg „Der Letzte Schächer“, Kriminalkomödie von G. W. Hehrlich, gelangt täglich 20 Uhr zur Wiederholung. Am den pünktlichen Beginn der Vorstellungen zu ermöglichen, wird das Publikum zur Bezeichnung des harten Antrages an der Abendkasse gebeten. Karten im Vorverkauf zu lösen bzw. frühzeitig an der Abendkasse zu kaufen.

Schauspielhaus. Heute Freitag und täglich gelangt die mit großem Erfolg zur Aufführung gebrachte neue Operette von Edward Künneke „Die kühnste Renner“ zur Darstellung. Sonntag nachmittags geht die beliebte Operette von Robert Sisch „Eine einzige Nacht“ zum 40. Male in Szene.

Wiesentheater. Heute Freitag, 8 Uhr, verabschiedet sich die „Jugendrevue“. Sonnabend, den 16. Juni, findet die Eröffnung der großen Revue „Gloria“ im „Kinotheater“ statt. Dieses letzte Gedenkgang für Breslau ein Ereignis werden. Weiter den hier schon genannten Namen hier das außerordentlich reiche Programm noch eine Fülle allererster Bearbeitungen.

Amthlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums in Breslau.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).

Beim Durchgang der Störung 31A, welche mit ihrem Zentrum am der norddeutschen Küste entlang nach der Mitte vorgezogen ist, kam es in Schichten zu veränderter Föhnwindung. Die Temperaturen sind dabei vielfach über 2 Grad angehoben. Zunächst hielt zwar die Föhnwindung noch ein, doch traten bald wieder maritime Luftmassen heran, so daß später mit erhöhter Komplexität häufig und nachfolgender Abkühlung zu rechnen ist.

Wichtigste für das schlesische Hochgebiet:

Bel zeitweise auffrischendem Südwind wieder vielfach jählig heiter, vereinzelt Gewitterbildungen und warm.

Wichtigste für das schlesische Hochgebiet:

Zeitweise kühlend auffrischender Südwind, meist jählig heiter, stellige Gewitter und warm.

Arbeiter-Sport

Der „Rast“ im Rundfunk.

Um die Breslauer Bevölkerung über alle Einzelheiten der Reichs-Arbeiter-Sporttage zu unterrichten, werden alle Vorträge und Berichte von den einzelnen Veranstaltungen durch den Sender der Schlesischen Funktunde bekanntgegeben. Deswegen wird ein ausführlicher Vortrag über die Bedeutung des „Rast“ von dem Vertreter der schlesischen Arbeiter-Sportler, Sportwissenschaftler Paul Pöhlitz-Breslau, gehalten werden. Näheres im Rundfunk-Programm.

Für alle Kartellvereine — Liebichshöhe.

Nach der gestrigen Besprechung mit allen Vereinstreitern marischieren alle vier Züge am Sonnabend um 8 Uhr von ihren Sammelplätzen ab. Der Anmarsch zur Liebichshöhe ist nur von der Normalfahrstraße. Der Stadtbezirk Ost besteht den Wasserweg von der Laiz bis zum Eisenbahnhofsäulen. Alle Teilnehmer von Stadtbezirk West den Wasserweg von der Laiz bis zum Gedenkhäuschen. Alle Vereine aus Gräbichen den Promenaden-Hauptausgang über den Sportern vom Stadtteil West und alle Vereine vom Norden den Promenaden-Hauptausgang über den Sportern vom Ost. — Alle Kinder bleiben bei ihren Stadtteilen und werden auf der Liebichshöhe aufgestellt. Alle Sportlerinnen und Sportler wie Kinder können möglichst in Sportkleidung, mindestens aber weiße Oberkleidung, kommen und sind Sonntag für Sonntag im Vorfeld abzuholen.

Nach der Abendveranstaltung an der Liebichshöhe ist Lampion- und Fackelzug anschließend bis zum Wäckerplatz.

Rast-Programme. Die Ausgabe erfolgt heute abend von 20-22 Uhr im Gewerkschaftshaus. Jeder Verein, jede Abteilung entsendet einen Vertreter.

Fußballpartenleitung. Am 1. Juli herrscht wegen Bundesmeisterschaft im Handball für die Fußballpartei den ganzen Tag Spielverbot.

Freie Turnerschaft Breslau, e. B. Tennis-Abteilung.

Durch die hohen Forderungen des Stadtkamers für Leibesübungen sind die Plätze im Stadion endgültig ausgegeben worden. Es ist uns gelungen, Privatplätze zu pachten. Diese befinden sich in Morgenau, Endstation der Straßenbahn, Papierverarbeitungs-werk. Wir beginnen sie erstmalig heute, Freitag, von 6-8 Uhr. Sonntag beginnen wir mit unserem angebotenen Kursus von 8-8 Uhr. Anfänger müssen pünktlich da sein. Platz steht genügend zur Verfügung.

Handball. Montag, den 18. Juni, 20 Uhr, Spieldauschließung bei Hante, Leuthenstr. 31.

Schwimmverein Voleidon, e. B. Zur Veranstaltung an der Liebichshöhe trifft sich die gesamte Mitgliedschaft um 17,15 Uhr an der Feldstraße. Alle Vorkertrage, Kleidung nach Möglichkeit Männer: dunkle Hose, weißes Schifferhemd, Frauen: dunkler Rock, weiße Bluse. — Zum Straßenlauf Sonntag vormittag beachten sich sämtliche Läufer und Läuferinnen nach der Turmhalle Brodauer Straße. Treffen 8 Uhr. Es werden noch etliche Läuferinnen benötigt. Gelauert wird in der weißen Sportkleidung. Den Beteiligten wird empfohlen, mit den Rädern zu kommen. — Sonntag, den 17. Juni, 14 Uhr, Antreten der gesamten Mitgliedschaft zum Aufschwimmen bis zur Sandbrücke im Bootshaus der Freien Ruder-Vereinigung. Karten mit Namensaufschrift für den Kleidertransport sind mitzubringen. — Jugend-Abteilung. Alle Jugendlichen sind heute abend 7 Uhr im Voleidon-Bad zur endgültigen Auffstellung der Straßensatzte.

Freie Ruder-Vereinigung, e. B. Morgen, Sonnabend, treffen sich alle Mitglieder, auch Jugend, am Feldriedhof, an der Vorkertrage, um 7,15 Uhr abends. Männer: lange, dunkle Hose, Sportkleid, Frauen: dunkler Rock, weiße Bluse. Sonntag sind alle Mitglieder um 13,30 Uhr im Bootshaus.

Gastgeber Eisen-Brandt

Inhaber: **Fritz u. Max Brandt**

Hauptgeschäft: **Nikolaistraße 63a** Ecke Neuenweggasse

Zweiggeschäft: **Friedrich-Wilhelm-Straße 89**

(zwischen Striegnauer Platz u. Leuthenstr.) Fernruf 28036, 29167

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. Sonntag, den 17. Juni, nachmittags, Kreis-Straßenrennen in Bartlieb, nachmittags Vereinsstour nach Bartlieb. Gemischte Abteilungen um 12 Uhr Ausgang der Hohenallernstraße Harberberg. **Motorfahrer** nach dem Hohen Schenberg. Start 4 Uhr früh am Friedeborn. **Abteilung:** Heute, Freitag, abends 8 Uhr, Abteilungsabend im Lokal „Lindenhof“, Frankfurter Straße 187.

Arbeiter-Radfahrerverein Tschansch. Freitag, den 15. Juni, 19,15 Uhr wichtige Vereinsversammlung im Vereinslokal bei Laube. Sonntag den 17. Juni, früh 5 Uhr, Abfahrt zum Straßenrennen um die Bezirksmeisterschaft nach Bartlieb, Mittags 12,45 Uhr Ausfahrt zum 25jährigen Stiftungsfest des Brudervereins Bartlieb-Kletendorf.

Freie Menschen. Freitag, den 15. Juni, Konnaffektus in der Turnhalle Hohrauer Straße 55. Sonnabend, den 16. Juni, Treffen um 20,30 Uhr an der Liebichshöhe (Normaluhr).

Arbeiter-Sportvereine der Oberorkadt. Sonntag, den 17. Juni, nehmen alle Arbeiter-Sportvereine vom Oberork am Rast in Hundsfeld teil. Fußballer, Turner, Athleten und Radfahrer treffen sich 14,30 Uhr im Lokal zum „Gelben Löwen“ in Breslau-Hundsfeld.

Fußball. Gesellschaftsspiele für 17. Juni: 16 Uhr: B.F. I — Trebnitz I in Ostschin; 14,30 Uhr: B.F. II — Trebnitz II in Ostschin; 14,30 Uhr: Süd III — B.F. III in Kletendorf.

U.S.F. Rapid. Freitag, den 15. Juni, 20 Uhr, bei Günther, Matthiasstraße 182: Vollversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Sportwetbeta in Breslau-Süd-Kletendorf. Sonntag, den 17. Juni, finden folgende Spiele auf dem Sportplatz in Kletendorf statt. Am Nachmittag steigen folgende Spiele: Fußball: Süd III — B.F. III um 1,15 Uhr; Frauenhandball-Spielsvereinigung 21 I — U.S.F. Klettrich I um 16 Uhr; Fußball: Süd III — Auswahlmannschaft um 17 Uhr. Alles auf nach Kletendorf! Sportplatz an der Gasanstalt.

B.F. Herrmannsdorf. Freitag, den 22. Juni: Außerordentliche Vollversammlung bei Gasde. Erscheinen aller, wegen Rast, ist Pflicht. Anfang 20 Uhr.

Geschäftliches.

Wenn Sie auf einen wohlgeschmeckten Teint Wert legen, einen Teint, der frei ist von allen entstellenden Hautunreinigkeiten, dann benutzen Sie regelmäßig Obermeyers Herba-Gele und Obermeyers Herba-Creme. Sie erhalten eine glatte, weiche, rosige Haut, die Sie um Jahre verjüngt. In Obermeyers Herba-Gele und Obermeyers Herba-Creme finden Sie die Mittel, bei geringen Kosten das zu erreichen. Auch bei Haut- und Gesichtsausschlägen, Hautjucken, Flechten, empfindlicher Haut werden mit Obermeyers Herba-Gele glänzende Erfolge erzielt. Machen Sie einen Versuch und Ihr Teint wird sich selbst Obermeyers Herba-Gele aufweisen. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme, die nicht fettende, herboragend parfümierte Hautcreme, zu empfehlen. Erhältlich in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Zielteiggeschäften.

Amthlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 13. Juni 1928.

Der Auftrieb betrug: 437 Rinder, 1185 Kalber, 612 Schafe, 4017 Schweine, 4680 Masthühner von vorigen Märkte waren: 6 Rinder, 9 Kalber, — Schafe 50 Schweine.

Milch Gesamtauftrieb: 993 Rinder, 1197 Kalber, 812 Schafe, 4067 Schweine.

I. Rinder.		693 Stück	Es wurde bezahlt für 60 Kilogramm Lebendgewicht Mark
A. Ochsen:		122	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	1 jüngere		55-56
	2 ältere		42-43
b) sonst vollfleischige			
c) fleischige			
d) gering genährte			
B. Kühen:		613 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts			58-56
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete			46-49
c) fleischige			42
d) gering genährte			
C. Kälber:		418 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts			47-50
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete			36-40
c) fleischige			27-30
d) gering genährte			20-22
D. Färsen (Kaltblüter):		114 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts			48-56
b) vollfleischige			43-47
c) fleischige			36
E. Ferkel:		26 Stück	
Wichtig genährtes Jungvieh			40-45
II. Kalber.		1197 Stück	
a) Doppeltel bester Mast			
b) Beste Mast- und Saugfäls			70-75
c) Mittlere Mast- und Saugfäls			62-66
d) Geringere Kalber			50-59
III. Schafe.		812 Stück	
a) Mastämmer und jüngere Mastämmer: 1 Mastämmer			
	2 Mastämmer		58-63
b) Mittlere Mastämmer, ältere Mastämmer und gut genährte Schafe			48-53
c) Fleischiges Schafschaf			40
d) Geringgenährtes Schafschaf			
IV. Schweine.		467 Stück	
a) Ferkel: Mastferkel über 150 Kilo (3 Ferkel) Lebendgewicht			64-65
b) vollfleischige Schweine von ca. 240-300 Pfd. Lebendgew.			63-64
c) Mastferkel			60-62
d) Mastferkel			58-60
e) fleischige			55-57
f) Mastferkel unter 120 Pfund Lebendgewicht			54-55
g) Säuen und Eber			

Die Preise sind Marktpreise für mästereifere Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Es ist für Fleisch Markt- und Verkaufspreise, einschließlich der Schlachtabfälle, zu verstehen. Es sind alle wachsenden Tiere über 100 Kilo, Kalber, Schafe mittel, Schweine langjam. (Wach 100 Kilo, Kalber, Schafe mittel, Schweine langjam)

Ein gutes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Am 13. Juni, morgens 11¼ Uhr, verschied sanft nach schwerem Leiden unsere liebe, gute, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

verw. Frau Rosina Robbänder geb. Vorwerk

im 70. Lebensjahre.

Breslau, Kl. Mochbern, den 15. Juni 1928

In tiefem Schmerz
Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Im Grabe ist Ruh,
im Leben Schmerz,
Drum schlummere sanft,
da gutes Mutterherz.

Beerdigung: Sonnabend, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Breslau-Kl. Mochbern. 617

Statt Karten!

für die unendlich vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie sämtlichen Vereinen

herzlichen Dank.

Besonders danken wir unserem Herrn Pfarrer Preisker für die tröstenden Worte am Grabe.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Emma Sauer geb. Schild.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer

Gewerkschaft Breslau

Sonnabend, den 16. Juni 1928, abends Punkt 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, unsere

Mitglieder-Versammlung

statt.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Werte Kollegen, es ist unbedingt notwendig, daß jeder dienstfreie Kollege in der Versammlung erscheint.

Die Disziplinverwaltung.

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Vorkriegsmaterial und die Randbemerkungen des Kaisers 186 Seiten Preis nur 60 Pf.

Vollwacht - Buchhandlung.

Baden

An der See — im Fluß —
dahheim —

Baden das ist der Höhepunkt aller Sommerfreude!

Und nun — dafür den richtigen fischen

Bade-Anzug
und die gute, mollige
Bade-Wäsche!

Keine Sorge um die Geldbeschaffung!

Die herrlichste Auswahl hochmoderner Bade-Hand- und -Anzüge, Bade-Frauentücher etc. finden Sie bei uns in nur guten Qualitäten — billig und gegen

8 Monate Kredit in bequemen Teilzahlungen

ohne Anzahlung

1. Der August 1928

Keine gleich. zable später!

Auswärtige Käufer erhalten keine Vergünstigung!

6 große Schaufenster, eine schenkbare Modenschau!

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft

Das bevorzugte Kaufhaus der Deutschen Welt

Breslau, Junkerstraße 38/40

Luftragödien.

In Nancy waren am Mittwochabend 21 französische Bombenflugzeuge zu einem Geschwaderflug nach Le Bourget aufgestiegen. Von diesen Maschinen hatten am Donnerstagmorgen nur vier ihr Ziel erreicht. Ein Flugzeug wurde bei einer Notlandung in der Nähe von Maug fast völlig zerstört, die Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon. Ein Doppeldecker stürzte in der Nähe von Quarches auf freiem Felde ab. Der Beobachter wurde getötet, der Pilot konnte sich durch Fallschirmsprung retten. Fünf weitere Flugzeuge mußten unterwegs Notlandungen vornehmen; die Maschinen erlitten dabei schwere Beschädigungen. Ueber die anderen zehn Apparate fehlte bis Donnerstagabend noch jede Nachricht. Das Mißlingen des Geschwaderfluges wird auf die ungünstigen atmosphärischen Verhältnisse, die im Osten von Paris auftraten, zurückgeführt; außerdem soll der Flugplatz Le Bourget mangelhaft beleuchtet gewesen sein.

Später wird gemeldet: Die bis Donnerstagabend vermissten französischen Flugzeuge des am Mittwoch in Nancy zu einem Flug nach Paris aufgestiegenen Bombengeschwaders sind im Verlauf des Donnerstags zum Teil in Le Bourget, Nancy, bzw. anderen französischen Orten unverfehrt gelandet.

Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Donnerstag vormittag gegen 10 Uhr in der Nähe des Frankfurter Vororts Niederrad, der etwa zwei Kilometer von der Stadt entfernt liegt. Das Flugzeug „C. S. 93“ der Ad Astra-Fluggesellschaft, ein Verkehrsflugzeug vom Typ Junkers J. 13, das sich auf dem Flug von Frankfurt nach Stuttgart befand, mußte infolge des stürmischen Wetters kurz nach dem Start eine Notlandung vornehmen. Der Pilot ließ den Apparat in der Nähe der Frankfurter Altbäckerei-Anlagen nieder; bei der Landung überstülpte die Maschine und bohrte sich tief in den weichen Boden ein. Der Pilot Chardon und die drei Insassen, ein Ehepaar Kabe aus Goslar und ein Musikdirektor Richter aus Hagen in Westfalen sind schwer verletzt. Fünf junge Leute, die an der Unfallstelle arbeiteten, sind von dem niederstürzenden Flugzeug mehr oder minder schwer getroffen worden.

Ein schweres Eisenbahnunglück.

Das zwei Tote und vier Schwerverletzte forderte, war am Donnerstag vormittag zwischen Zwickau und Glauchau zu verzeichnen. Gegen 11 Uhr passierte ein Arbeiterzug, der mit Baumaterialien beladen war, die Station Mosel. Der Zug sollte das Rüstzeug nach der nächstgelegenen Bahnhstation bringen, wo es für Bauarbeiten benötigt wurde. Etwa dreißig Arbeiter hatten auf dem beladenen Güterwagen Platz genommen. Gleich hinter dem Ort Mosel fuhr infolge falscher Weichenstellung ein entgegenkommender Güterzug dem Arbeiterzug in die Flanke, wobei vier Wagen umgeworfen wurden und die Böschung hinabstürzten. Der größte Teil der Arbeiter konnte sich rechtzeitig durch Abpringen in Sicherheit bringen. Sechs Arbeiter wurden unter dem umgestürzten Wagen eingeklemmt. Zwei Arbeiter waren auf der Stelle tot, die anderen vier erlitten schwere innere Verletzungen.

Absturz eines englischen Bombenflugzeuges im Irak.

Ein Vertreter des britischen Luftfahrtministeriums gab am Dienstag im Unterhause bekannt, daß ein englisches Bombenflugzeug bei Scharbah im Irakgebiet abgestürzt sei. Beide Insassen, der Führer und der Beobachter, wurden getötet.

Der England-Indien-England-Flug unterbrochen.

Der Flug, den Kapitän Barnard mit der „Prinzessin Xenia“ von England nach Indien und zurück in acht Tagen durchführen will, hat eine kurze Unterbrechung erfahren. Nach ihrem Start von Buschir am Persischen Golf zu der letzten Etappe des Hinfluges mußten die Flieger infolge schweren Maschinendefekts nach Buschir zurückkehren. An dem Flug nimmt bekanntlich auch die Herzogin von Bedford als Passagier teil.

Thea Rajche gibt den Ozeanflug auf.

Die deutsche Sportfliegerin Thea Rajche hat ihren neuen Ozeanflugplan aufgegeben. Das Flugzeug „Bellanca“ wird wieder seinem früheren Besitzer zugeführt werden.

Die „Freundschaft“ will in drei Etappen nach Europa fliegen.

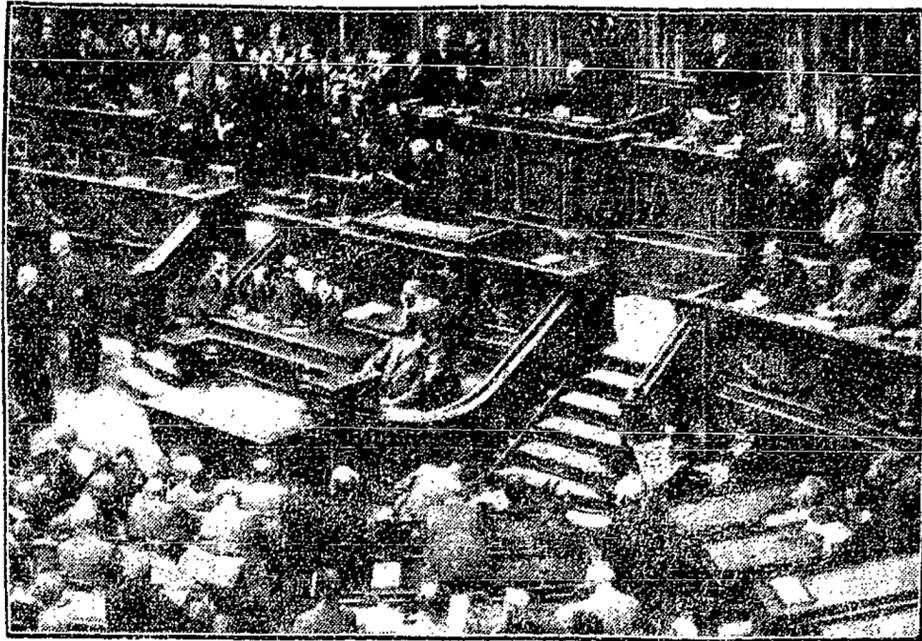
Fräulein Carhart, die zusammen mit dem Piloten Stülck von New York nach Europa fliegen wollte, hat nach 15 vergeblichen Startversuchen nunmehr beschlossen, den Flug in drei Etappen durchzuführen. Als erste Etappe werden die Flieger von Neufundland nach den Azoren fliegen, um von dort mit einer Zwischenlandung in Lissabon Southampton zu erreichen. Wie gemeldet wird, ist der letzte Probeflug der „Freundschaft“ mit einem Gesamtgewicht von 700 Gallonen Brennstoff erfolgreich verlaufen, und die Flieger beabsichtigen nunmehr, sobald als möglich zu ihrer ersten Etappe nach den Azoren zu starten. Der Grund für die wiederholten mißlungenen Startversuche der „Freundschaft“ ist in dem zu großen Gewicht von 900 Gallonen zu suchen. Die Rivalin von Fräulein Carhart, Fräulein Boll, hält an dem Plan eines ununterbrochenen Fluges Amerika-Europa fest und hat beschlossen, mit ihrem Flugzeug „Miss Columbia“ nicht vor Sonnabend morgen zu ihrem Transatlantik-Flug zu starten. In der Zwischenzeit wird ihr Flugzeug noch einmal einer gründlichen Überholung unterzogen. Nach Meldungen aus Lissabon beabsichtigt Kapitän Courtney morgen früh zu seinem Atlantikflug mit einer Zwischenlandung auf den Azoren zu starten, wenn die Wetterbedingungen günstig lauten.

Schwerer Unfall bei einem Schulschiff.

Donnerstag mittag ereignete sich unweit des Ortes Schönfeld zwischen Beelitz und Trauenbriegen ein schwerer Unfall. Eine Klasse der Beelitzer Mittelschule hatte mit ihrer Lehrerin nach dem genannten Dorfe einen Ausflug unternommen. Dabei marschierten die Kinder oberhalb einer Kiesgrube entlang. Vier Kinder gingen trotz des ausdrücklichen Verbotes der Lehrerin zu dicht an die Grube heran und stürzten dabei in die Tiefe. Durch die nachfallenden Kiesmassen wurden die Kinder vollständig verschüttet. Nach halbstündiger Arbeit waren alle vier Kinder aus den Riesmassen befreit. Bei zwei Kindern im Alter von 12 Jahren war bereits der Tod eingetreten, während die beiden anderen nach längerer Wiederbelebungsversuchen in schwer verletztem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht wurden.

Die Eröffnung des neuen Reichstages.

Der Alterspräsident Bod eröffnet die erste Sitzung des neuen Reichstages.



Neun Gehöste niedergebrannt.

Am Donnerstag vormittag brannten in dem thüringischen Dorfe Reinkolterode neun Gehöste nieder. Auch der Kirchturm wurde vom Feuer sehr schwer beschädigt.

Auch das vierte Opfer des Osterweddiger Mörders gestorben.

Am Mittwoch ist im Sudenburger Krankenhaus Luise Schwan ihren schweren Schädelverletzungen erlegen. Damit ist auch das vierte Opfer des Feuerwehrmanns Schwan in Osterweddigen gestorben.

Von Banditen überfallen.

Auf einem einsamen Weg am Rande der Stadt Gnesen wurde Mittwoch ein junges Mädchen von vier Banditen überfallen, ins Korn geschleppt und vergewaltigt. Die Täter konnten verhaftet werden.

Todesstrafe für einen Mörder.

Das Schwurgericht Rachen verurteilte am Donnerstag den Arbeiter Johann Müller wegen Ermordung des Cornelius Lynen aus Kirchtrath zum Tode und die mitangeklagte Ehefrau Lynen wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte für beide die Todesstrafe beantragt.

In der Verhandlung wurde der Nachweis erbracht, daß Müller in der Nacht zum 3. April bei Maubach den Ehemann der Mitangeklagten, Cornelius Lynen, ermordet hat. Müller hat bald nach seiner Verhaftung gestanden, daß er den Mord auf Anstiftung seiner Geliebten, der Frau Lynen, begangen habe. Die Verhandlungen fanden zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ein neuer Spreitstieberprozeß.

Begann am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Berlin-Wedding. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von mindestens 10 Tagen. Angeklagt sind fünf Personen, denen Brandstiftung-Monopolhinterziehung zur Last gelegt wird. Die Monopolverwaltung ist durch die Fälschereien um hunderttausende von Mark geschädigt worden. Die Angeklagten sollen in den Jahren 1925/26 eine umfangreiche Schwarzbrennerei unter dem Deckmantel handelsgerichtlich eingetragener Firmen betrieben haben. Die Ware wurde verhältnismäßig leicht an zwei Berliner Fabrikanten abgesetzt. Eine unerwartet eingehende Revision der Zollinspektion Spandau brachte die Hinterziehungen ans Licht. Die Angeklagten bestritten im Laufe des ersten Verhandlungstages jede Schuld. Der Hauptangeklagte Wolleermann behauptete, daß die angeblich hinterzogenen Spreitmengen aus seiner früheren Wärmeladenfabrik stammen, die er während des Krieges besaß. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Zeugen geladen.

Ein streitbarer „Liliputaner-Prinz“.

Auf dem Heidelberger Jahrmarkt trat in einer Rude eine Liliputanertruppe auf. Die Polizei ermittelte, daß ein 12 Jahre alter geistig zurückgebliebener Junge dabei die Rolle des Liliputaner-Prinzen spielte. Auf Veranlassung des Jugendamtes wurde das Kind, das keine Schule besuchte, dem Unternehmer genommen und in einstädtisches Kinderheim gebracht. Der falsche Liliputaner-Prinz wehrte sich dabei sehr energisch und erklärte der Fürsorgebehörde im Berliner Jargon: „Mensch, ich hau dir alle Knochen zusammen.“

Unter dem Verdacht des Gattenmordes.

und des Versicherungsbetruges hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft den Kaufmann Friedrich Louis Treiber in Untersuchungshaft genommen. Im September stürzte die Frau des Verhafteten am Goldzechorn auf dem Wege zum Seebichhaus in den Rätner Alpen ab. Die Leiche wurde am anderen Tage geborgen. Treiber hatte seine Frau einige Zeit vor ihrem Tode bei einer Stettiner Versicherungsgesellschaft mit 100 000 Mark versichert. Schon einmal war gegen ihn der Verdacht des Gattenmordes aufgeklärt; das eingeleitete Verfahren war aber wieder eingestellt worden. In der nächsten Zeit soll eine Ortsbefichtigung an der Unfallstelle vorgenommen werden. Frau Treiber war eine Tochter des Verlegers der Arnstädter Nachrichten, Frotscher, der während der Inflation Selbstmord durch Erschießen beging. Der Verlag ging damals ein. Der verdächtige Treiber hat durch seinen Anwalt Haftbeschwerde eingelegt.

Verhängnisvoller Deckeneinsturz.

In einem Londoner Ausstellungsgelände in Westminster stürzte eine Decke ein. Eine Person wurde getötet; sieben wurden schwer verletzt. Die Verunglückten sind in der Mehrzahl Kinder, die sich auf Veranlassung der Schule einen Missionslehrefilm ansehen wollten.

Des Urteil im Hamburger Wettschwindelprozeß.

In dem großen Hamburger Wettschwindelprozeß wurde Donnerstag nachmittag das Urteil gefällt. Es lautete wegen Vergehens gegen das Kundfunkgesetz und wegen verjüngten und vollendeten Betruges in einer großen Anzahl von Fällen gegen Wiele auf 10 Monate Gefängnis, gegen Wendt und Güth auf je 9 Monate Gefängnis, gegen Opfer auf 6 Monate Gefängnis, gegen Ollenburg auf 4 Monate Gefängnis und gegen Feil auf 6 Wochen Gefängnis. Die übrigen beiden Angeklagten wurden freigesprochen. Außerdem wurde gegen diese, Wendt und Güth auf je 500 Mark Geldstrafe und gegen Opfer auf 250 Mark Geldstrafe erkannt.

29 Seeleute ertrunken.

Wie aus Charkin gemeldet wird, ist auf dem Flusse Lahasuju der chinesische Dampfer „Fuschun“ gesunken. 29 Seeleute ertranken.

Neue Erdstöße in Griechenland.

Neue schwere Erderschütterungen haben in der Nähe von Perachora auf der anderen Seite des Golfes von Korinth ein Sinken der Erdoberfläche bis zu einer Tiefe von etwa 100 Metern und das Herabfallen von großen Felsblöcken von der Spitze des Berges Gerania verursacht. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt und man befürchtet, daß diese Ereignisse die Anzeichen für ein bevorstehendes großes Beben sind.

Erdstöße auch in Brasilien.

In Fortaleza im Staate Ceara in Brasilien haben sich mehrere Erderschütterungen ereignet. Der Schaden ist noch nicht bekannt.

Tornado in Nordamerika.

Der Südwesten Nebraskas und West-Kansas sind von einem Tornado heimgesucht worden. In Coo wurden 21 Personen schwer und zahlreiche andere leichter verletzt. Über hundert Häuser fielen dem Sturm zum Opfer. Auch in den Städten Ludell und Ellsworth sind große Verwüstungen angerichtet worden. Die Telephon- und Telegraphenleitungen waren zeitweise unterbrochen.

Wirbelfurm über Sidney.

Sidney und die Küstengegend wurde Donnerstag von einem Wirbelfurm heimgesucht. Soweit bisher bekannt ist, wurde eine Person in den Straßen der Stadt vom Blitz getroffen. Ein Kohlendampfer ist gesunken. Sieben Mann der Besatzung sind ertrunken.

Ein Autobus in Flammen.

In der Nähe von Kalisch (Polen) geriet ein in voller Fahrt befindlicher vollbesetzter Autobus plötzlich in Brand. Der überraschte Wagenlenker konnte den Wagen nicht mehr rechtzeitig bremsen, wodurch das im Motor entstandene Feuer auf das Innere des Wagens übergriff. In dem Wagen entstand eine furchtbare Panik; die Fahrgäste sprangen in ihrer Verzweiflung ab; viele blieben mit schweren Verletzungen liegen. Die in dem Wagen verbliebenen Insassen erlitten schwere Brandwunden. Der Autobus verbrannte völlig.

Der Hoteldieb Kahner gefaßt.

Der von der Berliner Polizei seit langem gesuchte Hoteldieb, Ein- und Ausbrecher Paul Kahner, wurde am Donnerstag bei einem dreifachen Erpressungsversuch an einem Droßkutschaffeur mit zwei kleiner Komplizen festgenommen.

Bestätigtes Todesurteil.

Der II. Strafsenat des Reichsgerichtes hat am Donnerstag die gegen das am 3. April 1928 vom Schwurgericht in Schneidemühl gegen den Wirtschaftler Ernst Barich wegen Mordes gefällte Todesurteil eingelegte Revision verworfen. Barich hatte am 17. März dieses Jahres eine 15jährige Schürerin aus Stöwen bei Schneidemühl auf der Straße angehalten, sie vergewaltigt und dann ermordet.

Uruguay olympischer Fußballmeister.

Bei dem am Mittwoch in Amsterdam abgehaltenen Wiederholungsspiel im Rahmen der Fußballolympiade zwischen Argentinien und Uruguay siegten nach äußerst spannendem und hartem Kampfe die Uruguayer mit 2:1 (1:1). Bemerkenswert an dem Ergebnis ist, daß bei Halbzeit das Endverhältnis 12:1 für Argentinien stand.

Ein neuer Hodann:

Die Sexualnot der Erwachsenen

MR. 1.00

Zu beziehen durch die

Volkswacht - Buchhandlungen
Neue Grapenstraße 5 • Neue Taschenstraße 11
Flurstraße 4

Internationale Arbeitskonferenz.

Beschlüsse über internationale Untersuchungen.

Genf, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die 11. Internationale Arbeitskonferenz nahm am Mittwoch den verschiedenen von der Vorklageskommission zur Annahme empfohlenen Anträgen zu. Es handelt sich jetzt um Untersuchungen. So sollen die Zusammenarbeit im Betriebe, die Arbeitsverhältnisse der Chauffeure, die Frage des Einmannbetriebes elektrischer Kolomotoren, die Frage der Arbeiterwohnungen, die Arbeitsverhältnisse im Textilgewerbe und anderen internationalen Untersuchungen unterworfen werden. Die Arbeitgebergruppe zeigte ihre besondere Natur bei einem brasilianischen Antrag, der forderte, 1. die Kenntnis des Werks des Arbeitstages zu verbreiten und 2. für die Annahme der Arbeitskonventionen eine internationale Agitation zu entfalten. Die Arbeitgeber forderten Streichung des zweiten Teiles, wurden jedoch überstimmt.

Einen Antrag allgemeiner Natur hatten Jouhaux und ein holländischer christlicher Gewerkschaftler gestellt. Sie forderten, daß das Arbeitsamt zusammen mit dem Wirtschaftsrat des Völkerbundes und dem Internationalen Nationalisierungsinstitut die Auswirkungen der Nationalisierung und der Karrierebildung auf die Löhne, Arbeitszeit, Arbeitshygiene und Beschäftigungsgrad unterleuchte. Mit 101 Stimmen wurde so beschlossen.

Der deutsche Delegierte Müller-Schönberg stellte die von der Landarbeiter-Internationale erhobene Forderung, das Bestehen von Kollektivverträgen und die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu untersuchen, um die Basis für eine internationale Verbesserung der Lage der Landarbeiter zu schaffen. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Dagegen löst der Vorschlag der Anterdammer Internationale auf Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache auf anscheinend unüberwindliche Schwierigkeiten. Der neue in der Vorklageskommission durch den italienischen Arbeitgeber vermittelte, der neben der deutschen auch die spanische und italienische Amtssprache verlangt. In der Vollversammlung forderten Brasilien und Portugal, auch ihre Sprachen als Amtssprachen hinzuzufügen. Man beschloß sowohl den ursprünglichen Antrag wie die Zusage dem Verwaltungsrat zu überweisen und diesem die Einsetzung einer speziellen Kommission anheimzustellen.

Von den Tagesordnungsauswählungen haben die für automatische Kuppelung und die Postarbeiterkommission ihre Arbeiten beendet. Der endgültige Beschluß der Kuppelungskommission wurde erst in der Vollversammlung durch ein Kompromiß zwischen Regierungsvertretern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern fertiggestellt. Er verweist auf die Behandlung der Frage durch die Eisenbahnen und trägt dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auf, im geeigneten Zeitpunkt eine dreigliedrige Kommission aus 7 Regierungsvertretern, 7 Arbeitgebern und 7 Arbeitnehmern der Eisenbahn einzusetzen, die auf Grund des Ergebnisses der Arbeiten der Eisenbahnen sobald als möglich den Plan einer praktischen Lösung vorlegt. Die Postarbeiterkommission hat die Frage der Gewichtsgrenze dem allgemeinen Unfallversicherungsausschuß überweisen und einen Fragebogen für die Regierungen ausgearbeitet. Gegen die Arbeitgebertypen, die zeitweise Obstruktion geübt hatten, war in der Kommission beschloßen worden, dem Arbeitsamt auf Grund der Regierungsaufworten ausarbeitenden Konventionenentwurf der maritimen Kommission des Arbeitsamtes zu eventuellen Bemerkungen zuzustellen und die Anmerkungen der Regierungen und der nächsten Arbeitskonferenz zur Berücksichtigung zur Kenntnis zu geben. In der Vollversammlung erklärten sich die Arbeitgeber „im Geiste der Verständigung“ mit dieser Resolution einverstanden, die darauf mit 82 Stimmen bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen wurde. Der Fragebogen wurde mit 101 Stimmen bewilligt.

Die Mindestlohnkommission ist am Mittwochabend mit ihren Arbeiten fertig geworden. Sie hat einen Konventionentwurf und eine Empfehlung verfaßt. In der letzteren wird prinzipiell für gleiche Arbeit von Männern und Frauen gleicher Lohn gefordert. In der Unfallversicherungskommission haben scharfe Vorwürfe der Arbeitgeber und einiger Regierungen gegen jede Einführung eines gewerkschaftlichen Kontrollrechts in dem Fragebogenentwurf eine schnelle Förderung der Arbeiten verhindert. Man hofft trotzdem, der Vollversammlung das Ergebnis des Ausschusses so früh vorzulegen, daß die Konferenz am Sonnabend geschlossen werden kann.

Konferenz des Keramischen Bundes

Der Keramische Bund, Abteilungsverband der Fabrikarbeiter Deutschlands, hielt dieser Tage in Leipzig seine erste Verbandskonferenz ab. Für die Industriegruppen Glas, Grobkeramik und Porzellan waren besondere Branchenkongressen vorausgegangen, in denen hauptsächlich berufliche, tarifliche und organisatorische Fragen beraten worden waren. Der Rat der Bundeskonferenz vom Bundesleiter Wollmann - Charlottenburg erstattete Bericht, daß der Verich, Bundesverbände in einer Großorganisation zu verschmelzen, sich als ein großer Erfolg für alle Beteiligten erwiesen hat. Die gleiche Auffassung war auch bei den Branchenkongressen zur Geltung gekommen. In der Führung und Leitung des Keramischen Bundes war infolge des aus gesundheitlichen Gründen notwendiger Rücktritts Wollmanns eine Änderung vorzunehmen. In seinem Platz berief die Bundeskonferenz unter Zustimmung des Hauptvorstandes Hermann Grünzel von der Branche Glas und als dessen Stellvertreter Max Eigner von der

Branche Grobkeramik. Dem Keramischen Bund war seit der Verschmelzung vorbehalten worden, einen Verbandsvorsitzenden zu stellen. Dazu wurde Albin Karl-Charlottenburg von der Franche Porzellan ausgerufen und gewählt; die Wahl wird auf dem kommenden Verbandstag der Fabrikarbeiter in Hamburg ihrer Bestätigung finden. Für Grünzel wählte die Bundeskonferenz Paul Bulke-Dresden, bisher Branchenhaupfleiter für Glas und an Stelle von Karl trat Paul Wierischke-Dresden, bisher Zahlstellenangehelfer.

Der Schluß der Konferenz gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Rundgebung für Wollmann, der vor 37 Jahren den Grund zur Organisation der Porzellanarbeiter legte und durch dessen Kluge und zähe Führung der Porzellanarbeiterverband wuchs und gedieh. Die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation in der keramischen Industrie durch die Gründung des keramischen Bundes war zum großen Teil sein Werk. Der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes August Brey und die Zentralbranchenleiter des Bundes dankten Wollmann für seine aufopferungsvolle Tätigkeit.

Der Verlauf der Bundeskonferenz war ein deutlicher Ausdruck des kraftvollen Vorwärtstrebens der im Keramischen Bund organisierten Arbeiterschaft.

Der Schiedspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie für verbindlich erklärt.

Der Schlichter hat im Streit in der mitteldeutschen Metallindustrie den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für die Tarifgebiete Magdeburg-Anhalt und Halle für verbindlich erklärt. Das Arbeitszeit-Abkommen für die mitteldeutsche Metallindustrie ist damit bis zum 31. Januar 1929 verlängert, mit der Maßgabe,

Die Vorräte der Landwirtschaft im Frühjahr 1928.

Kr. Als wir letzterzeit die Krawalle in Langenbils besprachen und bei der Gelegenheit auf die Lage der Landwirtschaft eingegangen, insbesondere feststellten, welche Schläge in bezug auf die Lage der Landwirtschaft aus den Verhältnissen im Reichsimpuls zu ziehen seien, haben wir festgestellt, daß manche Landwirte deshalb gegenwärtig in finanziellen Schwierigkeiten seien, weil sie infolge der durch das Hochwasser 1927 und 1927 zweimal verübten Ernte gesumpfen gewesen waren, zur Leistung ihrer fälligen Geldverpflichtungen große Teile ihrer Vorräte vorzeitig zu verkaufen. Wir haben aber damals auch schon hinzugefügt, daß das doch nur eine örtliche Erscheinung in Schlefien sei, daß im allgemeinen die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft nicht so lagen, sondern daß im allgemeinen in der deutschen Landwirtschaft die Situation gerade dieses Jahr günstiger sei als im vergangenen Jahre, weil gegen Ende des Winters und zu Beginn des Frühjahrs bei den Landwirten noch höhere Getreidevorräte lagen, die noch nicht verkauft waren, als in den vorhergehenden Jahren.

Dieses Feststellen wird nunmehr noch einmal durch exaktes Zahlenmaterial bestätigt, und zwar von den führenden Kreisen der deutschen Landwirtschaft selbst. Der Deutsche Landwirtschaftsrat teilt nämlich über die Ergebnisse seiner Erhebung über die Erntevorräte bei der Landwirtschaft Mitte Mai dieses Jahres folgendes mit: Im Reichsdurchschnitt waren von der Gesamternte noch in den Händen der Landwirte am 15. Mai 1927: 8,2% Winter-Weizen, 10,1% Sommer-Weizen, 10,2% Roggen, 6,5% Winter-Gerste, 5,4% Sommer-Gerste, 19,3% Hafer, 7,5% Kartoffeln. Am 15. Mai 1928: 13,7% Winter-Weizen (also 5,5% mehr als 1927), 21,3% Sommer-Weizen (mehr 11,2%), 11,6% Roggen (mehr 1,4%), 4,7% Winter-Gerste (weniger 1,8%), 3,7% Sommer-Gerste (weniger 1,7%), 19,3% Hafer (weniger 0,0%), 9% Kartoffeln (mehr 1,5%).

Nach zum Verkauf zur Verfügung standen im Reichsdurchschnitt von der Gesamternte am 15. Mai 1927: 5% Winter-Weizen, 8,1% Sommer-Weizen, 3% Roggen, 0,8% Winter-Gerste, 0,5% Sommer-Gerste, 1,4% Hafer, 0,6% Kartoffeln. Am 15. Mai 1928: 9,3% Winter-Weizen (mehr 4,3%), 17,6% Sommer-Weizen (mehr 9,5%), 3,5% Roggen (mehr 0,5%), 0,5% Winter-Gerste (weniger 0,3%), 0,2% Sommer-Gerste (weniger 0,3%), 2,3% Hafer (mehr 0,9%), 1,3% Kartoffeln (0,7%). Man sieht also, daß mit Ausnahme der Winter- und Sommer-Gerste in diesem Jahre die Vorräte, die die Landwirte bis zur nächsten Ernte noch in Geld umsetzen können, wesentlich größer sind als im vorhergehenden Jahre. Die Lage der Landwirtschaft hat sich also in dieser Beziehung nicht unerheblich verbessert.

Hansabunds-Träume von freier Wirtschaft.

Von Zeit zu Zeit taucht der Hansabund an die Oberfläche und hält Tagungen ab, auf denen über die „Freiheit der Wirtschaft“ gesprochen wird. Das war am Sonnabend wieder einmal in Berlin der Fall. Hauptredner war Dr. Hermann

daß statt des bisherigen 15prozentigen Zuschlages ein Zuschlag von 20 Prozent für die 49. bis 52. Wochenstunde zu zahlen ist.

Gegen die Preisdiktatur der Kartelle und Trusts.

Auf der Kölner Tagung des Deutschen Werkmeister-Verbandes, der 130 000 Mitglieder zählt und die größte deutsche Organisation technischer Angestellter ist, hat Prof. Dr. Gök-Berlin, über die Zukunftsaussichten der deutschen Wirtschaft gesprochen. Er legte dar, wie die Entwicklung der Wirtschaft von der freien Konkurrenz über die Kartelle und Trusts schließlich zum Bruch gehe und wie die Souveränität des einzelnen Unternehmers stark vermindert werde. Das Ergebnis der Tagung wurde schließlich in einer Resolution zusammengefaßt, in der von der kommenden Reichsregierung energische Maßnahmen verlangt werden, um der Preisdiktatur der Kartelle und Trusts entgegen zu wirken, denn im Interesse der deutschen Qualität der Unternehmerrorganisationen in seiner Kaufkraft und Leistung hin beeinträchtigt werden, zumal der Absatz im Ausland durch die zunehmende Industrialisierung ständig verkleinert wird.

Streik der Tabakarbeiter in Griechisch-Mazedonien. Zusammenstöße mit der Polizei.

In Cavalla und anderen Tabak-Hauptorten Griechisch-Mazedoniens kam es nach Meldungen aus Athen am Dienstag Zusammenstößen zwischen der Polizei und mehreren Tausenden Streikender. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere verletzt. Die Behörden erklären, daß es sich um einen von den Kommunisten angeleiteten Streik handle. Die Tatsache, daß auch gemäßigten Gruppen der Arbeiter-Gewerkschaften die Streikbewegung unterstützt, deutet jedoch darauf hin, daß die Mäßigung unter den Tabakarbeitern allgemein ist. In Saloniki sind gestern 20 000 Arbeiter in den Tabakfabriken und Lagerhäusern in den Streik getreten. Hervorgehoben wurde der Streik durch Ablehnung der Lohnforderungen.

Fischer, der selbstverständlich über die „freie“ Wirtschaft sprach und das deutsche Bürgertum aufforderte, sich zusammenzuschließen um diese „freie“ Wirtschaft zu verteidigen.

Wie man z. B. angesichts der Tatsache, daß die Beherrschung der Eisenartelle fast ohne jeden Widerspruch der arbeitenden Industrie und des Bürgertums ein durchaus ungerechtfertigtes Eisenpreiserhöhung durchzuführen konnten, nach von einer freien Wirtschaft sprechen kann, wird ein Geheimnis des Hansabundes bleiben. Das Reichswirtschaftsministerium hat auch einmal vor Jahren den Versuch gemacht, nicht allein die kapitalmäßigen Zusammenstöße in der deutschen Wirtschaft zu registrieren — es ergab sich ein dickerleibiger Band, obwohl Syndikate, Konventionen usw. gar nicht berücksichtigt wurden. In der Periode des organisierten Kapitalismus träumen aber die Ideologen vom Hansabund immer noch von der freien Wirtschaft!

In den am Sonnabend vom Hansabund angenommenen Leitsätzen fällt besonders die scharfe Einstellung gegen die Sozialpolitik auf. Wir fragen: Teilt der Hansabund schon die Auffassung des Konzernkapitalismus von der „freien“ Wirtschaft, die darin besteht, daß allein der Arbeiter für die kapitalistische Ausbeutung vogelfrei ist?

Die Genossenschaftstagung in Dresden.

Dresden, 12. Juni. (Eigener Bericht.) Am Dienstag nach der Genossenschaftstags ein Referat über die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine entgegen, das August Kisch-Hamburg an Stelle des erkrankten Heinrich Kaufmann hielt.

Dann sprach Bäcklein-Hamburg über Wirtschaftsprüfung. Seine Ausführungen waren eine harte Auseinandersetzung mit den verbraucherfeindlichen Tendenzen, durch die die Wirtschaftspolitik des privaten Unternehmertums und auch die offizielle Wirtschaftspolitik gekennzeichnet wird. Insbesondere wandte er der Redner gegen die Preispolitik der Syndikate im gegen den Unmut der Preisexperten, von denen die Syndikate immer brutal Gebrauch machen, wenn sich die Verbraucherorganisationen nicht dem Preisdiktat unterwerfen. In diesem Zusammenhang würde auch in der Konsumgenossenschaftsbewegung dem System der Markenartikel zu wenig Beachtung geschenkt. Der Markenartikel diene nur dazu, den Verbrauch von der privaten kapitalistischen Produktion abhängig zu machen. Pflicht der Konsumgenossenschaft sei, sich von den Markenartikeln zu befreien, da die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion die Ware in besserer Qualität und billiger herstelle. Leider könne man immer noch die Beobachtung machen, daß auch Konsumvereine noch Markenartikel vertreiben, weil man ohne sie „nicht auskommen könne“. Bezüglich der Gefrierfleischfrage stellte Bäcklein fest, daß die parlamentarischen Vertreter des Mittelstandes im Reichstag für die Herabsetzung der zollfreien Gefrierfleischkontingente gestimmt haben. Jetzt betrieben die Mittelstandsorganisationen im Lande eine Hege gegen die Konsumvereine und verlangten eine Verringerung der Gefrierfleischkontingente. Das hätten sie, wie der Redner unter dem Beifall des Genossenschaftstages unterstrich, kein Recht. Wer für die Verringerung der Gefrierfleischkontingente eingetreten sei, müsse selbstverständlich für die Verteilung der verringerten Kontingente ausfindig machen. Der Redner beklagte sich auch über die Einstellung der Regierungen im Reich und in den Ländern. Sie seien gegen die

Arbeitsrechtliche Rundschau.

Prozesskosten vor dem Arbeitsgericht.

Wer arbeitsrechtliche Prozesse führt, muß wissen, welche Kosten ihm entstehen können. Daher ist es wichtig, die einschlägigen Bestimmungen zu kennen. Sie seien deshalb kurz wiedergegeben und erläutert.

Die Kosten des Rechtsstreits umfassen: die Gerichtskosten, die gerichtlichen Auslagen, die außergerichtlichen Kosten.

Die Gebühr vor dem Arbeitsgericht wird, im Gegenplatz zu den Gebühren vor den ordentlichen Gerichten, nur einmal für die gesamte gerichtliche Tätigkeit in dem Prozeß erhoben. Sie richtet sich nach dem Werte des Streitgegenstandes, also danach, worüber man bei Urteilspruch oder, mangels Urteils, bei Klageerhebung streitet. Bei Streitwert bis 20 Mark einschließlich beträgt sie 1 Mark, von mehr als 20 bis 60 Mark einschließlich 2 Mark. Von mehr als 60 Mark bis 100 Mark einschließlich 3 Mark. Von da ab ist sie für jede angefangenen 100 Mark mit 3 Mark, niemals aber höher als mit 500 Mark anzusetzen. Nehmen wir also an, daß ein Arbeitnehmer 565 Mark Tariflohn nachgezahlt haben will, so beträgt die Gerichtsgebühr für die ersten 100 Mark 3 Mark, für die folgende 400 Mark weitere 12 Mark, für die angefangenen letzten 100 Mark wieder 3 Mark, insgesamt also 18 Mark. Wenn das Streitobjekt 16 500 Mark übersteigt, können niemals mehr als 500 Mark angelegt werden.

Die volle Gebühr wird aber nur erhoben, wenn ein Urteil nach fruchtiger Verhandlung ergeht oder wenn die Sache durch Vergleichsentscheid, durch Anerkenntnis, durch Vergleich oder Klagerücknahme beendet wird, nachdem eine fruchtige Verhandlung stattgefunden hat.

Die halbe Gebühr ist anzusetzen, wenn der Rechtsstreit durch Vergleichsentscheid ohne fruchtige Verhandlung sein Ende findet. Keine Gebühr wird erhoben, wenn der Rechtsstreit durch einen der Gericht abgelehnten oder dem Gericht mitgeteilten Vergleich ohne fruchtige Verhandlung auf Grund

eines Anerkenntnisses, durch Vergleich oder Klagerücknahme erledigt wird.

Neben den Gebühren spielen, wie gesagt, die Auslagen eine Rolle.

Unter Auslagen versteht man insbesondere die Zeugen- und Sachverständigengebühren. Posti werden nur in Rechnung gestellt, soweit sie durch Ladung von Zeugen und Sachverständigen sowie durch Hebesendung von Kopienrechnungen erforderlich geworden sind.

Ferner kommen die außergerichtlichen Kosten in Betracht. Außergerichtliche Kosten, die erhaltungsfähig sind, kommen nicht sehr in Betracht. Im wesentlichen werden die etwa notwendig gewordenen Reisekosten des abfahrenden Gegners zu erstaten sein. Dagegen ist ein Anspruch der gewinnenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitverjamnis und auf Erstattung der durch Hinzuziehung eines Prozeßvollmachtigten oder Beistandes entstandenen Kosten ausgeschlossen.

Fällig werden die Gebühren und Auslagen erst bei Beendigung des Verfahrens oder wenn Verfahrensstufe angeordnet in Kostenverpflichtung dürfen nicht erhoben werden. Kostenschuldner ist derjenige, der zur Kostentragung verurteilt ist, oder der durch Erklärung an das Gericht die Kostenschuld übernimmt. Die Staatskasse nimmt aber auch auf denjenigen für Gebühren und Auslagen in Anspruch, der des Verfahrens beantragt hat.

Wenn die gerichtlichen Kosten im Urteil festgesetzt, so kann diese Entschädigung nicht selbstständig angefordert werden. Erfolgt andersartige Festsetzung, so kann dagegen Erinnerung an das Arbeitsgericht und gegen dessen Entscheidung Beschwerde an das Landesarbeitsgericht eingelegt werden.

Die außergerichtlichen Kosten werden dem Bewan der Geschäftsstelle durch Kostenfestsetzungsbeschluß bestimmt. Dagegen kann ebenfalls Erinnerung an das Arbeitsgericht und gegen dessen Entscheidung sofortige Beschwerde an das Landesarbeitsgericht gerichtet werden.

Neue arbeitsrechtliche Bestimmungen.

In der verflochtenen Periode war die arbeitsrechtliche Gesetzgebung sehr gering.

Hingewiesen ist auf die RD. vom 3. April 1928 (RGBl.

S. 138), worin die Steigerungsbeträge für die neuen Leistungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung genauer bestimmt werden. Aufmerksamkeit gemacht sei auch auf die RD. vom 16. April 1928 (RGBl. S. 148), wonach die Uebergangsbestimmungen über Kriegensunterstützung zunächst bis 30. Juni 1928 weitergelten, und auf die RD. über Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger an der deutsch-schweizerischen Grenze vom 25. Mai 1928 (RGBl. S. 157).

Aus der neuen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts.

Ein Rauchverbot kann, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, die ein einseitiges Vorgehen des Arbeitgebers rechtfertigen, nur im Wege der Betriebsvereinbarung erfolgen (RAG. 49/27).

Die gesetzliche Bestimmung, daß nach Ablauf einer gewissen Frist das Recht zur fristlosen Entlassung erlischt, gilt auch für die in der Arbeitsordnung bestimmten Entlassungsgründe. Abgegeben von Fristverjamnis kann das Recht zur fristlosen Entlassung auch dadurch verwirkt werden, daß der Arbeitgeber zum Ausrudd bringt, er lehe in der Handlungsweise keinen Grund zur fristlosen Entlassung (RAG. 33/27).

Solange das Unternehmen noch nicht untergegangen ist, kann seine Umwandlung in einen anderen Betrieb oder in den Nebenbetrieb eines anderen Unternehmens nicht dazu führen, daß das Amt des alten Betriebsrates erlischt und an seine Stelle der Betriebsrat des anderen Unternehmens tritt (RAG. 13/27).

Falls nach Übernahme eines Betriebes durch einen Rechtsnachfolger die Arbeitnehmer weiterbeschäftigt werden, bleiben bis zur vertraglichen Aenderung der Arbeitsverträge die bisherigen Arbeitsbedingungen in Geltung.

Eine Tarifpartei kann gegen die andere Feststellungsfrage wegen des Inhalts der sogenannten normalen, also für die Einzelarbeitsverträge maßgebenden Bestimmungen des Tarifvertrages erheben (RAG. 60/27).

Für die Geltung eines Tarifvertrages ist die Art der geleisteten Arbeit nicht allein entscheidend. Es kommt auch auf die Art des Betriebes an, in dem die Arbeit geleistet wird (RAG. 74/27 und RAG. 31/27).

Erhöhung des tariflichen Stundenlohnes führt nicht ohne weiteres Erhöhung der Stücklohnlöhne herbei (RAG. 63/27).

Hochwasser und Talperren.

Amlich wird mitgeteilt:

Das diesjährige Hochwasser im Rober, Queiß und in der Weistritz ist diesmal in weitgehendem Maße durch die Stauwehre und Talperren zurückgehalten worden. Die Talperren waren bei Eintritt der Hochflut nicht, wie verschiedentlich angenommen wurde, so hoch gefüllt, sondern hatten durchweg einen geringeren Inhalt, als für diese Jahreszeit in Rücksicht auf die Hochwassergefahr als Höchstmaß noch vorgeschrieben ist.

So war die Talperre bei Mauer bei Eintritt der Hochflut am 26. Mai mit rund 22,7 Millionen Kubikmeter gefüllt, das ist mit 2,3 Millionen weniger, als den für den jetzigen Zeitpunkt zugelassenen 25 Millionen. — In den Tagen vom 26. und 27. Mai wurden rund 24,5 Millionen Kubikmeter Hochwasser aufgestaut, so daß nur noch ein kleiner Raum von 2,8 Millionen Kubikmeter für etwaiges weiteres Steigen der Flut frei war. Der Scheitel dieser Flutwelle, d. h. ihr höchster letztendlicher Zustand zur Talperre ist bei Mauer ohne die Abflchwägung durch die oberhalb gelegenen Stauwehre zu rund 480 Kubikmeter pro Sekunde berechnet, der durch die Zurückhaltung von 9,8 Millionen Kubikmeter in den Stauwehren auf 380 Kubikmeter pro Sekunde herabgemindert zur Talperre gelangte, während der Abfluß an der Talperre von 25 Kubikmeter pro Sekunde allmählich nur bis 140 Kubikmeter pro Sekunde gesteigert wurde. Der Scheitel der Flutwelle ist also durch die Talperre und die Stauwehre auf weniger als 1/3 ihrer größten Anschwellung herabgemindert worden.

Die Talperre bei Marklissa war bei Eintritt der Hochflut am 26. Mai mit 6,12 Millionen Kubikmeter gefüllt, während für den Antriebs des Kraftwerks eine Füllung von 7 Millionen Kubikmeter zugelassen ist. Außerdem hatte die Talperre bei Goldentraum noch einen freien Raum von 2,5 Millionen Kubikmeter. Die beiden Talperren haben von diesem Hochwasser 6,2 Millionen Kubikmeter zurückgehalten, wobei der Inhalt der Talperre Marklissa auf rund 10,38 Millionen Kubikmeter stieg. Der Zufluß zu den Talperren liegt gegen Mittag des 26. Mai bis auf 146 Kubikmeter pro Sekunde. Der natürliche Scheitel dieser Flutwelle ist zu 170 Kubikmeter pro Sekunde berechnet, die infolge der Zurückhaltung von 1,3 Millionen Kubikmeter in dem oberhalb gelegenen Stauwehre an Langwasser noch mit 146 Kubikmeter pro Sekunde zu den Talperren bei Goldentraum und Marklissa gelangten. Der Abfluß an der Talperre Marklissa wurde hierbei zuerst auf 26, dann auf 47 Kubikmeter pro Sekunde im Höchstfalle gesteigert und unmittelbar mit der Flutwelle fallend auf 22—19 Kubikmeter pro Sekunde ermäßigt. Der Scheitel der Zuflußwelle ist also auf rund 1/4 der höchsten Zuflußmenge herabgemindert worden.

Die Talperre bei Breitenhain hat im ganzen einen Stauinhalt von 8 Millionen Kubikmeter. Von diesem Stauinhalt sind aber nur 2 Millionen Kubikmeter aus Mitteln des Hoch-

wasserschutzes vom 3. Juli 1900 erbaut und für Hochwasser-Schutzwehre bestimmt, während die übrigen 6 Millionen Kubikmeter von vornherein lediglich für Krafterzeugung mit Geldern hergestellt sind, die das Provinzial-Elektrizitätswerk zu verzinsen und zu tilgen hat, so daß diese 6 Millionen Kubikmeter dem Betriebe des Kraftwerkes dienen. Die Talperre war am 26. Mai bei Eintritt der Hochflut mit 5,8 Millionen Kubikmeter gefüllt, so daß außer den 2 Millionen Hochwasserschuttsraum auch noch 200.000 Kubikmeter von dem eigentlichen Stauwasser für den Hochwasserschutz zur Verfügung standen. Die Talperre hat von diesem Hochwasser am 26. und 27. Mai bei einer Füllung bis zu 8,17 Millionen Kubikmeter, wovon 0,47 Millionen Kubikmeter auf die Stauzone entfielen, 2,67 Millionen Kubikmeter zurückgehalten und kam damit zum Ueberlaufen. Der Zufluß zur Talperre stieg gegen 2 Uhr nachts des 27. Mai auf 121 Kubikmeter pro Sekunde. Dies ging über das größte bisher beobachtete Hochwasser vom Jahre 1897 hinaus. Die Weistritz hat demnach bei diesem Hochwasser die größte Flutstärke aufzuweisen. Immerhin hat die Talperre den Scheitel der Flutwelle um 44 Kubikmeter pro Sekunde ermäßigt.

Da sich das Wetter unmittelbar nach Abgang der großen Flutwelle und zwar noch am 28. Mai aufklärte und die Talperren zurückgehaltenen Hochwassermassen hinausgeschoben und der Abfluß an den Talperren in den folgenden Tagen dem sinkenden Zufluß angepaßt werden. Mit der Abflutung der zurückgehaltenen Hochwassermassen wurde erst begonnen, nachdem die eigentliche Hochwasserwelle vorübergegangen war.

Die Deutschnationale Landtagsfraktion spricht in einer Anfrage an die Staatsregierung im Gegenjatz zu dieser amtlichen Darstellung von einer „falschen Handhabung der Talperren“ und wirft die Frage auf, ob die Provinzialverwaltung dafür haftbar sei. In den Ueberflutungsgebieten wird dagegen der Meinung Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtigen Talperren offenbar nicht ausreichen und ergänzt bzw. durch neue Anlagen wirksamer gemacht werden müssen. Eine eingehende sachkundige Prüfung dieser Frage ist jedenfalls ebenso notwendig, wie möglichst zu beschleunigende Maßnahmen, die sich auf Grund dieser technischen Prüfung notwendig erweisen, um die schwer geprägten Gebiete für die Zukunft vor verhängnisvollen Katastrophen sicherzustellen. Die wiederholten Ueberflutungen richten bekanntlich nicht nur momentanen Schaden an, da der Boden versauert und in seiner Tragfähigkeit ganz erheblich leidet.

Konsumgenossenschaftsbewegung eingenommen und immer bereit, die Konsumvereinsbewegung propagiert würden. Die Regierung hielt es auch für überflüssig, sich mit einer großen Verbrauchervereinigung, wie sie der Zentralverband deutscher Konsumvereine darstellt, in Verbindung zu setzen, wenn Maßnahmen getroffen werden, die in die Versorgung der Bevölkerung mit Brotweizenmitteln usw. tief einschneiden. Bästlein kritisierte schließ- lich noch die Einwirkung der Minister sich nicht von den Interessen der Gesamtbevölkerung leiten lasse, sondern nur das tue, was ihm seine Partei vorschreibe.

In der Debatte unternahmen die kommunistischen Delegierten einen Vorstoß. Der Reichstagsabgeordnete Koenen stellte u. a. die Behauptung auf, der Zentralverband habe auf der ganzen Linie verlagert, ohne dafür auch nur eine Spur von Beweisen zu erbringen. In seinem Schlusswort erinnerte Bästlein an die Reichstagsdrucksache vom 21. März 1928. An diesem wurde über den Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das Gefrierfleischkontingent auf 120.000 Tonnen zu begrenzen, abgestimmt. Von der 30 Mann starken kommunistischen Fraktion hatten sich nur 15 an der Abstimmung beteiligt. Unter Umständen mußte der Antrag der Sozialdemokratie der Abstimmung verfallen. Unter Zustimmung der Versammlung stellte der Redner dann noch fest, daß man den Kampf um die Verbraucherinteressen nicht mit großen Worten fügen könne, hinter denen nichts stehe.

Der Genossenschaftstag nahm schließlich die von der KPD. gestellten Anträge des Generalkrats gegen eine Stimme an. In diesem Antrage protestiert der Genossenschaftstag gegen die Verschärfung der Zollpolitik der Regierung. Weiter wird die Aufhebung jeder Beschränkung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch gefordert. Eine andere Entscheidung stellt fest, daß die Reichsregierung entgegen den klaren Entscheidungen des Reichsfinanzhofes und der höchsten Gerichte die Konsumgenossenschaften durch das Steuervereinfachungsgezet zur Gewerbesteuer heranziehen will.

Die Ueberweisung der Hauszinssteuerdarlehen für landwirtschaftliche Neusiedlungen

Um eine schnellere Auszahlung der Hauszinssteuerdarlehen zu ermöglichen, erfolgt künftig die Ueberweisung der einzelnen Darlehen an die Landeskulturamts-Präsidenten nicht mehr durch Veranlassung des Ministers für Volkswohlfahrt und der Regierungskassenkonten. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Bericht des Landwirtschaftsministers entnimmt, werden dieselben jetzt von der Generalstaatskasse auf Veranlassung des Ministers für Volkswohlfahrt in der Rechnung von dem Landes- und Siedlungsstellen endgültig in Ausgabe und bei der Verwahrung der landwirtschaftlichen Darlehen in die Einnahme nachgewiesen. Die auszahlenden Darlehen werden nunmehr vom Landwirtschaftsminister der Landes- und Siedlungsstellen unmittelbar zur Verfügung gestellt. Die in die Kassenkonten des Landeskulturamts zuständige Rechnungshauptkasse hat nach Anweisung der Landeskulturamtspräsidenten die auszahlenden Beträge in einer Extraordinariensrechnung zur Rechnung der landwirtschaftlichen Verwaltung als Ausgabe zu verrechnen und sie im Wege der Abrechnung von der Generalstaatskasse einzuziehen, so daß die Beträge bei der Verwahrung der Generalstaatskasse als Ausgabe, in der Extraordinariensrechnung von der landwirtschaftlichen Verwaltung bei der Regierungshauptkasse als Einnahme erscheinen. Auf diese Weise wird erreicht, daß die Landeskulturamts-Präsidenten sofort nach dem Eingang des Ueberweisungserlasses über die Mittel verfügen können.

Der Konjunkturbericht des preussischen Handelsministeriums

Im Monat Mai stellt eine weitere Verstärkung der Wirtschaft fest. Kohlenförderung und Hochofenproduktion erlitten einen Rückgang. Maschinenindustrie und Textilindustrie zeigen einen Aufschwung, während die chemische und elektrotechnische Industrie nach wie vor leistungsfähig arbeiten.

Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß die Konjunkturberichte des preussischen Handelsministeriums allzu oft auf den Berichten der Handelskammer aufbauen und sehr oft die gemachten Konjunkturpessimismen der Handelskammer wiedergeben. Auch diesmal scheint uns das Konjunktur- bild allzu düster gemalt. Im Widerspruch steht vor allem die in der Berichtszeit eingetretene Besserung am Arbeitsmarkt, die eine erhebliche Minderziffer sowohl bei den Hauptunterstützungs- als auch bei den Krisenunterstützungsempfängern zeigt.

Die Preisbewegung am Berliner Eisenmarkt.

Die dieser Tage von den Unterverbänden des Stahlwerksverbandes für Berlin eingeführten Sonderpreise, die für Stab- und eine Ermäßigung um 1 Mark und für Formeisen eine Herabsetzung um 2 Mark die Tonne mit sich gebracht haben, stellen eine Maßnahme dar, die an sich bereits bei der letzten generellen Preisermäßigung vom Stahlwerksverband dem Berliner Handel zugestimmt war. Der Erlangsergebnis hat nunmehr für den Berliner Markt die Lagerpreise um 1 bis 1 1/2 festgelegt und zwar für Stab- und Formeisen durchgängig um 2,50 Mark die Tonne, während der Stahlwerksverband seine Großhandelspreise für Stab- und Formeisen um 3 Mark und für Formeisen um 2 Mark die Tonne erhöht hat. — Was die allgemeinen Differenzen über die Erhöhung der Lagerpreise im Eisenhandel anbelangt, so ist zu erwarten eine Annäherung der divergierenden Standpunkte zu erwarten, als für kleine Abfälle die Forderungen des Stahlwerksverbandes voranschreitend gebilligt werden könnten. In Handelstreifen legt man dem Beise des Stahlwerksverbandes gegen die Lagerpreise nur taktische Bedeutung bei.

Besserung der Absatzverhältnisse auf dem deutsch-ober-schlesischen Nebenproduktenmarkt.

Im Mai hat sich die Absatzlage für die Nebenprodukte der Eisenindustrie teilweise gebessert. Die Teerölproduktion konnte in diesem Umfang untergebracht werden. Auch der Pechabfall hat sich gebessert; er entwickelte sich jedoch noch nicht so flott, daß größere Mengen aus den Vorräten verladen werden konnten. Die präparierten Pech sind die Abfälle ebenfalls leistungsfähiger geworden. Das Frühjahrsgeschäft in schwefelsaurem Ammoniak beendet; die Erzeugung muß bis zum Einsetzen des Herbstgeschäfts wieder auf Lager genommen werden. Sehr zufriedenstellend hat sich der Benzolabfall entwickelt; die Preise sind um etwa 20 Mark je Tonne erhöht worden.

Schlechter Blechabfall in Deutsch-Oberschlesien.

Der Abfall von Blechen entwickelt sich bei den deutsch-ober-schlesischen Eisenhütten weiterhin schleppend. Es fehlt besonders an Aufträgen für Grobbleche. Die einlaufenden Aufträge beziehen sich fast ausschließlich auf den laufenden Bedarf, während größere Objekte kaum auf den Markt gelangen. Im Mai mußten die Werke infolge Auftragsmangels mit einfacher Schicht arbeiten.

Polnische Metallpreise.

Das Handelshaus A. Gopner in Warschau notiert folgende Orientierungspreise je Kilogramm in Polen: Zink 1,30, Aluminium 5,10, Zinnblech 1,60, Kupferblech 4,40, Zinnblech 2,60—4,50, Kohlenpulver Friedenshütte Nr. 1 notiert Warschau 210 Zloty je Tonne loco Station Friedenshütte.

Bezirkstagung des Landgemeindevorbandes

Der niederschlesische Landgemeindevorband hielt am Dienstag in Militsch eine Bezirkstagung für die rechts der Oder gelegenen nord-schlesischen Kreise ab, die sehr gut besucht war. Verwaltungsdirektor Dr. Kern, Breslau sprach über die Auseinandersetzung bei Auflösung der Gutsbezirke und Amts- und Gemeindevorsteher Roscher-Dittersbach über die finanzielle Ueberlastung der Landgemeinden. Nach Bekanntgabe richtiger Mitteilungen und einer kurzen Diskussion wurde die gut verlaufene Tagung von dem Vorsitzenden Freiherrn von Nicht Hofen geschlossen. Leider wurde, wie das rechts der Oder so üblich ist, viel von dem polnischen „Feind“ und der „slawischen Welle“ gesprochen. Sachlicher und richtiger wäre wohl eine Erörterung darüber gewesen, wie man die bestehende Grenze durch Aufhebung der Paß- und Zollmauern unsichtbar macht.

Unaufgeklärter Mord.

Am 9. Juni wurde in dem Bassin eines Wasserhäuschens, das an der Straße Schweidnitz-Waldenburg in unmittelbarer Nähe des Gasthauses „Zur Merckelshöhe“ liegt, die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Wie inzwischen festgestellt, handelt es sich um den am 8. April 1914 zu Königszell geborenen Gerhard Kunze. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß Kunze durch Messerstiche in den Rücken, welche die Lunge durchbohrten, getötet worden ist. Die Leiche hat nach Ansicht der Ärzte 6—10 Wochen im Wasser gelegen.

Kunze hatte am Ostermontag, den 7. April, heimlich das Elternhaus verlassen und war im Besitz einer Geldsumme von etwa 50 Mark, die bei dem Toten nicht mehr vorgefunden wurden. Es ist anzunehmen, daß die Tat unmittelbar nach dem Verschwinden des Kunze, also um die Osterzeit, ausgeführt wurde. Von Kunze ging am Ostermontag bei seinen Eltern ein Brief mit dem Aufgabestempel Schweidnitz ein, nach dem er in der Fremde sein Glück suchen wollte. Wer irgendwelche zweckdienliche Angaben zur Ermittlung des oder der Täter machen kann, wird gebeten, sich bei der Staatsanwaltschaft Schweidnitz, der nächsten Polizeibehörde oder Landjägersstation zu melden. Eine sensationelle Meldung über die Aufklärung dieses Falles, die durch die gesamte bürgerliche Presse ging, bestätigt sich, wie uns gestern von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, nicht.

Ein merkwürdiges Abgeordneten-Jubiläum.

Korjanty-Heerthau in Siemianowiz. In Siemianowiz feierte Korjanty, der Unterwiesliche, am vergangenen Sonntag sein 25jähriges Abgeordneten-Jubiläum, wobei natürlich die Zugehörigkeit zum deutschen Reichstag eingerechnet und das Urteil des Marschallgerichtes des polnischen Sejm, das im Vorjahre seine geschäftlichen Transaktionen mit der Würde eines polnischen Abgeordneten für unvereinbar erklärte, vornehmlich ignoriert wurde. In Anlehnung an bekannte deutsche Sitten wurde ein „Waidich-Linde“ gepflanzt und symbolisch mit ehemaligen deutschen Grenzpfählen eingezäunt, alsdann Ansprachen gehalten, Medaillen verteilt und dem Held des Tages ein silberner Ehrenkranz überreicht. Trotz diesem Rummel und einem beträchtlichen Fahrenaufgebot, war aber die allgemeine Beteiligung nicht übermäßig groß, denn die zur Regierungspartei des Woiwoden zählenden Aufständischen hatten — einen Ausfluß angelehnt und die Behörden glänzten durch Abwesenheit.

Schweidnitz. Revision im Klammerprozeß. Im Berufungsverfahren war der Reichsanwaltschaftsinspektor Klammer wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die in erster Instanz auferlegten zwei Jahre Ehrverlust hatte das Gericht aufgehoben. Der Beurteiler, der nach wie vor eine Schuld abstreift, hat nun Revision gegen das letzte Urteil eingeleitet, in der Erwartung, von der Schuld ganz freigesprochen zu werden.

Kattowitz. Beim Kopfsprung des Genid gebrochen. Beim Baden in der Prinka brach sich ein junger Mann, der einen Kopfsprung machte und mit dem Flugverhältnissen nicht vertraut war, das Genid.

Schweidnitz. Den Tod gesucht.

Im Stausee der Weistritz-Talperre wurde eine Leiche aufgefunden und als Obersekretär Gabriel aus Schweidnitz, der sich Unterschlagungen zuschulden kommen ließ, ermittelt.

Leubus. Die Deckengemälde in der Leubuser Pfarrkirche gefährdet. Das wundervolle Deckengemälde der Pfarrkirche ad St. Valentinum ist am Presbyterium schadhaft geworden, so daß sich im Umfang von mehreren Quadratmetern der Putz losgelöst hat. Ebenso zeigen sich Risse über dem Orgelchor.

Primtenau. Der Küchenherd explodiert. Beim Feuermachen explodierte in der Wohnung des Schuhmachermeisters Teuchert plötzlich der Küchenherd und wurde völlig demoliert. Frau Teuchert wurde an den Händen und im Gesicht schwer verletzt. Die Ursachen sind wahrscheinlich in Explosivstoffen zu suchen, die sich zwischen den Kohlen befunden haben müssen.

Krummhübel. Verlegung der Schlesierhaus-Kodschahn. Bekanntlich ging Ende Januar an der Seiffen-grube eine mächtige Schneelawine nieder, wobei ein Brixenberger Hönerschlittensfahrer den Tod fand. Der Verunglückte benutzte die Rodelbahn vom Schleierhaus zum Aufstieg. Im Laufe des Sommers wird nun diese Rodelbahn aus dieser lawinengefährlichen Stelle verlegt werden.

Honerswerda. Tod auf dem Sojussitz. Ein Grubenarbeiter geriet mit seinem Motorrad auf der Straße nach Burghammer ins Schleudern und fuhr gegen einen Chauffeur. Die auf dem Sojussitz mitfahrende Dame erlitt so schwere Verletzungen, daß sie bald nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Heuten OS. Liebestragödie. Ein siebzehnjähriges Mädchen und ein gleichaltriger Kaufmannslehrling aus Kobberg hatten beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Vorher aber wollten sie den Revolver ausprobieren. Als das Mädchen mit der Waffe schoß, traf die Kugel — ungewollt — den Kaufmannslehrling in die Stirn und verletzte ihn so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Neu-Breslau.

Breslau-Carlowitz. Achtung, Eltern! Sonnabend, den 16. Juni, abends 20 Uhr, findet bei Krause eine Elternversammlung für beide Schulen statt. Redner: Lehrer Saaje. Das Erscheinen aller Eltern von Carlowitz ist erforderlich.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt. (Es sind wieder wichtige Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Kojenthal. Sonnabend, den 16. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Lokal von Dwikto. Da wir unsere Vertreter zu wählen haben, muß alles unbedingt zur Stelle sein.

Stabelwitz. Sonnabend, den 16. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal Masius in Herzprütz eine sehr wichtige Parteimitgliederversammlung statt. Wir haben unsere Delegierten für die Vertreterversammlung zu wählen. Es muß daher alles unbedingt zur Stelle sein. Redner: Genosse Lehrer Fellen.

Goldschmiede. Unsere Mitgliederversammlung, in der auch gleichzeitig die Delegierten zur Vertreterversammlung gewählt werden müssen, findet Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal Trenner statt. Redner: Stadtvorordneter Wohlweber, Prietern.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Arbeits-Breslau-Land.

Sämtliche Ortsgruppen nehmen an der Gausgründungsfeier teil. Freitag, den 15. Juni, zum Fackelzug: Ausstellung Ost, Südost, Südwest, außer Ostfriesland. Sammelplatz: Marktstraße. Sammelplatz: Reichspräsidentenplatz. Ausstellung West. Sammelplatz: Marktstraße. Ausstellung Nord mit Hauptstadt. Sammelplatz: Marktplatz. Austritt 20 Uhr.

Sonntag, den 17. Juni: Ausstellung West. Sammelplatz: Markt. Ausstellung Ost, Südost, Südwest. Sammelplatz: Reichsleiter. Ausstellung Nord mit Hauptstadt. Sammelplatz: Markt. Austritt 12 Uhr.

Die Ortsgruppen sammeln sich wie folgt: Ausstellung Ost: Endstation der Straßenbahnlinie 18. 11 Uhr. Ausstellung Südost: Reichsleiterplatz. 11 Uhr. Ausstellung Südwest: Hauptbahnhof. Ende Bahnhofstraße. 11 Uhr. Ausstellung West: Hauptbahnhof. Ende Bahnhofstraße. 11 Uhr. Ausstellung Nord mit Hauptstadt: Hauptbahnhof. 11 Uhr. Die Delegierten versammeln sich in ihren Sammelplätzen und rechtzeitig nach den oben angegebenen Hauptplatzplätzen in der Stadt. Die Anordnungen der technischen Leitung auf den Sammelplätzen sind zu befolgen. Der Reichsleiter.



Arbeiter-Schützenbund Breslau
Sonntag, d. 17. Juni, im Lokal „Bergkeller“, Kletschkaustr. 33
Großes Gartenfest
 Konzert, turnerische Vorführungen der
 2. Frauenabteilung, Preisschießen und andere Volksbelustigungen.
 Festbeitrag 30 Pf. Festbeitrag 30 Pf. 2189
 Von 10 Uhr ab: **Tanz** (Tankarte 60 Pf.) Um 20 Uhr: **Lampionumzug der Kinder.**
 Gäste herzlich willkommen! **Der Vorstand.**

6. Schlesisches Bundeskegeln

16.-24. Juni

Messehof

täglich von 8-24 Uhr
 Eintritt 20 Pfg.



Stadttheater
 (Opernhaus)

Freitag
 20 bis nach 22 Uhr:
 21. Ab. Vorh. Ser. II
Der Polikron
 von Konjuncten
 Das Zell d. Königs
 Sonntag
 20 bis nach 22 Uhr:
 Zum letzten Male!
Jonny Ibeli auf.
 Sonntag
 20 bis nach 22 Uhr:
Hoffmanns
 Erzählungen.

TON Fürsten-
 straße 32.

Theater des Nordens
 Beginn: Wochentags 5.00, 6.15, 8.30
 Sonntags 4.30, 6.30, 8.45

2 große Schläger in einem Programm!
Mady Christians
 in
Grand Hotel Pola Negri
 In ihrem
 ersten Lustspiel
Mariposa
 die Tänzerin
 Ein Film von originell. Humor.

Zentral-Ballsäle

Westendstraße 50/52
 Straßenhalle 1, 2 u. 4 Telephone 23423
Achtung! Neu eingeführt! Achtung!
 Jeden Freitag und Sonntag:
Vornehmer Tanz

Zentral
 THEATER-WESTEND-STR. 50

Bis Donnerstag, d. 21. Juni
 Beginn: 6 u. 8 u. Sonntag ab 5
Das große Doppelprogramm:
Mein Freund Harry
 6 Akte mit
Harry Liedtke
Maria Pandler
 Dazu
Heof Gibson
 in
Rummelplatz Wild-West
 6 Akte
 Sonntag 3 Uhr große Jugend-
 vorstellung:
Rummelplatz Wild-West

Weltbühne

Wochentags: 6 und 8 1/2 — Sonntags: 3 1/2, 6 und 9 1/2

Ein selten erstklassiges Programm

Der
 Abenteuerroman
Harry Piel
 in seinem mit Spannung erwarteten
 Großfilm: „Der letzte Kampf“
 Außerdem:
 Der grandiose
 Millionenfilm: „**Lucrezia Borgia**“
 Meisterrasse Regie (20000 Darsteller) — Bombenbesetzung

Warburg-Lichtspiele
 Gräbschener Straße 94a

Nur bis Montag!
Mady Christians
 in dem indiskreten Abenteuer:
Die Königin v. Moulin Rouge
 6 Akte. — Feiner:
Hoch klingt das Lied vom braven Mann
 Der gewaltige, spannende Film der
 New-Yorker Feuerwehr. — 7 Akte.
Deutlich - Woche!
 Sonntag 3 Uhr: **Gr. Kindervorstellung**
Harry Piel in: Sein größter Bluff u. Grotteske

Ich muß raus

wegen Kündigung meines Ladens und verkaufe, um
 zu räumen:
 Damenkleider für 6.50, 3.75 **1.75**
 Röcke, teils plissiert 5.50, 3.90 **1.65**
 Kasaks, Voile, Waschseide, Musselin 3.75, 2.50 **95 Pf.**
 Nur 612
Fuchs, Friedrich-Wilhelm Str. 31
 Beste Gelegenheit für Händler!

Max Schönfelder
 Lebensmittel- u. Feinstoff-
 Großhandlung

Ein köstliches Mittag- und Abendgericht
 und gerade in den Sommermonaten
Neue englische Matjes-Seringe
 und neue Kartoffeln.
 Ich biete an:
Prima la Neue Matjes-Seringe
 zartfleischig und dickfleischig.
 1 Stück 15, 20, 25 Pf.
 3 Stück 42, 57, 72 Pf.
 5 Stück 65, 90, 115 Pf.
 10 Stück 125, 175, 225 Pf.
 15 Stück 180, 255, 330 Pf.
Neue prächtige Kartoffeln
 1 5 10 20 Pfd.
 0.15 0.75 1.49 2.70 Pf.
 Ferner stelle zum ganz billigen Verkauf:
 Einen großen Vorrat eigens für
 mein Geschäft hergestellte
Prima Prehwurst
 das Hund anhalt 1.20 nur Mt. 0.95
 Rügenwalder Mettwurst in Ringen
 das Pfd. Mt. 1.30
Erste Marke Rügenwalder Teewurst
 in Qualität, allgemeiner Ladenpreis
 je Pfd. ca. Mt. 2.50
 Preis für diesen Vorrat je Pfd. nur 2.10
 Postkoll 9 Pfd. je Pfd. nur Mt. 2.00.
 1. Zone franko.
Prima und Prima la Seberwurst
 das Pfd. Mt. 0.80, 1.10, 1.30
Solcheiner Dauerwurst aus mir bestem
 Inlandsfleisch hergestellt das Pfd. 2.00,
 Postkoll 9 Pfd. je Pfd. Mt. 1.90
Räse, ff. Tafelkäse.
Cherharzer . . . 1 Pfd.-Karton Mt. 0.45
Comer, zart, fettig,
 1 Pfd. Mt. 0.75, 1/2 Pfd. Mt. 0.20
 die ganze Angel, ca. 4 Pfd.,
 das Pfd. Mt. 0.72
Zimburger Stangenkäse, d. Pfd. Mt. 0.60
Deutscher Cheddar-Käse d. Pfd. Mt. 1.20
Schweizer Käse in ersterer Qualität,
 zart, mild im Geschmack, großgelocht
 je Pfd. im ganzen Mt. 1.50,
 1/2 Pfd. 0.75, 1/4 Pfd. Mt. 0.40
la Molkerei-Kernbutter
 von täglich frisch hergestellter Ware
 und Unfäulnis.
je Pfd. Mt. 1.78
 nicht zu verwechseln mit der vielfach
 angebotenen falschen Landbutter, die
 häufig nicht den Namen Molkereibutter
 verdient.
 Ich empfing nochmals einen großen
 Vorrat frischwarmer, zartere bosnische
 Pfäusser, die ich zu nachstehend sehr
 billigen Preisen abgebe: 1 Pfd. 38 Pf.,
 3 Pfd. Markt 1.10, 5 Pfd. Markt 1.75
 10 Pfd. Markt 3.40.
Nur solange Vorrat reicht!

Immer wieder
 die gute, billige
Bekleidung

Prüfen Sie unsere Preise
 Sie müssen dann zu uns kommen!

Damen-Bekleidung
Waschmusselkleid. in gut. Qual. u. reich Musterausw., hübsch. Verarbeit. Stück 4.50 **3.50**
Trachtenkleider in gut. Indan- threnstoff, in reizend. Verarb. u. sehr hübsch. Farbestellung, Stück 6.50, 4.50 **2.95**
Wäscheidenkleid hell und in bildhübsch. Must. u. apart. Verarbeit. Stück 9.50, 7.50 **5.90**
Voll-Vollkleider in pa. Qual. Blumenmust. u. mod. Kontext-Dessin, schöne, mod. Fass., viel. fein. Farb. St. 13.50, 10.50, 7.50 **9.50**
Damen-Kleider eleg., a. hoch- zum Teil mit farbigem Leder- einatz, in Größe 40/44, Paar **11.50**
Kasaks weiße Vollevoile, in guter Schweiß. Qual., m. Säud- chen u. Hohlraumgarn, teilw. z. Durchknöpf., Stück 10.50, 8.50 **5.50**
Bulgarenblusen gut. Schweiz. Vollevoile, mit u. ohne Krage, m. reizend. künftbarig. Stickerei, größtent. Handarbeit **5.50**
Kasaks a. Waschseide, Musselin u. Zeph., in gut. Qual., durchw. schön. mod. Must. u. saub. Verarb. **1.45**
Unterkleider kunstseid. (Prinzell- rücke) gall u. gestreift, z. Teil m. mod. schön. Spitzen- garnier. in sämtl. Modelarben **1.95**
Herren-Bekleidung
Herren-Sommeranzüge aus prima grünlichem Schif- feinen Stück **14.50**
Herren-Lüstersakkos (Hitzebleiter) nur gute Lüster- qual., in bl. u. schw., 17.50, 10.90 **7.90**
Herren-Breechesosen aus pa. Reikord, m. doppelt. Gesäß. Paar 13.50, 9.50, 7.75 **5.75**
Schwarze Herr.-Halbschuhe in guter Verarbeitung, spitzz. Form, Größe 40/44, Paar **10.50**
Braune Herren-Halbschuhe zum Teil mit farbigem Leder- einatz, in Größe 40/44, Paar **11.50**
Perkal-Oberhemden sehr gute Qual. in mod. Dessin, mit Doppelbr. u. Kragen, 5.75 **4.90**
Herren-Sportgürtel aus pa. Rindled., mit amerik. u. Vollschnalle, St. 1.65, 1.25 **95 Pf.**
Herren-Selbstbinder in entzück. Sort., Kunstst., neu. reiseid. Foulardress., St. 1.50 **95 Pf.**
Herr.- u. Dam.-Taschen- tücher fein. u. feinst. Mako- qual., z. Aussuch. St. **2.9 Pf.**
Herrensocken Baum- wollfärb., farbig gemustert Paar **58 Pf.**
Vigognesocken Stra- pazierqualität Paar **55 Pf.**

Einige hundert
Damen- und Herren-Windjacken
 durch eigene Anfertigung ganz besonders billig
 gefertigt aus guten imprägn., modernen Windjackenstoffen, wie Gabardine, Covercoat, Zellbahnstoffe usw. glatt und kariert, mit und ohne Sattel, in schöner Sportverarbeitung
 Stück 16.75, 14.50, 12.50, 9.50 **7.50**

Kinder-Bekleidung
Mädchen-Schulkleider indanthrenlarb. Trachtenstoff od. Wasch- musselin, in schön. Verarb., nur modern. Muster, teilweise mit Krage u. Knopf, für 5-14 J., für 5 Jahre. St. **2.95**
 Steigerung 40 Pf.
Wäscheidenkleider schön. u. mod. Fass., m. u. ohne Krage, saub. Verarb., f. 5-14 J., für 5 Jahre St. **4.95**
 Steigerung 50 Pf.
Knabenblusen aus la Kadett- stoffen oder Zephir, mit langem od. kurzem Arm, für 2 Jahre St. 2.95, 1.95 **1.25**
Knaben-Sparthosen z. echt- blauem Saub., für 2-14 Jahre, für 2 Jahre Stück **1.70**
Kieler Knaben-Anzüge aus gutem gestreift Kadettstoff **4.95**
 Steigerung zirka 20 Pf.
Knaben-Anknöpfanzüge m. Hemdblus. u. blauer Satinhose kleids. Form, für 2 Jahre St. **3.95**
Wanderkittel a. grünlich. Schilllein. m. Gurt, f. 10 Jahre, St. **3.90**
Kinder-Spangenschuhe schwarz, fest. Strapazierersch. a. gut Leder Größe 31/35 Gr. 27/30 Paar **6.90** Paar **6.25**
Knab.-Sporthemden aus best. Zephir, Größe 50, St. **1.45**
Badewäsche etc.
Badehandtücher aus gemust. Kräuselstoff Stück **80 Pf.**
Profilier-Handtücher extra weiche, moderne Karos od. aparte Jacquardmst., mit indanthrengefärbt. Karsten, Größe 50/100, Stück 1.75, 1.45 **1.25**
Kinder-Badelaken farbigem oder durchgemusterte u. Kräusel- stoff, Größe 100/100 u. Stück **2.50**
 Größe 80/100 Stück **1.95**
Fasche Bademantel für Damen u. Herren, aus gut. Kräuselstoff, in viel. schön. Ausfüh., Stück 13.95 **10.25**
Badeanzüge für Erwachsene und Kinder, in guten Trikotqualitäten, schwarz mit farbigem Besatz, Größe 50, St. **95 Pf.**
 Steigerung zirka 20 Pf.
Badehosen schwarz Trikot, mit Bein, f. Herr. u. Knaben, Größe 2 Stück **50 Pf.**
 Steigerung 10 Pf.
Badehosen dreieckige Form, rot für Herren u. Knaben, Größe 3 Stück **25 Pf.**
Schwarze Damen-Satin- Badeschuhe mit Schürbändern und leichter Gummisohle, Größe 36/42 Paar **1.95**
 für Dam. u. Kind. in vielen schönen Ausfüh., Stück 75, 45 **35 Pf.**

Ein Fabriklager enorm billige garnierte und ungarrierte
Damen-Hüte
 in modernen kleinen, mittleren und großen Formen, Glocken u. aufgebogens Fassons, aus verschiedenartigen, gutem Material, wie Litze, Rabanas, Fantasiearbeiten und anderen schönen Strohstoffen, in vielen modernen Farben zum Aussuchen durchweg Stück **2.50**

Blessow
 G.m.b.H.
 Welschmied
 Kunstseidene **Damenstrümpfe** waschbar, gr. Farben- sortiment, mit Naht, Doppelsohle, Hochfeste **95 Pf.**
Damenstrümpfe pa. Seidengriff, mo- derne Farben, mit Doppelsohle **75 Pf.**
 Schwarze Damen- Spangenschuhe u. Schürbalkschuhe in guter, solider Ver- arbeitung, Größe 36-41 Paar **7.50**

Lobe-Theater.

Tel.: 56747.
 Freitag 20 Uhr und täglich
 Der kühnste Seitererfolg:
Saisonausverkauf 1928
 Die neue große Revue im Lobe-Theater.
 Tugle von Paul Bursey und Carl Benz.
 Musik von Harry Raban
 Irene Anders Berlin u. G.

Thalia-Theater

Tel.: 56747.
 Freitag 20 Uhr und täglich
 Der sensationelle Erfolg
Der letzte Schrei
 Ein Stück in drei Akten von G. W. Whalley, für die deutsche Bühne bearbeitet v. Gustav Beer.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 6174
 Tel.: 3630r
 Täglich 20 Uhr:

Die jingende Venus

Sonntag nachm. 15 1/2 Uhr:
 Zum 10. Male:
Eine einzige Nacht

Diebich-Theater

Gespiel des Berliner Volkstheater
 Heute Freitag 8 Uhr:
Die Jugendprinzessin
 Musik v. Kurt Zerbe
 Morgen Samstag, den 16. Juni, 8 Uhr:
Gräufelbrunn
 sowie täglich 8 Uhr
 Sonntags auch 4 Uhr
Das Ereignis der ganzen Spielzeit!
 Karze Schüssel der Inftl. Revue:

Große Kleinigkeiten

Die erfolgreichste deutsche Revue des Jahres 1928 in 25 Bildern!

Straderei Bollswahl

Total-Ausverkauf

Kein Laden 3. Stück
wegen vollständiger Geschäfts - Auflösung
Wir müssen räumen
Sämtliche Artikel weit unter Preis
Kindermantel von **4.75** A an
Backfischmäntel von **8.75** A an
Damenmantel von **12.75** A an
 Ein Posten **Wintermäntel**
Kostüme - Regenmäntel
Damen- und Mädchen-Mantel-Fabrik
Wohl & Alexander
Am Rathaus 25
3. Stock
Henschel-Fuchs-Wagen
Vorzücker 10% Sonderabatt

Die „Frauenwelt“ den Frauen-
 Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
 eine Halbmonatsschrift für die Frau
 des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
 Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern